12 ... 3 ... € 4143 E

Konkret

Modell Deutschland 1983

Wie die Staatsgewalt den Willen der Mehrheit bricht

Karajan, das braune Wunder

Generalprobe Grenada

in konkret Dezember 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Stars an Strippen von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

... die hinteren Beine über die hintere Körperpartie des unteren gespreizt... von Werner Heine
Nachrichten

Ein wehrbereites Volk von Jan-Philipp Sendker
Auf der einen Seite Millionen von Friedensdemonstranten, auf der anderen Seite die konsequente materielle und psychologische Militarisierung der Gesellschaft. Die Bundeswehr ist attraktiv wie nie zuvor: Panzermuseen und Ausstellungen haben regen Zulauf, arbeitssuchende Jugendliche stehen Schlange

Yasser Arafats Ende von Reinhard Hesse
Israel habe mit seinem Libanon-Feldzug im vergangenen Sommer keines seiner erklärten Kriegsziele erreicht, glaubte bisher manch gescheiter Kommentator zu wissen. In der Tat sah es im Dezember 1982 weder nach einer »neuen Ordnung« im Libanon noch nach einer Zerstörung der PLO aus. Der Libanon wird inzwischen, unter den sorgsam wachenden Augen der US-Marine, neu geordnet; seine Teilung scheint unabwendbar, wobei Israel der schon von Ben Gurion angestrebte Süden zufiele. Und die PLO, die die israelische Belagerung Beiruts als Organisation überlebt hatte, ist als eigenständige politische Kraft auf Jahre hinaus eliminiert, seit rebellierende Einheiten und syrische Truppen den PLO-Chef Yasser Arafat in Tripoli besiegten. Arafat hat den Zugriff auf seine Truppen verloren; er scheiterte als Staatsmann und Revolutionär an israelisch-amerikanischer Aggressionspolitik und arabischen Vormachtansprüchen

Auftakt von Jürgen Reents
Während Ronald Reagan mit der US-Invasion auf Grenada starken Worten Taten folgen läßt, ist die Bundesregierung um Vorsicht bemüht. Ein Kommentar von Jürgen Reents, Bundestagsabgeordneter der Grünen

»Ich liebe dieses Volk« von Erika Pluhar
Die Saharouis werden von den Marokkanern aus ihren Gebieten vertrieben und sind auf algerischem Territorium nur geduldet. Sie kämpfen in der Sahara um Ihren Lebensraum

Das Wörterbuch der Unmenschen von Otto Köhler
Die Erfolgsmeldungen überschlugen sich: Reagans US-Truppen säuberten die Karibik-Insel von bösen Linken. Eine Analyse der bundesdeutschen Presseberichterstattung

American Heroes Inc. von Sabine Rosenbladt
Der Wilde Westen lebt. «Cowboys« bestimmen das politische Klima, Hollywood prägt das Weltbild der Kinder: «Good guys« siegen und «Commies« beißen ins Gras. Eine Stimmungsbeschreibung aus den USA

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

Alles bestens von Sabine Rosenbladt

3.000 Berliner Polizisten verhinderten den allzu ungezügelten Ausdruck deutscher Volksmeinung beim Fußballänderspiel BRD-Türkei im Berliner Olympia-Stadion. Faschismus besiegt? Na ja. Ein Bericht von Sabine Rosenbladt

Wie geht's weiter? von Werner Heine, Tom Schimmeck

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wie geht's weiter? von Jo Leinen

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wie geht's weiter? von Achim Maske

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wie geht's weiter? von Eva Quistorp

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wie geht's weiter? von Alexander Schubart

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wie geht's weiter? von Manfred Kühle

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Konkret-ExtraPopanz Grundgesetz - Die Unterdrückung von politischem Widerstand 1949 - 1983 von Hermann L. Gremliza

Bei Sonnenschein, sagte einst ein christlicher Bundesminister, sei es im Stadion von Santiago gut auszuhalten. Das hat die Fußballarena, in der Pinochet seine Gegner zusammentrieb, mit der Verfassung der Bundesrepublik gemeinsam. Bei günstiger Konjunktur wird liberaler Rechtsstaat gespielt. Meldet jedoch die Bundesanstalt für Arbeit(slosigkeit) Siebenstelliges, macht die »wehrhafte Demokratie« mobil - und aus ist's mit Parteien-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit und ähnlichen Scherzen. Die Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik zeigt, was die Friedensbewegung noch erwartet

Öko-Tips

Östrogenkinder

Film: Eine große Familie von Bombenopfern von Stefan Hinz

Der amerikanische Fernsehfilm »The day after« kommt jetzt bei um in die Kinos

Film: Billard-Oueve-Schwanz von Olaf D. Marx

Auch In Österreich wird der neue deutsche Autorenfilm gepflegt: «Karambolage« von der Wienerin Kitty Kino ist ein richtig schöner Problemstreifen

Film: Wut

»Die Erben«, ein Film von Walter Bannert über eine neofaschistische Jugendbande

Film: Witze. Lachen. Hahaha. von Armgard Seegers

In Gerhard Polts erstens Spielfilm »Kehraus« (Regie: Hanns Christian Müller) geht es fast wie im richtigen Loben zu

Eine neue Schaulust von Sabine Bredy, Ilse Ruppert
So wie vor zwanzig Jahren der »Junge Deutsche Film« gegen»Opas Kino« aufbegehrte, gibt es jetzt wieder eine Revolte gegen die «altgewordene neue Welle. Aber weil sie nicht mit lautstarken Protesten daherkommt, merkt das bei uns kaum jemand. Im Ausland dagegen werden die ungewöhnlichen Kino-Stücke teilweise schon als Kultobjekte behandelt. KONKRET stellt einige von ihnen vor

Vor Engelmann dahinsterben von Hartmut Schulze
Schreibt der »Spiegel«: »Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS), hat immer mal wieder Schwierigkeiten mit der Meinung Andersdenkender.« Das ist wohl wahr: mit den Aufsehern von Flossenbürg und Dachau, mit Edmund Stoiber und Strauß und jetzt, nach seiner Kritik am Preisträger Manés Sperber, mit vielen seiner Freunde und Kollegen

Der Klotz bleibt, aber von Hans Georg Behr
...er wird zum antifaschistischen Mahnmal

Der Klotz bleibt, aber von Alfred Hrdlicka
...er wird zum antifaschistischen Mahnmal

Plattentips von Claus Biegert

Kulturnotizen

Karajan und sein braunes Poulos von Berndt W. Wessling

Bücher: WAVWI NESZÄ ANEIUM von Reinhard Hesse
Für Henry Miller war es das "Werk eines Genies": Kenneth Patchens 1946 veröffentlichtes Buch "Schläfer erwacht", das jetzt erst auf deutsch erschienen ist

Bücher: Der Tod als wahres Sein von Michael Schneider
Der ehemalige DDR-Schriftsteller Günter Kunert ist zum meistgefeierten Lyriker der Bundesrepublik geworden. Sein neuer Gedichtband "Stilleben" setzt die "Trauerarbeit" der vorangegangenen beiden Lyrikbücher "Unterwegs nach Utopia" und "Abtötungsverfahren" fort

Bücher: Salut für Wolfgang Neuss von Horst Tomayer

Bücher: Literatur ohne Sicherheitsabstand von Günter Gaus
Fritz J. Raddatz, der Feuilletonchef der "Zeit" hat seine "Leseerfahrungen mit zeitgenössischer Literatur" in dem Buch "Die Nachgeborenen" versammelt

Bücher: Lustbläschen von Stefan Hinz
Eine Spritze ist eine Infektionsnadel, aber das ist bei weitem nicht die einzige Peinlichkeit dieses »populärwissenschaftlichen« Buches über Herpes

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Nur zu gerne hatten ihn viele tot gesagt. Als ob bei diesem Mann eine Niederlage schon das Ende wäre. Er hat so viele Niederlagen überlebt, daß der 6. März, der Wahlsieg Helmut Kohls und seines freischwebenden Pendants Hans-Dietrich Genscher, nun wirklich kein Datum in seiner Biographie ist.

Richtig, er hat im Frühjahr den Sprung nach Bonn nicht geschafft, er mußte erstmal zu Hause in Bayern bleiben. Aber das hatte auch Vorteile - und Franz Josef Strauß wußte sie zu nutzen. Zunächst katapultierte er sich, wie das so seine Art ist, spektakulär aus der entspannungsfeindlichen Ecke und reiste nach Polen und zu Erich Honecker. Dabei ging er mit der Wahrheit (»Die Zustände sind weit besser, als in den deutschen Medien dargestellt«) so frei um, wie es sich kein Sozialdemokrat oder Grüner je getraut hätte. Auch mit dem Geld. Die Milliarde nach drüben, hat ihm - wie wir jetzt erleben - den Rücken hüben freigeschaufelt. Sie hat nicht geschadet, im Gegenteil, sie hat ihm in der Mitte und bei unseren Presse-Liberalen nur einmal mehr das Etikett des »Realpolitikers« eingebracht. Und damit lebt's sich ganz gut, jedenfalls besser als je zuvor.

Franz Josef Strauß hat sich jetzt einen alten Gegner auf Neue ausgeguckt. Nicht den mit dem Ohrfeigengesicht, den sowieso, sondern den, der das Segelohr an Reiselust neuerdings noch übertrifft: Helmut Kohl muß weg, und Strauß wird dafür sorgen. Darauf können sich seine Freunde verlassen.

Noch wird der Kampf von München aus geführt, wenn's nötig wird aber auch bald aus Bonn. Denn der Kanzler aus Oggersheim ist zu langsam, kapiert zu schwer und ist so sehr in seine Stellung verliebt, daß er darüber die versprochenen Exekutionen vernachlässigt. Schlimmer noch, Helmut Kohl glaubt insgeheim, doch noch zum Kanzler aller Deutschen aufrücken zu können.

Nur, wer will das? Strauß nicht, und seine Freunde, die jahrelang in den Wechsel investiert haben, schon gar nicht. Denn allzu breite Zustimmung verlangt zu viele Konzessionen. Und die sollte es nun wirklich nicht mehr geben. Da hätte man ja Helmut Schmidt behalten können. Der hat wenigstens intellektuell noch etwas hergemacht.

Nein, Konzessionen sollen nicht mehr sein. Nach 13 Jahren in der Diaspora soll Schluß sein mit all dem Sozial-Klimbim, muß endlich wieder Kasse gemacht werden, muß - bei sich zuspitzender internationaler Krise - noch einmal richtig hingelangt werden. Das geht nicht mit Mehrheiten, dazu sind Minderheiten notwendig; Arbeitslose ebenso wie Andersdenkende, solche also, auf die es nicht ankommt. Nur an ihnen kann der Mehrheit klargemacht werden, was ihr blüht, wenn sie nicht pariert. Das haben sich die deutschen Wähler am 6. März eingebrockt, als sie die Raketen vergaßen und den Aufschwung für Wenige wählten.

Jetzt, neun Monate später, sollten eigentlich alle gemerkt haben, wo's langgeht, wo's langgehen soll. Haben sie aber nicht. Jedenfalls noch nicht richtig. Die Masse der Wähler läßt sich immer noch vom Bonner Schattenboxen und seinen Interpreten aus Politik und Journalismus an der Nase herumführen.

Da marschieren Ronald Reagans Marines auf Grenada ein, und die Zuschauer ergötzen sich an der vorsichtigen Kritik, die die Bundesregierung daran äußert. Als dann Franz Josef Strauß die Dinge wieder ins richtige Lot rückt, da haben sie gar noch Mitleid mit Genscher und Kohl, die ja in ihrer »vernünftigen Haltung«aus Bayern so arg bedrängt werden. Daß die beiden ganz schnell wieder auf ie amerikanische Großmacht-Gewalt einschwenken, daß sie an der von Strauß und seinem Statthalter Zimmermann inszenierten skandalösen Reise des parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger zu den Invasionstruppen in die Karibik nur wegen der mangelnden Abstimmung herumkritisieren, das befriedigt das Pluralismus-Bedürfnis total. Daß Grenada deutsche Innenpolitik ist, bemerkt keiner. Ob sie aufwachen, wenn die US-Truppen durch Nicaragua marschieren? Oder wenn beim Einmarsch in den Libanon Graf Lambsdorff (bzw. sein Nachfolger im Amt) seinen Staatssekretär zur Truppenbetreuung schickt, schließlich geht es dann ja um *unser* Öl?

immerhin, so höre ich viele sagen, die Diskussion in Bonn beweise doch, daß es mit der Bonner Abhängigkeit von den amerikanischen Interessen so eindeutig nun doch wieder nicht ist. Als ob das Ergebnis nicht eindeutig wäre; Bonn unterstützt, ja befürwortet durch Auftauchen am Tatort den verbrecherischen Oberfall auf die sonnige Muskat-Insel. Man stelle sich nur die Reaktion vor, wenn Kuba Truppen mit der Begründung in Marsch gesetzt hätte, die dort arbeitenden Bauarbeiter seien bedroht und müßten sicher nach Hause gebracht werden. Wo die doch vermutlich wirklich sehr viel eher bedroht waren durch die - wie wir inzwischen hören - Söldner des Putschisten Coard, die vom amerikanischen CIA mitgesteuert waren *(siehe Bericht von Otto Köhler auf Seite 40).*

Unser Staatssekretär mußte reisen, weil der CIA ihn eingeladen hatte. Da konnte er »nicht unhöflich« sein. War es nicht vielleicht so, daß er eine Verpflichtung gegenüber dem US-Geheimdienst erfüllen mußte? Oder hat einer gehört, daß die

britische, die französische, die italienische oder sonst irgendeine NATO-Regierung einen Vertreter entsandt hat? Nein, so höflich-abhängig, so vertraglich gebunden sind die nicht. Sowas machen nur die Deutschen.

Und wehe Helmut Kohl, wenn er nicht beim nächsten Mal gleich auf Linie ist. Und das nächste Mal kommt bestimmt. Siehe Nicaragua, siehe Libanon.

Fazit also: Holt Franz Josef Strauß gleich nach Bonn, erspart Euch die Umwege. Erspart den Wählern den lächerlichen Streit, der gerade wieder um einen möglichen Posten für ihn in Bonn anhebt. Es geht doch nicht darum, daß der Graf Lambsdorff Geld von Flick genommen hat. Das haben alle (mancher hatte nur das Glück, es nicht in die Tasche stecken zu müssen, weil da schon zuviel drin war). Es geht darum, wer für die Jungs im Hintergrund, die Konzerne hier und auch in den USA, der bessere Verweser ist. Und da hat der Lambsdorff in letzter Zeit nicht soviel aufzuweisen. Weder ist ihm gelungen, den Firmen mehr Freiraum zu verschaffen, noch die Diskussion um die 35-Stunden-Woche so rechtzeitig abzuwürgen, daß sie nicht in die Köpfe der Arbeiter gedrungen wäre.

Und von denen droht eben die einzige Gefahr. Nicht von den Sozialdemokraten, nicht von den Grünen, nicht von der Friedensbewegung; nur die organisierten Arbeiter könnten noch etwas in Bewegung setzen. Deshalb muß ein anderer her. Einer, der die Gewerkschaften noch mehr domestiziert, als sie sich schon selbst in Schach halten. Der Graf taugt da nicht. Und auf Dauer auch nicht Helmut Kohl. Der steht einen Clinch nicht durch, das traut ihm keiner zu.

Franz Josef Strauß wäre schon ein anderes Kaliber. Der hat nichts mehr zu verlieren, der kann nur noch gewinnen. Und da hilft es dem Kohl auch gar nichts, wenn er jetzt seinem Gefasel von Leistung die konkrete Stundenzahl 40 hinzufügt. Es ist spät für ihn. Er hat die Zügel zu lange schleifen lassen, er hat die Coupon-Schneider zu sehr enttäuscht.

Öffentlichen Protest würde ein Aufpasser (Ablöser?) für Helmut Kohl auch nicht auslösen. In der liberalen Presse hat Franz Josef Strauß durch seine ostpolitischen Attacken nur gewonnen (siehe Interviews im »Stern«, in der »Zeit«, im »Spiegel«, in der »Süddeutsche Zeitung« undundund); die dadurch irritierten Springer-Schreiher haben nach seinen Grenada-Attacken auf Kohl/Genscher wieder Frieden mit ihm geschlossen. Nach dem Motto: »Ein Mann, der in Warschau und Ostberlin ... ; dessen Urteil über Reagans Invasion kommt besondere Bedeutung zu.«Und zu Kohl kühlt sich die Springer-Truppe immer mehr ab. Es war nicht nur der »Spiegel«, es war vor allem die »Bild«-Zeitung, die zuerst über den faulen Kanzler, der sich in seinem Amt nur sonnt, berichtete. Und das bißchen Gekreische der FDP, wer wollte das noch ernstnehmen.

Zwei Etappen also hat Strauß seit dem 6. März schon zurückgelegt. Erst ostpolitische Wende (schließlich geht es da auch ums Geschäft), dann bedingungslose Gefolgschaft für Reagan (auch in der Raketenfrage). Die dritte beginnt jetzt in der deutschen Innenpolitik. Sie wird von Schmeicheleien und Drohungen begleitet sein, so wie wir sie von Strauß gewohnt sind. Sie wird nicht morgen, wahrscheinlich auch nicht übermorgen abgeschlossen sein. Strauß denkt nicht in Wochen und Monaten, wie sein Kontrahent Kohl, er denkt in Zielen.

Und sein Ziel ist die Bundesrepublik Deutschland als 51. Bundesstaat der USA - gegen den Rest der Welt.

Wenn die Nr. 1 mal nicht da ist

Hoch ging's her im Bundestag bei der Auseinandersetzung um die Reise des Innen-Staatssekretärs Spranger noch Grenada. Die Frankfurter Allgemeine fand hinterher, daß der Staatsminister im Kanzleramt Jenninger als Genehmigungsstelle »für Sprangers außenpolitisches Vorhaben überfordert und unzuständig war«.

Richtig! Zuständig war der Kanzler, der sich in Japan aufhielt. Aber war er für Bonn unerreichbar?

Die Entscheidung spitzte sich am 3. November 18.30 Uhr zu. Jenninger hatte an einem Telefon Genscher in Helsinki, der gegen Sprangers Fahrt war. Am anderen Telefon war Sprangers Vorgesetzter, Innenminister Zimmermann, der die Reise bejahte. Nun versuchte Jenninger, eine dritte Leitung aufzubauen - zu Kohl.

Eine einmalige Panne?

Der hielt sich gerade in Kyoto auf, wo es bereits 2.30 Uhr nachts war. Obwohl es eine ständig offengehaltene »Standleitung« von Bonn zur deutschen Delegation gab, blieb Kohl unerreichbar. Genscher legte jedenfalls nach einer halben Stunde auf. Eine einmalige Panne?

Wochenends taucht er unter

Als vor Wochen ein wichtiger Brief in Bonn einging, war Kohl für eineinhalb Stunden unauffindbar.

Wochenends taucht er in der Regel für viele Stunden unter, ruft höchstens sonntags mittags seinen Intimus Ackermann in Bonn an.

Was dabei herauskommt, wenn der Kanzler »Mücke« macht, hat man im Fall Spranger gesehen. ein Scherbenhaufen.

Mainhardt Graf Nayhuß am 15. November in der »Bild«

Größere Sorgen bereiten dem Vizekanzler die Schwächen seines Regierungschefs. Durch die Arroganz von Kanzler Helmut Schmidt fühlte er sich oft gedemütigt und genoß daher zunächst den lockeren Führungsstil des Nachfolgers und seine eigenen Profilierungschancen. Inzwischen aber spürt Genscher, daß Kohls Autorität verfällt und damit das Ansehen der gesamten Regierung, Kohls Entscheidungsschwäche, seine Kompetenzmangel und unbeholfenen internationalen Auftritte werden selbst vom liberalen Koalitionspartner bespöttelt.

Genscher fürchtet, daß die Oppositionsparole vom »Tunix-Kanzler« und Straußens Sonthofener Kohl Testat »total unfähig« beim Publikum Resonanz finden.

aus »Der Spiegel« Nr. 46/1983

Konkret 12/83, S. 6

an Konkret

Hoffnung im lila Nebel

KONKRET 11/83: »Das starke Geschlecht« - Sarah Haffner über die neue Rolle der Frau

Na endlich: Die Frauen sind doch die besseren Männer!

FRITZ MULTRAUS

NÜRNBERG

Ich hoffe, vielen Chauvis ist der Kopf gereinigt - nicht gewaschen - worden; ich hoffe aber auch, mache Frauen haben nicht *nur* Bestätigung gefunden. (Von wegen »Weiterentwicklung«)

PETER MECHTERSHEIMER

KÖLN

Der Artikel strotzt vor Zweckoptimismus. Möge die Realität das Dargestellte einholen, mögen die Frauen dieser Rolle entsprechen. Ich bin dabei.

LUISE HARTWIG

HILDESHEIM

Weicher Widersinn, zwischen »Frauengruppen in Betrieben, Sendern ... « (auch hier geht S. Haffner wieder von der kleinen Schicht z.T. akademisch gebildeter Frauen aus!) und der Gewerkschaftsarbeit von Frauen einen Gegensatz konstruieren zu wollen! Der Organisationsgrad von Frauen hat in den letzten Jahren überproportional zugenommen und dementsprechend auch ihre aktive Interessenvertretung, z.B. in der Lohnfrage. Ich empfehle die Lektüre des Protokolls der 11. Konferenz der IG-Metall-Frauen. Wer anderes als vorrangig die Frauen selbst als unmittelbar Betroffene sollte die vielfältigen Diskriminierungen thematisieren, bekämpfen und abschaffen?! Und einen langen Atem braucht es allemal. Der läßt sich nicht durchhalten ohne Perspektive in Richtung auf eine umfassende Gesellschaftsveränderung.

Darin liegt meiner Meinung nach der Grund für den momentanen toten Punkt in der Frauenbewegung.

KATHARINA MÖLLER

FRANKFURT

Bei diesem Thema habe ich eigentlich erwartet, daß KONKRET auch mal auf konkrete Aktionen von Frauen in der BRD eingeht; ich habe erwartet, daß zumindest eine kurze Notiz über die *einzige* Frauen-Demo im sog. »Heißen Herbst« des BRD-Regimes erscheint, die am 14.10. 83 in Bremerhaven. An dieser Demo nahmen fast 1.000 überwiegend autonome und anti-imperialistische Frauen teil, um auf die Zusammenhänge von Imperialismus und Unterdrückung/Ausbeutung der Frauen aufmerksam zu machen. Diese Demo war die stärkste ausdrucksvollste, beeinruckendste und radikalste Demo bzw. Aktion im gesamten Herbst. Sie wurde in den Medien (deshalb?) völlig totgeschwiegen.

RALPH KLEIN

WITTEN

Liebe Sarah, sollte Dein Lila Nebel an einer Stelle kurz aufreißen, wirst Du erkennen, daß Du genau das breittrittst, was Du uns Männern vorwirfst: »unveränderte Rollenklischees«.

RAINER ALTHOFF

TÜBINGEN

Hier wird zu einem Rachefeldzug gegen die Männer geblasen: Frau hat Mann zu ihrer Emanzipation nicht nötig! Diese Emanzipation, sehr mystisch erklärt aus der »Stärke der Frau... aus sich heraus«, kann nur Emanzipation gegen den Mann bedeuten. Für mich ist aber Emanzipation nur mit dem Mann möglich und zwar in dem Sinne, gemeinsam Rollenverhalten aufzubrechen und gemeinsam nach neuen Möglichkeiten für ein gleichberechtigtes Zusammenleben zu suchen.

ELISABETH LANGE

MÜNCHEN

Leider kommt in Sarah Haffners Worten einmal mehr die Tatsache heraus, daß das eine Geschlecht durch das andere Geschlecht abgelöst werden soll und als Ergebnis: Das neue starke Geschlecht.

Dafür drücke ich niemandem die Daumen.

PETER LÜER

BRAUNSCHWEIG

Untertanengeist

KONKRET 11/83: »Schinkensemmelfrieden« - Essay von Günther Anders

Wer nicht wie wir aus seiner eigenen Geschichte nichts gelernt hat, der ist eben zum Untergang verurteilt. Angeborener Untertanengeist wird jedenfalls nur zum gewaltlosen Widerstand fähig sein.

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG

Wer mehr als den inneren Frieden will, wer tatsächlich Frieden für alle will, muß sich zum Friedenskampf bekennen!

JAN NIWLAISEN

FLENSBURG

Wenn sich DKP, Grüne und die anderen Linken nicht schleunigst besinnen, die Friedensbewegung von ihrer Basis her stärken, und das gute, alte Rezept befolgen, das immer noch lautet: getrennt marschieren - aber vereint schlagen, dann wird der Sieger bald feststehen: eine politisch erneuerte und organisatorisch gestärkte SPD, stolz, arrogant und selbstherrlich herabblickend auf die Reste einer demoralisiert gestorbenen Friedensbewegung, auf eine an ihren inneren Widersprüchen und der bitteren Realität des kapitalistischen Parlamentarismus gescheiterten Grünen Partei und auf eine weiterhin als bürokratische Sekte verharrende DKP.

Das aber heißt, die Internationale des Kapitals und der Militärs wird uns in die atomare und chemische Barbarei führen!

GERLEF GLEISS

HAMBURG

Der doppelbödigen Moral der NATO-Strategen sind doch auch Grenzen gesetzt.

SIEGFRIED KLÜCKMANN

LENSAHN

Neue Ideen sind gut und Selbstkritik ist das Öl in jeder Bewegung, aber ohne Panik und Hektik und ohne Stillstand und Mutlosigkeit. Mit anderen Worten; Will man uns den Tod bringen, können wir nur das Leben dagegensetzen.

ANDREAS NODOP

HAMBURG

Veralutbarung

KONKRET 11/83: »Die Stadt der Mengeles« von Fritz Rasch

Bekanntlich bestreitet das Justizministerium Baden-Württemberg vehement, daß der ehemalige Leiter der Zentralstelle und später zur Aufklärung der Stammheimer Todesfälle abgestellte Generalstaatsanwalt a.D. Schüle in der UdSSR rechtskräftig als Kriegsverbrecher abgeurteilt worden ist. Solche Behauptungen seien »eindeutig und beweisbar falsch«.

Nicht bestritten hat dieses Ministerium bislang, daß unter der Ermittlungsführung dieses Generalstaatsanwalts im Stammheimer Todesermittlungsverfahren die untersuchungsentscheidende Spur 6 (Gewebeteil oder Blut an der Wand) aus der Einzelzelle Andreas Baaders spurlos verschwunden ist.

Finsternis umgibt den Verbleib Mengeles wie den der Spur 6 im Land der Mengeles.

KARL-HEINZ WEIDENHAMMER

RECHTSANWALT

FRANKFURT

Lachend untergehen

KONKRET 11/83: »Kabarett in der Vorkriegszeit« - von Erich Kuby über die Lach- und Schießgesellschaft

Die Zeit morbider, »linksmelancholischer« Satire á la Kästner u.a. ist vorbei. Dies muß ins Bewußtsein derjenigen dringen, die in Zukunft auf »kulturellen Veranstaltungen« der Gewerkschaften und der Friedensbewegung, in welcher Form auch immer, auftreten. Ihnen sollte die ungemein scharfsichtige Unterscheidung Jean Paul Marats, einer der brillantesten Polemiker in der Französischen Revolution, in bezug auf Satire und Polemik zu denken geben:

»Die Art und Weise, wie man das öffentliche Wohl diskutiert, hängt mit dem Triumph der Freiheit aufs Engste zusammen. Wenn man also gegen die Unterdrückung opponiert, so ist es wichtig, daß dies stets mit ernstem, engagiertem, ja pathetischem Ton geschieht; auf keinen Fall scherzhaft und leichtfertig. Die eigentliche Satire kann auf den Tyrannen angewendet werden, nicht aber auf die Tyrannei selbst. Die satirischen Schriften bringen im Grunde nur eine Verhärtung der. Knechtschaft und ich erkläre weshalb: Vernünftige Leute glauben immer, diese seien übertrieben und verlieren deshalb das wahre Ausmaß des Unrechts aus den Augen. Außerdem rufen sie Schadenfreude hervor, was immer von wahrer freiheitlicher Regung ablenkt. Noch schlimmer: Das Volk beginnt über seine eigenen Leiden zu lachen, und dies vermindert sein Ressentiment gegen die Urheber des Elends.«

(Jean Paul Marat. Satirische Schriften. In: Die Ketten der Sklaverei (1774). Gießen/Lollar 1975.S.94)

Wieviele Stationierungen, wieviele Grenadas und wieviel Arbeitslosigkeit müssen wir noch ertragen, bevor wir »lachend untergehen«?

HANS-JÜRGEN MÜLLN

GIESSEN-WIESECK

Es war der 12. Oktober 1983. Ich entstieg auch einem Busse, um mich in den Kongreßbau des Deutschen Museums zu begeben. Auch ich gehörte zu den gut 95 Prozent der Männer zwischen 40 und 50.

Bei einer Körpergröße von 176 cm und 90 Kilogramm Gesamtgewicht bin ich nach der Einschätzung von Erich Kuby sicherlich auch einer von denen, die weit vorwölbende Begräbnisstätten von zuviel Essen und zuviel Bier vor sich hertragen. Nun denn.

Entgegen der Annahme von Erich Kuby lese ich trotzdem Bücher. Ich lese sogar regelmäßig KONKRET. Ja was sagt man dazu? Mit mir machen das sicherlich viele derjenigen, die am 12. Oktober als Delegierte im Kongreßbau anwesend waren, um das im übrigen ausgezeichnete Programm der Lach- und Schießgesellschaft in sich aufzunehmen.

Hoffentlich bricht nun keine Traum-»Welt« zusammen.

BERNHARD STOCK

WERDOHL

Ehrenring für den Kriegsverbrecher

KONKRET 11/83: - Otto Köhler über den häßlichen Deutschen Berthold Beitz

In Essen ist nicht nur ein großes Krankenhaus nach dem großen Vorbild von Berthold Beitz dem Kriegsverbrecher Alfred Krupp, benannt, sondern auch die örtliche Presse würdigt an (Wehrwirtschafts-)Führers Geburtstag regelmäßig dessen Verdienste. Und als nun Berthold Beitz als sechste Persönlichkeit dieser Stadt den Ehrenring verliehen bekam, wird er sich besonders gefreut haben, daß der Krupp'sche Kriegsverbrecher schon Jahre vor ihm von den Essener Stadtoberen mit dieser seltenen Auszeichnung bedacht wurde.

Und selbst vor Theateraufführungen macht die Krupp'sche Art von Geschichtsauffassung nicht halt. Als in Essen das Stück »Der Stellvertreter« von Hochhuth aufgeführt wurde, mußte eine Szene (ein SS-Mann beschwert sich bei einem Krupp-Bevollmächtigten über die nach seiner Meinung zu schnelle »Vernichtung durch Arbeit« der Arbeitssklaven) gestrichen werden, weil man den Essenern die auch nach dem Krieg nie ganz verblaßte Liebe zu Firma und Familie Krupp nicht schwer machen wollte.

PAUL HANSEN

ESSEN

Konkret 12/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Stars an Strippen

Als sie das Land besetzt hatten, erklärten die USA, daß ihre Soldaten nur so lange für Ruhe und Ordnung sorgen wollten, bis die Voraussetzungen für eine freiheitlich-demokratische Entwicklung geschaffen seien. Bis es soweit sei, müßten die Relikte der totalitären Herrschaft, die sie gerade gestürzt hatten, beseitigt werden.

Die Rede könnte sein von Grenada, 1983. Die Rede soll sein von Deutschland (West), 1945. Damals hatten Soldaten der USA an der Befreiung der Deutschen von faschistischer Diktatur mitgewirkt. Letzten Monat haben U-SA-Ledernacken eine nationale Befreiungsbewegung liquidiert. Die Erkenntnis mag bitter sein, aber die Befreier handelten in beiden Fällen aus demselben Motiv: Die Erde ihrem *way of life* untertan zu machen, das Banner ihrer »ewigen Werte« aufzupflanzen, ihre zur Menschheitsreligion verklärte Wirtschaftsweise in einem Kreuzzug über die Welt zu tragen. In God we trust. Trust.

Damals, 1945 im Westen Deutschlands, begannen sie, das Land zu kaufen. Seine herrschende Klasse, die Hitler an die Macht gebracht hatte, war unterm Nennwert zu haben. Es genügte, den Herrenmenschen einen Fragebogen unter die Nase zu halten, und schon machten die »cheese« vor jedem Sergeant. Die Kirchen waren schnell be*cared*, der Mittelstand gesundete ideologisch an *Lucky Strike* und *Cadbury.* Nur die Arbeiterklasse mußte leider gründlich saniert werden. Ihre Führer hatten sich gerade in Buchenwald noch geschworen, nie wieder gegeneinander anzutreten, sondern gemeinsam, als Sozialdemokraten und als Kommunisten, eine sozialistische Republik aufzubauen. Wie Maurice Bishop. Aber man mußte nicht einmarschieren. Man war schon da.

Zuckerbrot und Peitsche: Die Kommunisten wurden wieder in die Löcher gejagt, aus denen sie eben gekrochen waren, die Sozialdemokraten wurden aufwendig umerzogen. Es erwies sich von Vorteil, daß viele ihrer Funktionäre aus westlicher Emigration zurückgekehrt waren, wo sie vor Hitlers Mordbanden Schutz gefunden und ihre Fähigkeiten in den Dienst der antifaschistischen Sache gestellt hatten - in den meisten Fällen als Mitarbeiter von Regierungsstellen, Propaganda-Abteilungen oder Geheimdiensten. Im gemeinsamen Kampf gegen Hitler hatte jeder recht - auch der krudeste amerikanische Ausbeuter gewann menschliche Züge.

Die Welt als Ware und Vorstellung: Der Pädagogik wurde mit Dollars nachgeholfen. So finanzierte der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL/CIO den Start des DGB. Als dessen »Chefideologe« Victor Agartz ein marxistisches Programm entwickelte und dies von den Delegierten des DGB mit stehenden Ovationen begrüßt wurde, blieben die Zahlungen aus. Stattdessen verfügte plötzlich der Christliche Gewerkschaftsbund über erhebliche Mittel. Das werde sich aber sofort ändern, teilte man dem DGB-Vorsitzenden mit, wenn Mr. Agartz abgelöst sei. Es ging dann ziemlich schnell. Im Zusammenspiel amerikanischer Dienste mit dem Ostbüro der SPD, gekauften DGB-Funktionären und Adenauers Verfassungsschutz wurde Victor Agartz unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet und angeklagt. Erst als er politisch erledigt war, durfte der Gewerkschafter vom Bundesgerichtshof freigesprochen werden. Das Exempel hatte gewirkt. Ein Nachfolger fand sich nicht. Bis heute.

Wer jedoch mitspielte, wurde reich belohnt. Die Intelligenz durfte zum Schüleraustausch oder auf Stipendium in die USA - und das war, damals in den ärmlichen Nachkriegsjahren, ein unvergeßliches Erlebnis von Wohlstand, Fortschritt, Freiheit. Kaum ein Chefredakteur, kaum ein Mitglied des Fraktionsvorstands, kaum ein Abteilungsleiter des DGB, in dessen Lebenslauf diese Erfahrung fehlt. Selbst dem atlantischen Sozialdemokraten Horst Ehmke ist die »in der Nachkriegszeit erfolgte Amerikanisierung vieler Bereiche des öffentlichen Lebens« jüngst bewußt geworden.

Was meint Ehmke, wenn er Amerikanisierung sagt? Da er vom öffentlichen Leben spricht, denkt er gewiß nicht nur an Popmusik und all das, was Mitterands Kulturminister Jack Lang, bevor man ihm die Hammelbeine gezogen hat, den Kulturimperialismus der USA nannte. Ehmke meint wohl eher, was seinen Genossen Peter von Oertzen die Hymne aufsagen läßt: »Die USA und die Bundesrepublik sind durch gemeinsame Traditionen und Werte der Menschenrechte, des Rechtsstaats und der pluralistischen Demokratie miteinander verbunden.«

Amerikanismus ist der unerschütterliche Glaube daran, daß die amerikanischen Werte Freiheit, Demokratie und Menschenrechte mehr bedeuten als die Fassade für blutigste Ausbeutung, daß sie mehr sind als ein Luxus, den man sich auf Kosten hungernder Völker leistet, daß der *american way of life* anderes ausdrückt als Bigotterie statt Faschismus - trotz Allende und Bishop, trotz Marcos und Pinochet.

Amerikanismus ist, wenns gar zu dick kommt, der Glaube an das andere Amerika, an *freeze und we shall overcome*, auch wenn Edward Kennedys Protest gegen den Überfall auf Grenada ausbleibt und sein Engagement gegen Atomwaffen daher rührt, daß er die Produzenten konventioneller Waffen noch besser ins Geschäft bringen will (richtig: muß - aber das, liebe Parteifreunde, kriegen wir erst in Quarta). Linker Amerikanismus - das ist beispielsweise jener ehemalige SDS-

Vorsitzende, der drei Jahre nach seiner letzten Vietnam-Demo in Hosenträgern mit *stars and stripes* auf der Buchmesse sitzt und vier Wochen vor dem Überfall auf Grenada erzählt, die USA seien viel demokratischer als die Bundesrepublik, man zeige ihm, bitte, hier bloß so etwas wie den freedom *of information act,* ja, er kenne die USA, er sei schließlich dort zur Schule gegangen. Er verlegt jetzt Friedrich Hölderlin.

Amerikanismus - das ist der Beschluß der SPD, die »Nachrüstung« mit der Begründung abzulehnen, »die USA und die UdSSR« seien »nicht deutlich und nicht ernsthaft genug aufeinander zugegangen«, wenn gleichzeitig Egon Bahr die Erkenntnis formuliert: »Die Amerikaner wollen ihre Stationierung haben. Es kommt kein Vorschlag mehr von ihnen, der diese Absicht wirksam tarnen könnte.« Und deshalb ist auch die Sowjetunion zu verurteilen!

Linker Amerikanismus manifestiert sich in dem Vokabular, das für jede Schweinerei der USA die Sowjetunion mitverantwortlich machen will: Die USA handeln dann als »Supermacht« oder nach »Großmachtinteressen«, in Chile, auf Grenada, im Libanon - wie die Sowjetunion. Als Truppen der Sowjetunion in Afghanistan einmarschierten, war unter Linken viel von diesem Land - und ausschließlich von diesem Land - die Rede. Nur einmal wurde Afghanistan, Afghanistan noch häufiger genannt: Als die US-Marines Grenada überfielen.

Amerikanismus ohne Grenzen, nicht mal vor denen der Komik macht er halt. Da schreibt die grüne Bundestagsabgeordnete Beck-Oberndorf: »Es ist ein Skandal der ehemaligen Kolonialmächte der westlichen Zivilisation wie der USA und der Sowjetunion ... « Wo, bitte, liegen die ehemaligen Kolonien der Sowjetunion? Wenn Frau Beck-Oberndorf mir eine einzige nennt, will ich sie nie ein Reeducation-Fraulein genannt haben.

Die SPD hat, weil sie jetzt in der Opposition ist und es nicht mehr drauf ankommt, die neuen amerikanischen Atomraketen abgelehnt. Zur Sühne für dieses 'Vergehen am Amerikanismus mußten die Delegierten beschließen, daß sie in allem anderen ganz doll für die USA und das Bündnis und die Freundschaft sind. Und der letzte Kanzler der SPD, dem das immer noch nicht genug war, kann für 20.000 Dollar pro Auftritt bei einem New Yorker Agenten gemietet werden.

Konkret 12/83, S. 10

Nachrichten

Prozesse I

Am 25. Oktober hat in Berlin der Prozeß gegen Benny Härlin und Michael Klöckner begonnen. Die beiden sollen für den unkommentierten Abdruck von »Kommandoerklärungen« der »Revolutionären Zellen« in der Zeitung »Radikal« verantwortlich sein und dadurch öffentlich Straftaten gebilligt, zu Straftaten aufgefordert und für eine terroristische Vereinigung geworben haben (KONKRET 7/83). Wegen dieser Vorwürfe waren sie über zwei Monate inhaftiert und wurden erst am 20. August nach zahlreichen Protesten und gegen Zahlung einer Kaution von insgesamt 60.000 Mark freigelassen. Für den Fall einer Verurteilung müssen sie mit Kosten von über 100.000 Mark rechnen, doch auch eine sachgerechte Verteidigung kostet viel Geld, deshalb sind Benny Härlin und Michael Klöckner auf Spenden angewiesen: Kursbuch Verlag, Sonderkonto, 1000 Berlin 30, Postscheckamt Berlin West, Nr. 172 63 - 108.

Keine Rettung für den PDI

Der »Pressedienst Demokratische Initiative (PDI)« muß zum Ende des Jahres aus finanziellen Gründen seine Arbeit einstellen. 1968 gegründet, entwickelte sich der PDI in den vergangenen 15 Jahren zum wichtigen informationsdienst im Kampf gegen Neo-Nazis, Rechtsradikale und Restaurationspolitik. Über 100 Taschenbücher und Broschüren mit einer Gesamtauflage von über 300.000 wurden verkauft, der 14tägig erscheinende Informationsdienst »Blick nach rechts« belieferte Landtagsabgeordnete und Journalisten mit Hintergrundinformationen, das Archiv gilt als eines der besten zum Thema Rechtsradikalismus.

Doch in den vergangenen zwei Jahren gingen Spenden und Auflage zurück, »das Interesse am Antifaschismus nimmt ab«, wie Kurt Hirsch, Leiter und Initiator des PDI, feststellte. »Ich bin resigniert, eine mögliche Rettung scheiterte an der Schwerfälligkeit der Bürokratie.« Was Kurt Hirsch nicht sagt: Seit Mai wurde mit der SPD verhandelt, der Info-Dienst sollte aktualisiert und erweitert werden, ein jährliches Sammelabo von 1.500 Exemplaren hätte die SPD knapp 120.000 Mark gekostet und für den PDI die Rettung bedeuten können. Zwar dementiert die SPD ein Scheitern der Verhandlungen, doch der PDI mußte bereits Mitarbeitern und Arbeitsräume kündigen, das Archiv wurde an eine Universität verkauft, damit die Schulden bezahlt werden können.

Nicht zuständig

Seit 1980 führen sechs Geschwader der Bundesluftwaffe ihre Tiefflugübungen im Bereich des Luftwaffenstützpunktes »Goose Bay« in Labrador (Kanada) durch. Das Gebiet ist für die Bundeswehr »so gut wie menschenleer«. Dabei leben dort über 35.000 Inuit und Indianer, die Ureinwohner Labradors. Durch die Tiefflugübungen (die Phantom-Jäger fliegen mehrmals täglich 30 Meter tief mit bis zu 900 Stundenkilometern quer über das Gebiet) ist das ökologische Gleichgewicht der gesamten Region gefährdet. Die Karibuherden (Rentiere), von denen die Indianer leben, werden durch den Lärm in Gebiete vertrieben, wo sie entweder nicht genug Nahrung oder keine geschützten Plätze für die Aufzucht ihrer Jungen finden. Die Bundeswehr erklärt sich für die Probleme der Einwohner nicht zuständig. Sie zahlt an die kanadische Regierung für das Übungsgelände 25 Millionen Dollar Pachtgebühr. Die betroffenen Inuit und Indianer sehen von diesem Geld nichts.

Anlehnung

Kirchenwahl in Berlin im Juli 1933. Unter dem Motto»Kirche muß Kirche bleiben« wird Wahlpropaganda vor einer Kirchentür betrieben. Berlin 50 Jahre später: Bei der Kirchenwahl in der Gemeinde »Zum guten Hirten« in Berlin-Friedenau haben sich Dr. Rückward und Dr. Marten erinnert. »Schluß mit der Opposition aus Prinzip« schreiben sie in einer Postwurfsendung und: »Nun erst recht: Kirche muß Kirche bleiben!«

Prozesse II

Vor drei Jahren, am 8. August 1980, hat das Amtsgericht Hamburg den Journalisten Henryk M. Broder und den KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza von der Anklage freigesprochen, den Kölner Richter Victor Henry de

Somoskeoy dadurch beleidigt zu haben, daß Broder den »furchtbaren Juristen« in KONKRET »selbstgerecht, grob und unbarmherzig« genannt und ihm »Anmaßung« und »Beschränktheit« vorgeworfen hatte. Der Hamburger Freispruch war die erste Niederlage in fast zwei Dutzend Prozessen, mit denen Somoskeoy als Nebenkläger seine Kritiker verfolgt hatte. Somoskeoy, sonst stets von seinen Kollegen Richtern in Schutz genommen, scheiterte an dem Hamburger Amtsrichter Ernst Schmaltz, damals 59, der entschied, Somoskeoy habe sich in seinen Prozessen so aufgeführt, wie Broder das beschrieben hatte. Doch die Kollegen von der Staatsanwaltschaft legten - es kostet sie ja nichts - Berufung ein. Erst drei Jahre später, am 26. Oktober 1983, wurde die aussichtslose Berufung zurückgezogen, erst jetzt ist der Freispruch für Broder und Gremliza rechtswirksam geworden. Eine kleine Strafe hat die Staatsanwaltschaft mit ihrer Berufungspolitik doch noch verhängen können: Broder und Gremliza mußten mehr als drei Jahre auf die Erstattung ihrer Anwaltskosten warten.

Katholisches Kinderspiel

Die katholische Kirche, unterstützt von der CDU/CSU, rüstet zum Kampf gegen den Paragraphen 218. »Wir handeln schlimmer als Hitler«, unter diesem Motto kämpft Pfarrer Reinhold Goldmann aus Buchbach in Bayern. »Die große Resonanz mit vielen Sympathisanten aus allen Bevölkerungskreisen der BRD« veranlaßten ihn zur Herausgabe einer Broschüre. Darin wird geltendes Recht zum Massenmord erklärt, die Konzentrationslager von Auschwitz und Treblinka sind für ihn, »gemessen an den modernen Schlachthöfen unserer Nation, Kinderspielplätze des Massenmordes«. Anstatt den »Baby-coust« zu beenden, »züchten wir uns Terroristen, verwandeln wir unsere Gefängnisse in Kurhotels für die Giftpilze unseres Volkes«. Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Müller protestierte, »Pro familia« in Bamberg wandte sich empört an das zuständige Erzbischöfliche Generalvikariat. Vergeblich. Pfarrer Goldmann genießt das Vertrauen der Katholischen Kirche. Der Generalvikar Heinrich Straub im Antwortschreiben an »Pro familia«: «Ihrer Schlußfolgerung, Pfarrer Goldmann verharmlose den Judenmord, kann ich mich nicht anschließen ... « Und: »Da in der Wertung des Tatbestandes Konsens besteht, hat Pfarrer Goldmann die Freiheit, mit seinen Worten und unter Zuhilfenahme weltweit bekannter Begriffe, auf das Unrecht hinzuweisen.«

Zitat

»Sehr geehrter Herr Glotz

Ich gestatte mir die höfliche Anfrage, ob das Parteiarchiv der SPD atombombensicher ist, oder Sie die SPD-Parteigeschichte schon an die Washingtoner Nationalbibliothek veräußert haben?«

»Sehr geehrter Herr Kerger, im Auftrag von Dr. Peter Glotz danke ich Ihnen herzlich für Ihr Schreiben. Im Rahmen der Diskussion über die Sicherung des Friedens gibt es für die SPD zahlreiche wichtigere Aspekte als die Sicherung von Archiven. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch und nicht die Sachen.«

Aus dem Briefwechsel zwischen Bürger Alfred Kerger und Anni Jansen vom Bürgerbüro der SPD in Bonn

Konkret 12/83, S. 11

Werner Heine

... die hinteren Beine über die hintere Körperpartie des unteren gespreizt...

Nachrichten

Franz Josef Strauß und die Justiz, das geht zusammen wie Fix und Foxi. Vorwiegend das Münchner Landgericht 11 hat in Jahrzehnten prozessualer Auseinandersetzungen zwischen Strauß und seinen journalistischen Gegnern für eine sehr einseitige Punkteverteilung gesorgt: Strauß gewinnt immer.

Dieses enge Zusammenspiel und ein kecker Satz des Kandidaten »Ich halte nichts von Prozessen gegen Karikaturisten« - inspirierten den Zeichner Rainer Hachfeld zu einer Illustration, die ein Amtsrichter später zutreffend so beschrieb: »Auf der Zeichnung werden zwei Schweine dargestellt, von denen eines dem anderen von hinten aufreitet und dabei die hinteren Beine über die hintere Körperpartie des unteren spreizt. Das untere Schwein zeigt ein 'lachendes' Schweinegesicht, in den Ohrmuscheln das Paragraphen-Zeichen und trägt zu einer schwarzen Robe ein schwarzes Barett und eine weiße Schleife. Das aufreitende Schwein trägt anstelle eines Schweinegesichts die Gesichtszüge des Nebenklägers mit lachendem Mund und Gesichtsfalten.«

Die Zeichnung erschien in KONKRET (7/80) mit der redaktionellen Frage: »Satire darf alles. Rainer Hachfeld auch?« Die Antwort von Strauß war: nein. Auf Antrag des bayerischen Ministerpräsidenten ermittelte die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen Rainer Hachfeld und KONKRET-Redakteure wegen Beleidigung. Hachfeld fertigte aus diesem Anlaß neue Variationen des Schweinchen-Themas, die wieder in KONKRET (6/81 und 10/81) erschienen. Die Verfahren gegen die Redakteure wurden später eingestellt, gegen Hachfeld nicht.

Im August 1982 verurteilte der Hamburger Amtsrichter Rehm den Zeichner zu 5000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung in drei Fällen. Begründung: Der Angeklagte habe »ein wohlgefälliges Koitieren des Nebenklägers (Strauß) in der Figur eines Schweines dargestellt«. Die Einlassung Hachfelds, das »Aufreiten« stelle vielmehr ein Rangordnungsverhalten der Tierchen dar, wurde von Richter Rehm schnell als »Schutzbehauptung« entlarvt. Zwar sei dem Gericht »aus eigener Sachkunde« solches Rangverhalten bekannt, aber hier sei »in Wahrheit ein Sexualverhalten« gemeint, weil »die beiden Schweinsgestalten mit lachenden Gesichtern dargestellt« wurden, in Zeichnung zwei gar bei »abartiger geschlechtlicher Betätigung«, bei »Onanie« und »gegenseitigem Mundverkehr«.

Der Karikaturist ging in die Berufung vor das Hamburger Landgericht. Sechs Verhandlungstage lang mühten sich Hachfeld und Verteidiger Uwe Maeffert um Entlastung - ohne spürbaren Erfolg. Die Strafkammer lehnte die Beiziehung von Kunstsachverständigen ebenso ab wie die Ladung des Zeugen Stoiber über das Strauß-Wort von den »Ratten und Schmeißfliegen«. Das Zitat, so die Kammer, stehe »in keinem zeitlichen Zusammenhang« zur Veröffentlichung der Zeichnungen.

Mit dieser Begründung war das Gericht gefangen. Maeffert beantragte Beweiserhebung darüber, daß Strauß die »Ratten und Schmeißfliegen« als »Dauertatbestand« ständig variiert. Die Kammer wollte darauf der Verlesung des Staeck-Buches mit Strauß-Zitaten zustimmen. Strauß-Vertreter Günther Ossmann (»Das wird jetzt ein politischer Prozeß«) drohte darauf an, die Verlesung aller Strauß-Reden zu beantragen. Da erklärte die Kammer überraschend am achten Prozeßtag, auf das Staeck-Buch käme es nicht mehr an. Sie sei zu dem »vorläufigen« Ergebnis gekommen, daß die Zeichnungen »nicht den strafbaren Tatbestand der Beleidigung« erfüllten. Weitere Beweisanträge seien überflüssig.

Staatsanwalt Klein beantragte nach diesem vorweggenommenen Freispruch erfolglos die Ablehnung des Vorsitzenden, Dr. Maywald, weil der die »Fürsorgepflicht« gegenüber der Anklage verletzt habe. Er übersah dabei, daß die Stratprozeßordnung diese Pflicht nur gegenüber »hilflosen« und »rechtsunkundigen Personen« kennt. Die Einstellung des Verfahrens gegen eine Geldbuße, die Richter Maywald zu Beginn des Prozesses vorschlug, hatte Klein zunächst befürwortet, dann aber Anwalt Maeffert beschieden, er müsse erst noch einen Anruf aus München abwarten. Danach war von Einstellung nicht mehr die Rede. Der Herr des Verfahrens - das wurde karikaturhaft überdeutlich - saß in der bayerischen Staatskanzlei, die hinteren Beine über die hintere Körperpartie des unteren gespreizt, mit lachendem Mund und Gesichtsfalten.

Konkret 12/83, S. 12

Jan-Philipp Sendker

Ein wehrbereites Volk

Auf der einen Seite Millionen von Friedensdemonstranten, auf der anderen Seite die konsequente materielle und psychologische Militarisierung der Gesellschaft. Die Bundeswehr ist attraktiv wie nie zuvor: Panzermuseen und Ausstellungen haben regen Zulauf, arbeitssuchende Jugendliche stehen Schlange

Rrrrrechts um!« Die Anweisungen des Stabsfeldwebel a.D. Winkler sind laut und deutlich. Über hundert Augenpaare wandern an Waffen und Munition vorbei, hin zu breit lächelnden, mit Uniformen des Zweiten Weltkriegs bekleideten Schaufensterpuppen. Da ist sie: die Feldbluse von Feldmarschall Rommel. Sekunden der Ehrfurcht vergehen, bevor der Stabsfeldwebel a.D. mit seiner Führung fortfährt. Es gibt viel zu sehen im Panzermuseum der Kampftruppenschule 2 in Munster. Panzer, Waffen, Uniformen und Orden aus den vergangenen 100 Jahren deutscher Militärgeschichte.

Stabsfeldwebel a.D. Winkler steht, die Arme hinter dem Rücken verschränkt, leicht mit den Fußspitzen federnd, in der Mitte des Saals. Er gehört zu den Männern der ersten Stunde:»In diesem Museum finden Sie nicht eine Waffe, die nicht durch meine Finger gegangen ist. « Der Besucheransturm heute überrascht ihn nicht: »Das ist normal. In den letzten Jahren ist das Publikumsinteresse so gewachsen, daß wir anbauen mußten.« So hat die Stadt Munster einen Förderverein gegründet, und dank öffentlicher Mittel und privater Spenden konnte die Ausstellungsfläche mehr als verdoppelt werden. Die Besucherzahlen steigen noch immer, auf dem Parkplatz stehen Autos aus er ganzen Bundesrepublik. Dabei sind es nicht nur Waffenfanatiker oder Weltkriegsnostalgiker, die in zwei neugebauten Hallen und in drei weiteren Sälen von Panzer zu Panzer, von Orden zu Orden wandern. Am Wochenende ist Familientag: kreischende Kinder, bellende Hunde, rollende Kinderwagen. »Hier wird deutlich, daß die Interessenlage der Deutschen ganz anders ist, als sie immer dargestellt wird. Wir können unsere Vergangenheit nicht verdrängen, denn wir Deutschen sind schon immer ein wehrbereites Volk gewesen.« Der Stabsfeldwebel a.D. weiß, wovon er spricht. Mehr als hundertmal wird er am Wochenende gefragt, wo es das ausgestellte Gerät in Bausätzen zu kaufen gibt. Zu seinem Bedauern leider kaum noch, »da fragt man sich, wieweit es gekommen ist mit der Freiheit in diesem Land«.

Stramme Militaristen, eine zweifelhafte Traditionspflege der Bundeswehr sind nichts Neues in der Bundesrepublik - und doch hat sich etwas geändert: Das Militärische - und damit die Bundeswehr - ist attraktiv wie nie zuvor; auf Werbeplakaten für Stadtfeste erscheint sie als Zugnummer, Jugendliche stehen vor den Freiwilligenannahmestellen Schlange. Das ausgebaute Museum in Munster findet plötzlich bundesweit Beachtung. Die »Süddeutsche Zeitung« hat »Respekt vor dem Spürsinn, mit dem diese Wehrmachtspanzer entdeckt wurden«.

Beispiele für die materielle und psychologische Militarisierung der Gesellschaft gibt es viele - und es werden täglich mehr. Zusammen ergeben sie ein Bild, das der ehemalige Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde Eugene Rostow mit einem Satz beschreibt: »Wir leben in einer Vorkriegs- und nicht in einer Nachkriegszeit.«

Beispiel Haßfurt: Der Ort, zwischen Schweinfurt und Bamberg direkt am Main gelegen, ist ein idyllisches Städtchen. Die beiden alten Stadttürme sind verbunden durch schmale Gassen und liebevoll restaurierte Häuser, keine Industrieansiedlung verdunkelt die Landschaft, der Ort lebt von Handel und Handwerk. »Spannungen«, so versichert CSU-Bürgermeister Rudolf Handwerker, »gibt es bei uns nicht, weder in der Bevölkerung noch zwischen den Parteien.« Nur die für Bayern extrem hohe Arbeitslosigkeit von über elf Prozent trübt das Bild ein wenig.

Es ist Ende September, und das Städtchen steckt in den Vorbereitungen für das Stadtfest am Wochenende. Häuser und Straßen sind festlich geschmückt, überall hängen Werbeplakate, worauf eine der diesjährigen Attraktionen angekündigt wird: Die Bundeswehr und ihre Ausstellung »Unser Heer«.

»Zufällig«, sagt Hauptmann Hartmut Hager, Presseoffizier der Bundeswehrausstellung, »überschneiden sich die beiden Veranstaltungen.« Die Bundeswehr hat ihr Lager auf den Wiesen am Ufer des Mains aufgeschlagen. Wer jetzt den Uferwanderweg entlang geht, endet unweigerlich vor dem Rohr des Leo, wie der stärkste Kampfpanzer der Bundeswehr zärtlich genannt wird. »Unser Heer« begnügt sich nicht mit Schautafeln und schönen Worten. Was gezeigt wird, gehört zum Besten, was die Bundeswehr zu bieten hat: Kampfpanzer Leopard, Jagdpanzer Jaguar (mit Panzerabwehrflugkörper HOT),. Brückenlegepanzer Biber, Panzerabwehrhubschrauber, Feldhaubitzen, Raketenwerfer. Doch handelt es sich hier beileibe nicht um »eine martialische Waffenschau; sachliche Information steht im Mittelpunkt«. Oberstleutnant Hans-Adolf Spieß, Leiter der Ausstellung, beteuert es immer wieder. Ziel sei es, »die Einsicht in die Schutzwürdigkeit unseres Staates zu fördern«. Da kann kein Aufwand zu groß sein: In einem 300 Quadratmeter großen Zirkuszelt wird mit Hilfe von Ton-Dia-Schauen über die Karrieremöglichkeiten beim Bund informiert, in einem Filmzelt werden Filme mit »sicherheitspolitischem Inhalt« gezeigt.

Die Ausstellung gehört zu den erfolgreichsten Werbeträgern der Bundeswehr. Im vergangenen Jahr war sie in über 15 Städten »zu Gast«, fast 500.000 Besucher wurden gezählt, davon 1.100 Schulklassen. 30 Prozent aller 16-18jährigen in der

Bundesrepublik haben«, nach Angaben der Bundeswehr, »bis 1982 eine Ausstellung als Informationsquelle genutzt und sie weit überwiegend (75 Prozent) positiv beurteilt.« Tendenz steigend. »Unser Heer« wird generalstabsmäßig vorbereitet, nichts bleibt dem Zufall überlassen. Bereits Monate im voraus werden alle Schulen in der weiteren Umgebung eines Ausstellungsorts angeschrieben, die Schulleitung gebeten, »auf die Veranstaltung empfehlend hinzuweisen«. Interessierte Klassen werden von Bussen der Bundeswehr oder der Bundesbahn hin und her transportiert. Kostenlos versteht - sich. Die derart Umworbenen genießen den betriebenen Aufwand sichtlich. Über 50 Lehrer sind zu einem Gespräch in das Mannschaftszelt gebeten worden. Dort sitzen sie an langen Tischen, werden bedient von freundlich lächelnden Wehrpflichtigen, umschmeichelt vom Oberstleutnant, der sie persönlich begrüßt. Geplaudert wird über Besoldung und Aufstiegsmöglichkeiten bei der Bundeswehr, Leid und Freud des Beamtendaseins, und überhaupt. Derweil toben die Schüler in kleinen Gruppen allein übers Gelände, zweieinhalb Stunden haben sie Zeit.

Die Bundeswehr als Rummel- und Abenteuerspielplatz: Staunend steht eine Gruppe vor einem Raketenwerfer, die technischen Erläuterungen des Soldaten werden von ihrem »ooohhh«, und »aaahhh« begleitet; andere klettern auf Panzer, spielen auf deren Rohren »hoppe, hoppe Reiter«; Mädchen flirten mit braungebrannten Soldaten.

Viermal am Tag wird der »Leo« vorgeführt. Dann wälzt sich der Kampfpanzer unter ohrenbetäubendem Lärm in die Mitte, stellt seine Brems- und Beschleunigungsfähigkeit unter Beweis, Turm und Rohr drehen sich wie wild, der Rest bleibt der Vorstellungskraft des einzelnen überlassen - zur Enttäuschung vieler Besucher. Fast jeder zweite wünscht sich »noch mehr und modernere Technik«, jeder fünfte »echte Vorführungen«.

Die gibt es dann im Filmzelt. Die Reihen sind voll besetzt, am Eingang stehen die Jugendlichen Schlange. Zur Freude der Zuschauer wühlen sich dort Panzer durch den Schlamm, feuern aus jeder Lage, der Raketenwerfer im Einsatz erinnert an ein buntes Feuerwerk, die Hubschraubereinsätze an James Bond. Ein Film wendet sich besonders an die jüngsten unter den Zuschauern, an die 4-6jährigen. Panzerschlachten werden mit Knetmasse dargestellt, die Panzer sehen aus wie Elefanten, aus deren Rüssel ab und an eine Kugel rollt. Eine Margeritenblüte dient einem Hubschrauber als Rotor. Zahnstocher symbolisieren Panzerabwehrraketen und spießen die Elefantenpanzer auf. Dann ist wieder der Held des Films zu sehen: er sitzt im Panzer, schaut durch ein Fadenkreuz (das nicht viel anders ausschaut als jenes im Spielautomaten um die Ecke) und feuert. Zu sehen ist jetzt, wie die Rakete einen Panzer trifft. Stimme aus dem Off: »... weg isser, « Die mit Fünfjährigen besetzte erste Reihe tobt vor Vergnügen. Lehrer trinken Kaffee, und die örtliche Friedensbewegung besteht aus knapp zwei Dutzend Aktivisten, deren Informationsstand vor dem Eingang der Ausstellung fast Polizeischutz benötigt, so wüst sind die Drohungen aus der Bevölkerung. Erst einmal muß der Kassettenrecorder mit en Bots auf Zimmerlautstärke gestellt werden.

»Die Bevölkerung nimmt die Ausstellung«, so Bürgermeister Handwerker, »als das, was sie ist: eine Show der Bundeswehr.«Eine erfolgreiche Schow: »... eine absolute Mehrheit der jugendlichen Besucher meint, die Bundeswehr sei ihr durch die Ausstellung sympathischer geworden«, so die Bundeswehr in einem Arbeitspapier. So widersinnig es erscheint: Trotz Friedensbewegung und steigender Zahl von Kriegsdienstverweigerern hat die Bundeswehr keinen Grund zur Klage, konsequent und erfolgreich wird die materielle und psychologische Aufrüstung betrieben. Nach Angaben des Finanzministers werden»die Ausgaben für die militärische Verteidigung in den nächsten Jahren deutlich stärker als der Gesamthaushalt wachsen«

Dank der Jugendarbeitslosigkeit gibt es einen Freiwilligenandrang wie nie zuvor. Über 70.000 Bewerbungen allein in diesem Jahr. Und es werden immer mehr. Deshalb will sich Verteidigungsminister Manfred Wörner »auch für 1984 um eine weitere Erhöhung der Stellen für Zeitsoldaten bemühen«. Weiter heißt es in einem Bericht des Ministeriums: »Damit soll auch ein Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit geleistet werden. Hierbei ist zu bedenken, daß die jährlichen Kosten für einen jungen Zeitsoldaten nur 2.600 Mark über den durchschnittlichen Kosten für einen Arbeitslosen liegen.« Die Attraktivität der Bundeswehr für einen arbeitslosen Jugendlichen ist trügerisch, die berufliche Sicherheit nur von kurzer Dauer: Bei fast 30 Prozent der Zeitsoldaten eines Jahrgangs ist das Ausscheiden aus der Bundeswehr gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit. Dennoch: In personelle Schwierigkeiten wird die Bundeswehr wohl erst durch die geburtenschwachen Jahrgänge Ende der 80er Jahre kommen.

Wichtiger als die materielle ist die psychologische Aufrüstung geworden. Denn heute gilt es nicht mehr, Wehrpflichtigen, die Wehrsold und Wochenende im Kopf haben, vaterländische Verantwortung zu predigen. Es gilt, die grundsätzliche Wende im militärisch-taktischen Bereich in der Bevölkerung durchzusetzen.

»Air-Land-Battle 2000« heißt das von der US-Armee und dem Heer der Bundeswehr gemeinsam entwickelte Konzept über die »operativen und taktischen Aspekte der Landkriegsführung« der Zukunft. Mit der für die US-Armee verbindlichen Heeresdienstvorschrift »FM 100-5« wurde es bereits in Handlungsanweisungen für die Truppe umgesetzt. Über die grundsätzliche Bedeutung von »Air-Land-Battle 2000« schreibt der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer: Es »werden konzeptionell alle die Hindernisse abgebaut, die bisher einer klassischen Angriffskriegsführung der NATO-Truppen im

Weg standen. Sie ist ein Meilenstein zur Führung eines konventionell-atomar-chemischen Krieges auf dem Territorium der Bundesrepublik.«

Die entscheidenden Änderungen lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Das militärische Operationsgebiet der NATO wird ausgeweitet: »Die Sicherheitsinteressen der Allianz werden durch Vorgänge außerhalb der geographischen Begrenzung der NATO beeinflußt. Es kann sich die Notwendigkeit oder Gelegenheit zum Handeln außerhalb des Bündnisses ergeben. (...) Die NATO hat folgende Interessensphären: Mitteleuropa, Naher Osten, Persischer Golf, Afrika.«

2. Die atomaren und die chemischen Waffen werden regulärer Bestandteil des Kampfes im Sinne der klassischen Kriegsführung vor der Einführung der Atomwaffe. Die Atomwaffen werden konventionalisiert, die Schwelle zum »begrenzten« Nuklearkrieg sinkt rapide.

3. Die Kampfweise der Truppe wird bedingungslos auf Angriff ausgerichtet, die bisherige Vorne-Verteidigung wird ersetzt durch eine Vorwärtsstrategie; »es wäre zu unserem Vorteil, wenn der Westen frühzeitig die Initiative von den Sowjets an sich risse und mit einem Gegenangriff eine überlegene Position noch in der Frühphase des Konflikts erringen könnte. (...) Wie man den Feind auch zu schlagen sucht, immer besteht die Voraussetzung hierzu darin, daß man die Initiative ergreift.«

Zur Erinnerung: Diese »Vorzeichen einer Kriegsführungsabsicht« (Mechtersheimer) sind nicht dem Kopf eines wirklichen oder Möchte-gern-Beraters des US-Präsidenten entsprungen, sondern unterschrieben vom Inspekteur des Heeres, Meinhard Glanz. Daß es sich dabei nicht um Theorie handelt, beweisen die Aktivitäten der US-Armee an den Grenzen zur DDR und zur CSSR. Bereits seit einem Jahr werden dorthin Truppen verlegt, bis 1990 sind über 200 neue Militäreinrichtungen geplant. »Eine gigantische Zerstörung in Friedenszeiten«, so das Umweltmagazin »Natur« in seiner Oktober-Ausgabe.

Mit der radikalen Wende im militärisch-taktischen Bereich muß die Wende im militärisch-psychologischen Bereich einhergehen. Sie ist auf vielen Ebenen längst vollzogen: Ein Überbleibsel der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre, die »Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung« (DGFK), wird von der Rechtskoalition liquidiert. Sie muß ihre Arbeit zum Jahresende einstellen. Bundesforschungsminister Riesenhuber vor den Leitern bundesdeutscher Forschungsinstitute: Die Bundesregierung erwarte von den Geisteswissenschaften keine weitere »nörgelnde Zivilisationskritik«.

Der Ernstfall, das ist in den Köpfen der heute Regierenden nicht mehr der Frieden, sondern der Krieg. Und darauf wird die Bevölkerung systematisch vorbereitet. Und alles ist erlaubt. Im Rahmen des NATO-Großmanövers »Confident Enterprise« diente ein heilpädagogisches Kinderheim der Stadt Frankfurt einer Bundeswehreinheit als »rückwärtiger Bataillonsgefechtsstand«. Eine Mutter, die im Kinderheim anrief, hatte die Bundeswehr am Apparat: »Das Heim ist besetzt.« Fünf Tage lang beherrschten Soldaten mit geschulterten Gewehren, Funk- und Mannschaftswagen den Alltag. Der zuständige Frankfurter Sozialdezernent Karl-Heinz Trageser dazu: Wer die Aufgabe der Bundeswehr bejahe, müsse auch dafür sein, daß es während der Manöver zu »Kontakten mit der Bevölkerung kommt. Ich würde es für falsch halten«, so der Christdemokrat weiter, »diese Kinder nicht mit den Realitäten des Lebens zu konfrontieren.«

Und diese Realitäten reichen vom Atombunker, der von Karstadt als »optimaler Schutz« selbst bei »Wirkung von Kernwaffen auch im unmittelbaren Wirkungsbereich« gepriesen wird, bis zum Ausheben von Massengräbern bei NATO-Manövern durch Angehörige der US-Streitkäfte. Walter Nebgen aus dem Pressestab des 5. US-Korps äußerte sich dazu im WDR mit Stolz in der Stimme: Es sei »das erste Mal seit dem 11. Weltkrieg« für die Soldaten eine »Möglichkeit, sich zu vervollkommnen in der Ausbildung«.

Wir leben in einer Vorkriegszeit.

Kasten Seite 16

Beängstigend

KONKRET-Interview mit dem Hamburger Senator für Schule und Berufsbildung Joist Grolle.

KONKRET: Ihnen wird von konservativer Seite vorgeworfen, eine Kriegshysterie zu schüren.

Grolle: Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hat öffentlich geäußert, daß er die Sowjetunion als eine größere Bedrohung ansehe, als seinerzeit Hitler-Deutschland. Das nenne ich Kriegshysterie betreiben. Ich finde es grotesk, daß man an den Pranger kommt, wenn man solche Äußerungen kritisch glossiert.

KONKRET: Sind denn solche Äußerungen nur auf die USA begrenzt?

Grolle: Nein. Mich hat die Planungsstudie der US-Armee und des Heeres der Bundeswehr, »Air-Land-Battle 2000«, tief erschreckt. Was da geschrieben wurde, kommt einer Politik der Kriegstreiberei schon sehr nahe.

KONKRET: Gibt es ein verstärktes Bemühen, die Wehrbereitschaft und Wehrmotivation in der Bevölkerung, insbesondere die der Jugendlichen, zu erhöhen?

Grolle: Es gibt Bestrebungen, und das nicht erst seitdem Wörner Verteidigungsminister ist, die Schule zu einem Instrument der Verteidigungspolitik zu machen. Das geschieht unter dem Motto: Wir müssen in der Schule die Verteidigungsbereitschaft und die Verteidigungsfähigkeit unserer Jugend sichern. Ich sehe das als eine unerträgliche Zumutung an.

KONKRET: Was bedeutet es, in einer Vorkriegszeit politische Verantwortung zu tragen?

Grolle: Es dürfen keine fatalistischen Konsequenzen gezogen werden. Es kann nur darum gehen, aus dieser Sackgasse, in die man uns hineinmanövriert hat, einen Ausweg zu finden. Ich versuche, meine politische Funktion zu nutzen, um auch dem letzten Bürger den Ernst der Lage deutlich zu machen.

KONKRET: Macht Ihnen die Situation manchmal Angst?

Grolle: Die Situation ist beängstigend.

Konkret 12/83, S. 22

Reinhard Hesse

Yasser Arafats Ende

Israel habe mit seinem Libanon-Feldzug im vergangenen Sommer keines seiner erklärten Kriegsziele erreicht, glaubte bisher manch gescheiter Kommentator zu wissen. In der Tat sah es im Dezember 1982 weder nach einer »neuen Ordnung« im Libanon noch nach einer Zerstörung der PLO aus. Der Libanon wird inzwischen, unter den sorgsam wachenden Augen der US-Marine, neu geordnet; seine Teilung scheint unabwendbar, wobei Israel der schon von Ben Gurion angestrebte Süden zufiele. Und die PLO, die die israelische Belagerung Beiruts als Organisation überlebt hatte, ist als eigenständige politische Kraft auf Jahre hinaus eliminiert, seit rebellierende Einheiten und syrische Truppen den PLO-Chef Yasser Arafat in Tripoli besiegten. Arafat hat den Zugriff auf seine Truppen verloren; er scheiterte als Staatsmann und Revolutionär an israelisch-amerikanischer Aggressionspolitik und arabischen Vormachtansprüchen

Für Yasser Arafat und die paar tausend noch zu ihm haltenden PLO-Fedayin war es ein makabres Dejá-vu. Eingeschlossen von feindlichen Truppen, die sie in der Stadt und den umliegenden Flüchtlingslagern gnadenlos unter Beschuß nahmen; die Fluchtwege versperrt, Hunderte von Opfern, vorrangig Zivilisten. Sie hatten das alles schon einmal erlebt, vor kaum mehr als einem Jahr.

Fünfundsechzig Tage hatten sie in Beirut der israelischen Belagerung und den mörderischen Bombardements getrotzt. Um Yasser Arafat, den er einen »Zweiten Hitler« nannte, und seine Leute, diese »Tiere auf zwei Beinen«, zur Aufgabe zu zwingen, hatte Israels Regierungschef Begin kein Mittel gescheut. Einer halben Million Menschen in Beirut hatten die Israelis Wasser, Strom, Medikamente und Lebensmittel gesperrt. Viertausend Menschen waren im israelischen Dauerfeuer umgekommen.

Wenn er sich in jenen Sommermonaten des Jahres 1982 der Schar ausländischer Korrespondenten zeigte, war Yasser Arafat die Zuversicht in Person. Nie verbarg sein Gesicht die Spuren der äußersten Anstrengung - doch solange Abu Amar, wie die Palästinenser ihren unumstrittenen Anführer nannten, noch umherspazieren konnte, war der Widerstand nicht gebrochen. Dann schritt er mit den Pressevertretern die kleine Straße vor dem PLO-Informationsbüro im Stadtteil Fakhani ab, wo die Resultate der israelischen Raserei von Tag zu Tag sichtbarer wurden: Berge von Glas- und Granatsplittern, zerschossene Autos, ausgebrannte Wohnungen. Arafat pflegte die Aufmerksamkeit seiner Begleiter auf das Trottoir vor dem Informationsbüro zu lenken, wo sein Pressesprecher Mahmoud Labadi ein richtiges kleines Museum aufgebaut hatte. Beinahe täglich kamen neue Exponate hinzu: Splitter-, Kugel-, und Phosphorbomben, von den Israelis gegen Beiruts Zivilisten abgefeuert, die meisten der Geschosse mit dem Signum »Made in USA« versehen. Die Amerikaner sind verantwortlich für diesen Völkermord, wiederholte Arafat ein ums andere Mal, aber sie werden sich die Zähne ausbeißen. »Ich bin immer noch hier.«

Besiegt, aber nicht vernichtet, verließ er am Ende Beirut an der Seite von zehntausend palästinensischen Kämpfern; erhobenen Hauptes, die Finger formten noch immer das V für »victory«. Die ganze Welt sprach vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Arafat und seine Leute hatten ein Stück Legende geschaffen, sie hatten der israelischen Übermacht länger standgehalten, als es bis dahin irgendeine der zweifellos besser gerüsteten arabischen Armeen vermocht hatte.

Welche Katastrophe die Vertreibung aus Beirut für die Palästinenser in Wahrheit bedeutet, das kam erst vollends zum Vorschein, als Arafat vierzehn Monate später erneut in einer fatalen Falle saß. Eingeschlossen, belagert, bombardiert. Wieder präsentiert Arafat den Journalisten Durchhaltewillen und Siegesgesten. Schauplatz: wieder der Libanon, diesmal die Hafenstadt Tripoli, eine gute Autostunde von Beirut entfernt. Aber sonst war alles anders als in Beirut.

Hätte hier jemand die Geschosse, die es auf Arafat, seine Kämpfer und die mit ihnen eingeschlossenen Zivilisten regnete, ausstellen wollen - es wären kyrillische oder koreanische Schriftzeichen darauf sichtbar geworden. Nicht Israels Generalstab befehligte die Tripoli belagernden Truppen, sondern Syrer und Palästinenser in Damaskus. Pressesprecher Mahmoud Labadi fand diesmal Worte der Rechtfertigung für den Schlag gegen Arafat; er war inzwischen zum Sprecher der rebellierenden Gruppe um Oberst Abu Moussa geworden. Nur mit Gewalt sei Arafat noch beizukommen, sagte Labadi, denn der habe seinerseits alle Bestrebungen zur Reform der PLO mit Gewalt niedergehalten. Der Name Arafat war seinen Opponenten zum Synonym für »Verrat« und »Korruption« geworden.

Die Palästinenser - Leidtragende eines Bürgerkrieges noch vor der Staatsgründung? Yasser Arafat Opfer eines Militärputsches, noch bevor er Präsident des von ihm erstrebten Palästinenserstaates werden konnte? In Jerusalem freute sich ein Vertrauter des israelischen Regierungschefs Shamir: »Für uns ein Plus in jeder Hinsicht.« US-Militärminister Weinberger assistierte: »Ob Arafat besiegt wird, ist relativ unwichtig. Die PLO stellt im breiten strategischen Sinne keine Kraft mehr dar.« Neun Jahre zuvor war es dieser Yasser Arafat gewesen, der die Sache der Palästinenser ins internationale Bewußtsein gerückt hatte. Deshalb mochte sich der Shamir-Vertraute über die militärische Niederlage des PLO-Chefs in

Tripoli so begeistern. Denn Arafat sei für Israel besonders gefährlich, weil er das Ansehen eines moderaten Politikers genieße. Er habe eine internationale Statur gewonnen, die keinem möglichen Nachfolger einfach zufallen würde.

Damals, 1974, hatte Yasser Arafats Ansehen einen Höhepunkt erreicht. Eben hatten die arabischen Staaten auf dem Gipfeltreffen in Rabat ihrem Wettstreit um die Bevormundung der Palästinenser offiziell entsagt und die PLO zur einzig legitimen Vertretung des heimatlosen Volkes erklärt, die selbstverständlich auch an Friedensverhandlungen beteiligt werden müsse. Wenig später wurde Arafat von derselben

`UNO eingeladen, auf deren Beschluß hin 1947 die Gründung Israels in Palästina erfolgt war. Die Zeiten hatten sich geändert - trotz heftigster Proteste zionistischer »pressure-groups«, die die PLO als »Mörderbande« behandelt wissen wollten, konnte der Vorsitzende dieser %Organisation den Delegierten aus aller Welt imponieren: »Heute kam ich zu euch, den Ölzweig in der einen, das Gewehr in der anderen Hand. Laßt den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen! » Das Bild blieb über den Tag hinaus erhalten. Der PLO als politisch und militärisch kämpfender Organisation war eine gewisse internationale Anerkennung zuteil geworden. Zwar hatte Arafat noch kein Zollbreit Palästinas befreit. Doch er war zum unbestrittenen Symbol einer wiedergewonnenen Identität geworden, einer neuen Hoffnung für die Palästinenser, denen man bei ihrem Exodus aus Palästina 1948 jede Hoffnung und Identität geraubt hatte.

»Ich kann dieses Gerede nicht mehr hören. Er spricht von 'internationaler Legalität', vom 'Wunder unserer Revolution', und er sagt nichts, er hat nichts in der Hand. Meine Kämpfer wollen endlich klare Entscheidungen. Was soll ich ihnen sagen? Daß sie weiter im Trockendock schwimmen üben sollen? Daß Abu Amar den militärischen Kampf nicht will?« Verbittert schüttelte Wassef Erikat den Kopf. Er hatte sich mehr erhofft von dieser Tagung des »Palästinensischen Nationalrats«, der ersten Sitzung dieses höchsten PLO-Gremium nach ihrem Auszug aus Beirut. Während der israelischen Belagerung war Erikat, Oberstleutnant der jordanischen Armee, der 1970 - während des von König Hussein befohlenen Feldzuges gegen die Palästinenser im »Schwarzen September« - zur PLO übergelaufen war, Oberkommandierender der Artillerie gewesen. Seine Truppen hatten den Israelis manchen empfindlichen Schlag zugefügt, und als sie nach Syrien abgezogen waren, hatten sie argwöhnisch beobachtet, welchen Kurs ihre politische Führung unter Arafat einschlug.

Als die Israelis - nur zweiWochen nachdem der letzte PLO-Trupp die libanesische Hauptstadt verlassen hatte - nach West-Beirut einmarschierten und rechtsradikale libanesische Milizionäre zu einem grausamen Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila anstifteten, hatte Arafat wohl gemerkt, daß er mit den falschen Leuten die falschen Garantien ausgehandelt hatte. Unter den Fedayin aber waren nicht wenige, die meinten, es wäre besser gewesen, sie hätten Beirut gar nicht erst verlassen. »Wir verlangen, daß die Führung eine genaue Analyse des Krieges und der gemachten Fehler vorlegt«, beschrieb Erikat die Stimmung. Einstweilen jedoch hatte die PLO genug damit zu tun, die Einheit der Organisation zu wahren.

Drei Monate später verkündete Erikat auf einer Pressekonferenz in Damaskus, er und seine Männer schlössen sich der eben von »Fatah«-Oberst Abu Moussa - ebenfalls einem ehemaligen jordanischen Offizier - ausgerufenen Rebellion gegen Arafat an. Ängstlich auf blinde Loyalität der militärischen Organisation im Libanon bedacht. hatte der PLO-Chef ausgerechnet zwei Männern das Oberkommando im Libanon anvertraut, die nicht nur Abu Moussa und Erikat wohlbekannt waren: Abu Hijam und Haj Ismail hatten beide schon während der ersten Stunden der israelischen Invasion im vergangenen Sommer ihre Posten verlassen. Mit diesen Ernennungen, glaubten die rebellierenden Offiziere, wolle Arafat dem bewaffneten Kampf endgültig entsagen.

Dabei war es derselbe, 1929 als Sohn wohlhabender Kaufleute geborene, Arafat gewesen, der die palästinensische Guerilla-Bewegung begründet hatte. Als Vorsitzender der Palästinensischen Studentenunion in Kairo und später als Bauunternehmer in Kuwait hatte er die »AI Fatah« aufgebaut, die 1965 ihre ersten Kommandoaktionen durchführte.

Nach dem Debakel des nasseristisch inspirierten arabischen Staats-Nationalismus im Sechs-Tage-Krieg 1967, in dem Israel auch die letzten Gebiete Palästinas erobert hatte, war dieser palästinensische Guerillakampf zur einzigen Hoffnung auf Befreiung geworden. Auch die PLO, 1964 von der Arabischen Liga gegründet, konnte nicht länger als bloß verlängerter Arm der arabischen Staaten existieren. Ihr Vorsitzender Ahmed Shoukeiry, eine Marionette Abdel Nassers, der sich mit Maulradikalismen wie dem, man werde »die Juden ins Meer treiben«, hervorgetan hatte, mußte 1969 den »Fatah«-Vertretern unter Yasser Arafat Platz machen.

Und nun, 1983, sollte Arafat gestürzt werden, weil er die »militärische Linie« verraten habe? Viele Palästinenser, beileibe nicht nur treue Arafat-Anhänger, sehen hinter den Attacken der Meuterer, die bald in auffälligem Maße syrische Unterstützung genossen, nichts anderes als den Versuch, einen neuen Shoukeiry an der Spitze der PLO zu installieren...

Gewiß, der PLO-Chef hatte nach dem Auszug aus Beirut auffallend wenig vorn bewaffneten Kampf gesprochen, hatte sogar mehrfach erwähnt, die PLO beachte eine »Waffenruhe«, um die Suche nach einer politischen Lösung voranzutreiben. Doch was hätte er tun sollen? Ohne auch nur halbwegs stabile Ausgangsbasis auf den militärischen Kampf setzen? Mit Guerillastreitkräften, die über acht arabische Staaten fernab der Front verstreut sind, den militärischen Sieg über Israel

suchen, das längst Atombomben produziert und im Zweifel nicht davor zurückschrecken würde, sie einzusetzen? Nein, es war mehr als der Kleinmut eines Bourgeois, der Arafat zur Suche nach einer politischen Minimallösung trieb. Der Mann, den »Newsweek« als »Meister-Illusionär« verhöhnt, ist schlicht zu klug, um seinem Volk in dieser Lage militärische Erfolgsaussichten zu versprechen. Allein: er zeigte sich als nicht klug genug, das seinen Leuten in aller Deutlichkeit zu sagen - anstatt Geheimverhandlungen zu führen, deren Inhalt kaum noch jemandem geläufig war, und zunehmend selbstherrliche Entscheidungen zu fällen, die bald seine engsten Mitarbeiter entfremdeten.

Zum Verhängnis wurde Arafat die politische Alternative, die er nach Beirut suchte. Der PLO-Chef und seine Berater hofften, gestützt auf ihr gestärktes internationales Prestige, Widersprüche zwischen den USA und Israel für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ausnutzen zu können. Sicher, nach den Massakern im September 1982 war Reagan mit aufgewühlter Miene vor die Kamera getreten und hatte versprochen, die USA wollten den »nicht enden wollenden Leiden des palästinensischen Volkes« abhelfen - mit US-Truppen in Beirut. Die dort vor und nach den Massakern alles Mögliche für die Pax americana taten: libanesische Regierungstruppen ausbilden oder die Stellungen der libanesischen Opposition in den Bergen bombardieren. Bloß im Moment der Massaker waren sie nicht da. Reagan hatte sie zwei Tage zuvor abgezogen, um sie hernach wieder in den Libanon zu schicken.

Sicher, da war Reagans »Friedensplan«, in dem vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser - wenn auch in verstümmelter Form - die Rede war. Doch während sich die PLO erbittert um die offizielle Haltung zu diesem Stück Papier stritt, baute Israel unverdrossen, mit amerikanischem Geld, Siedlungen auf dem zur »Selbstbestimmung« vorgesehenen Gebiet, der Westbank.

Sicher, da war amerikanische Artillerie drohend gegenüber israelischen Panzern südlich von Beirut in Stellung gegangen. Ein paar Tage lang, im September 1982. Bald hatten die USA klargestellt, daß sie Anspruch auf den Libanon erheben und Israel Juniorpartner zu sein hat. Nach der neuen Runde im libanesischen Bürgerkrieg wurde die »strategische Zusammenarbeit« zwischen Israel und den USA wieder aufgelegt.

Bei den Amerikanern hatte Yasser Arafat auf Granit gebissen - trotz aller Sympathie, die die US-Öffentlichkeit einmal für ihn empfunden hatte. Die »Weltmeinung« ist ein schwacher Bündnispartner - und ein vergeßlicher zudem. Unterdessen jedoch war der PLO von anderer Seite eine Gefahr erwachsen, die der sonst so geschickte Taktiker Arafat nicht mehr meistern konnte.

Man hat Syriens Präsident Hafes el Assad als »rücksichtslosen Macchiavellisten« bezeichnet. Die USA neigen dazu, ihn als Vorhut Moskaus - und mithin des Bösen - und Drahtzieher jedweden Übels im Nahen Osten zu behandeln. Viele Palästinenser sehen in ihm heute nur noch einen Schlächter, der den Befehl zur Offensive gegen die Lager im Nordlibanon und zu den tödlichen Schüssen auf Pro-Arafat-Demonstranten im Lager Yarmouk bei Damaskus gab - wie er 1976 seine Truppen hatte zusehen lassen, als die libanesischen Falangisten die Palästinenser von Tell el Zaatar niedermetzelten. Yasser Arafat hat immer zu denen gezählt, die größtes Mißtrauen gegen die syrische Führung hegen.

Dabei hat der syrische Staatschef stets nur konsequent die Interessen der in Damaskus herrschenden Schicht aus Militärs und Bürokraten verfolgt - ohne in der Wahl seiner Methoden zimperlich zu sein. Der Traum dieser syrischen Führung unterscheidet sich nicht allzu sehr vom Entwicklungsmodell Ägyptens unter Sadat: rasch Anschluß an das westliche Wirtschaftssystem zu finden und als Partner ausländischen Kapitals mit der Produktion von Luxus- und Konsumgütern Millionen zu scheffeln. Aber der ägyptisch-amerikanische Honigmond war seinerzeit zu Lasten Syriens gegangen, und seither arbeitet die Regierung in Damaskus auf nichts anderes hin, als mit den USA zu akzeptablen Konditionen ins Gespräch zu kommen. Je mehr von den Problemen des Nahen Ostens die Syrer dabei - gleichsam als Verhandlungsmasse - ins Feld führen können, desto besser scheinen die Aussichten. Ein syrisches Regime, das auch im Namen der Palästinenser spricht, wäre zweifellos für die USA ein ernstzunehmender Gesprächspartner. Hinzu kommen syrische Sicherheitsinteressen im Ostlibanon und auf den israelisch annektierten Golan-Höhen. Zuviel Aufhebens um das Palästinaproblem drängt diese Probleme zurück; eine PLO, die im syrisch besetzten Teil des Libanon nach Gutdünken schaltete und waltete, hätte der syrischen Führung bei Verhandlungen über den Libanon manchen Streich spielen können.

Deshalb haben die Herrscher in Damaskus das Entstehen einer massiven Opposition innerhalb der PLO von Beginn an sorgfältig beobachtet und nach Kräften gefördert. Bereits 1981 hatte Assad während eines Geheimtreffens den heutigen politischen Anführer der »Fatah-Rebellen«, Abu Saleh, zur Opposition gegen Arafat ermutigt. Als Abu Saleh nach der Evakuierung aus Beirut nach Damaskus ging, besorgte ihm der dortige Geheimdienst einen Diplomatenpaß und ein formidables Büro. Abu Saleh stellte seinerseits den Kontakt zwischen den syrischen Behörden und Abu Khaled her - einem der ersten unzufriedenen »Fatah«-Offiziere.

Abu Saleh hatte bereits Anfang 1983 in den Damaszener Medien Front gegen Arafat gemacht, den er für den Tod der Zivilisten in den Beiruter Flüchtlingslagern verantwortlich erklärte und des Ausverkaufs palästinensischer Rechte an die USA und Jordaniens König Hussein verdächtigte. Als dann im Mai die Meuterei der Offiziere begann, stellten die Syrer

den Rebellen innerhalb von vierundzwanzig Stunden stattliche fünfundvierzig Tonnen Waffen und Munition zur Verfügung.

Yasser Arafat waren diese Entwicklungen nicht verborgen geblieben. Er fürchtete den offenen Bruch mit Syrien. Dennoch geißelte er die Meuterei vom ersten Tag an als »syrisch-libysche Konspiration«. Fast scheint es, als habe Trotz oder lange aufgestauter Haß ihn getrieben, entgegen seiner gewohnten Zurückhaltung fortwährend öffentlich - fraglos zutreffende - Anschuldigungen gegen Syrien zu erheben, ohne auch nur einmal das Gespräch mit den rebellierenden Offizieren zu suchen. Schließlich fühlte die syrische Regierung sich stark genug, ihn aus dem Land zu werfen. Die Rebellen hatten ihrerseits jegliche Hoffnung aufgegeben, mit friedlichen Mitteln Gehör zu finden. Als sie schließlich Gewalt gegen die Arafat-Anhänger anwendeten, war die Falle auch für sie zugeschnappt. Nun mußten sie das bedingungslose Bündnis mit Syrien suchen, wollten sie nicht kleinlaut aufgeben und obendrein Gefahr laufen, von ihren syrischen Herren kaltgestellt zu werden.

Dabei war der - inzwischen zu Arafats Gegenspieler aufgebaute - Oberst Abu Moussa alles andere als ein syrischer Agent. 1976 hatte er im Libanon die »Fatah»-Einheiten gegen die einmarschierenden syrischen Truppen geführt und war dabei selbst verwundet worden. Daß Arafat ihm nicht einmal Gehör schenkte, muß ihn umso mehr getroffen haben, als - zumindest unter der Hand - viele seiner Vorwürfe von der übergroßen Mehrheit der »Fatah« geteilt wurden: Unter dem Dach der zahlreichen PLO-Institutionen, die die Keimzelle eines künftigen palästinensischen Staates bilden sollten, war dichter Filz gewachsen; Verschwendung, Korruption, Nepotismus und bürokratische Erstarrung hatten sich breitgemacht. An der Spitze der PLO stand Arafat allein, von Demokratie in der Führung keine Spur. Dem PLO-Vorsitzenden hilft es nichts, daß er selbst buchstäblich nie ein Privatleben gekannt hat, daß er sich für die Sache aufopfert und selten mehr als zwei Stunden Schlaf pro Nacht bekommt. Er muß für die zahlreichen Salonlöwen in seiner Umgebung einstehen.

Als Yasser Arafat im September 1983 in den Libanon zurückkehrte, ging es längst nicht mehr um Reformen innerhalb der PLO. Kaum war er in Tripoli eingetroffen, nahm die syrische Führung ihre Chance wahr und trieb die letzten ihm die Treue haltenden »Fatah«-Einheiten in das kleine Gebiet um die nordlibanesische Hafenstadt. Mag sein, daß Arafat nicht damit gerechnet hat, wie blutig ernst es den Syrern war, nun mit der PLO als eigenständiger Kraft aufzuräumen. Mag sein, daß er es nicht für möglich hielt, daß die gegen ihn rebellierenden Einheiten so verzweifelt waren, zum vernichtenden Schlag gegen Angehörige ihres eigenen Volkes auszuholen. Zweifellos kamen die Befehle aus Damaskus - verweigert haben sie aber nur ein paar Dutzend Palästinenser.

In Amman meldete König Hussein vorsorglich Ansprüche an, die Palästinenser im Westjordanland vertreten zu wollen. Ein Vertreter des US-State-Department äußerte sich hoffnungsfroh, die Palästinenser auf der Westbank könnten ja in dieser Situation versuchen, für sich das beste herauszuholen und König Hussein um Hilfe bitten. Neunzehn Jahre nach Gründung der »AI Fatah« sieht es - dank israelischer Aggression, vollendet von Syrern und Palästinensern - so aus, als sollte sich das von Carters Sicherheitsberater Brzezinski angestrebte Ziel doch noch bewahrheiten: »Bye-bye, PLO.«

Konkret 12/83, S. 26

Jürgen Reents

Auftakt

Während Ronald Reagan mit der US-Invasion auf Grenada starken Worten Taten folgen läßt, ist die Bundesregierung um Vorsicht bemüht. Ein Kommentar von Jürgen Reents, Bundestagsabgeordneter der Grünen

In Mittelamerika geht es um die nationale Sicherheit aller amerikanischen Staaten. Wenn wir uns dort nicht verteidigen können, können wir nicht erwarten, uns anderswo durchzusetzen.« Es ist rund sieben Monate her, daß Reagan dies vor dem US-Kongreß erklärte. Am 25. Oktober ist Grenada nun durch einen brüderlichen Überfall ins Reich der US-amerikanischen Wertvorstellungen heimgeholt worden. Die »nationale Sicherheit« der USA ist »verteidigt« worden; wo ist das »anderswo«? El Salvador, so hat Reagan festgestellt, *»liegt näher bei Texas als Texas bei Massachusetts«;* und Nicaragua *»liegt so nahe bei Miami, San Antonio, San Diego und Tucson, wie diese Städte von Washington entfernt sind«.* Und weil das so ist, weil »Vorgärten« und »Hinterhöfe« der USA, wie deren Präsidenten sich auszudrücken pflegen, mindestens die Größe des eigenen Hauses haben, dürfen die US-Streitkräfte dort rumpflügen, wann immer es den Befehlsgebern im Weißen Haus paßt. Was wäre eigentlich, wenn die viel flächengrößere Sowjetunion in Nachahmungen von Reagans Vergleichen ebenso zarte Andeutungen auf von ihr zu beanspruchende »Sicherheitszonen« machte: nicht nur Hamburg und Paris liegen näher bei Moskau als Moskau bei Nowosibirsk, sondern sogar Washington liegt näher bei Leningrad als Leningrad von Wladiwostok entfernt ist...

Es muß befürchtet werden, daß Reagan demnächst auch die Zeit gekommen sieht, Kuba wieder in den Herrschaftsbereich des US-Imperialismus einzuverleiben, nachdem die Kennedy-Regierung 1961 mit ihrer Invasion in der Playa Giron gescheitert ist, und Kuba seitdem vor derartigen Versuchen relativ gefeit war. Die weltpolitischen Kräfteverhältnisse haben sich geändert, die USA haben das »Vietnam-Syndrom« innenpolitisch mit viel antikommunistischer Grellfarbe übertuscht, und die Rabaukentöne aus der Reagan-Administration können darum nicht ernst genug genommen werden. Vier Tage nach dem Grenada-Überfall, am 29. Oktober, überreichte die US-Botschaft in Havanna der kubanischen Regierung eine Erklärung mit folgendem Inhalt: *» Wir haben Informationen darüber erhalten, daß Kuba angeordnet hat, gegen im Ausland ansässige US-amerikanische Staatsbürger terroristische Aktionen durchzuführen. ... Infolge der uns zugegangenen Informationen sehen wir jegliche terroristische Aktion, wenn sie als Ergebnis kubanischer Aufhetzung stattfindet, als in Verantwortlichkeit der kubanischen Regierung liegend an. Die kubanische Regierung muß verstehen, daß die Vereinigten Staaten bei der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Beantwortung besagter Aktionen nicht schwanken werden.«*

Irgendein Attentat gegen irgendeine US-Einrichtung irgendwo in der Welt kann nach dieser Logik genügen, um eine »Strafexpedition« der USA gegen Kuba zu starten. Die Theorie für ein solches Vorgehen, einen Übeltäter (»kubanische Aufhetzung«) zu erfinden und dann den Anlaß zur Legitimation einer Militäraktion abzuwarten, hat US-Verteidigungsminister Weinberger bereits 1981 in Reden vor der »American Legion« und dem US-Streitkräfteausschuß dargelegt. Und damit sind wir bei uns, bei der direkten Linie, die zwischen Grenada oder irgendeinem anderen »Krisengebiet« in der Welt und der Bundesrepublik gezogen werden kann. Wenn die neuen Enthauptungswaffen der NATO in Westeuropa stationiert sind, dann droht einerseits die »Dritte Welt« vollends zum Freiwild der USA - und andererseits jeder regional begrenzte Konflikt Auslöser eines (atomaren) Weltkrieges zu werden. Weinbergers Vorgänger Brown hat dem Verband der Rüstungsindustrie der USA 1977 rosige Produktions- und Profitzeiten mit den Worten versprochen, daß ein Konflikt im Nahen Osten oder im Arabischen Golf *»sehr wohl einer Krise oder einem Zusammenprall in Europa vorausgehen und diesen sogar auslösen«* könnte.

Mit dem Beginn der Raketenstationierung am 22. November wird die Bundesrepublik von denjenigen zur Geisel dieser Pläne gemacht, die die Mitgewinnler dabei sein wollen. Kohl hat bereits in der Stationierungs-Debatte des Bundestages Ende Mai 1981 gefordert, den USA etwas von der *»Hauptlast des militärischen Gegengewichts in der Golfregion«* abzunehmen, und angefügt: *»Arbeitsteilung ist auch in anderen Bereichen der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihren Helfern erforderlich: Mittelamerika, der Nordbereich der NA TO, südliches Afrika, um nur die allerwichtigsten Gebiete zu nennen. «* Dregger hatte kurz zuvor in einem Interview mit der »Berliner Morgenpost« noch andere Regionen genannt: *»Man kann daran denken, den Verantwortungsbereich der NA TO auf den Südatlantik und auf Teile oder den ganzen Indischen Ozean auszudehnen« - was* mittlerweile durch die Gastrolle Japans und Australiens an der Nordatlantischen Versammlung und die ausdrückliche Teilnahme Japans an der Verabschiedung einer NATO-Resolution auf dem Weltwirtschaftsgipfel Ende Mai dieses Jahres Praxis zu werden beginnt.

So werden auch die »Sicherheitsinteressen« der Bundesrepublik langsam aber Schritt für Schritt um den ganzen Erdball herum definiert. Das ideologische Kampfgeschwader der CDU, die Konrad-Adenauer-Stiftung, hat in seinen *»Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik«* die *»Eindämmung der sowjetischen Expansionsbestrebungen«* noch vor der *»weltweiten Sicherung von Frieden und Stabilität«* als erste Aufgabe der Regierung beschrieben.

Die sachte Kritik, die aus der Bundesregierung zum Grenada-Überfall der USA zu hören war, und die immer nur als einleitender Satz in letzlich rechtfertigende Argumentationen mündete, paßt durchaus in die jetzige Phase der »neuen deutschen Außenpolitik«, die sich *»vom Ballast sozialistischer Heilslehren«* befreien will, *»um sich konsequent und wenn nötig mit Härte für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden einsetzen zu können«* (Konrad-Adenauer-Stiftung).

Sind die Raketen erst stationiert und die Sowjetunion damit bei Strafe atomarer Vernichtung von jeder »Störaktion« gegen den neuen Interventionismus der USA ferngehalten, dann werden die militärischen Überfälle der USA mehr als »kleine Inseln« treffen. Vor dem Libanon steht die US-Flotte längst einsatzbereit; die bisherigen Übungen der »Schnellen Eingreiftruppe« der USA seit 1981 in Ägypten, Oman, Somalia und Sudan sind auch geographischer Hinweis genug für eine der nächsten Großregionen, in denen »amerikanische Staatsbürger geschützt« werden und *»künftige Generationen diese amerikanische Nation und ihre großen Ideale ehren«* sollen (Reagan).

Die Friedensbewegung muß einseitig bleiben: gegen die US-Raketen und gegen die US-Kriege in der »Dritten Welt«.

Konkret 12/83, S. 28

Erika Pluhar

»Ich liebe dieses Volk«

Die Saharouis werden von den Marokkanern aus ihren Gebieten vertrieben und sind auf algerischem Territorium nur geduldet. Sie kämpfen in der Sahara um Ihren Lebensraum

Ein Reisetagebuch von Erika Pluhar mit Fotos von Christine de Grancy

Freitag, sechs Uhr früh. Mit Air Algérie nach Tindouf

Bei aufgehender Sonne und beständiger Hitze Algier verlassen. Das Näherrücken an die Ereignisse in Polisario hat diese Reise in ein gänzlich anderes Licht gerückt. Bis hin zur Angst. Das genau ist die Spanne zwischen Theorie und Praxis. Wie unterscheidet sich die Realität von den Vorstellungen, die man sich in einem sanften Wiener Sommergarten macht. Ein ungeheuer anstrengendes Klima und - bei aller Vorsicht - dennoch die Nähe eines Kriegsgeschehens erwarten uns (letzteres gerade zur Zeit durch einen Großangriff der Polisarios tief nach Marokko hinein, fast bis Agadir, verschärft).

Gestern nachmittag, im Haus der Polisarios in Algier, Teppiche unter uns, Tee trinkend, hatte Mohamed Salem Uld Salek (der Außenminister), ein schöner, nobler Mensch, mit ruhiger und schonungsloser Sachlichkeit unseren Blick auf diesen Besuch verändert.

Das portugiesische Fernsehteam, gestern nacht aus Lissabon gekommen, jetzt bei uns im Flugzeug. Unsere Delegation besteht jetzt aus meiner Tochter Anna Proksch, Antonio Victorino D'Almeida (Komponist und Pianist), Christine de Grancy (die fotografieren wird), Isabella Suppanz (der jungen Regisseurin), Miguel Sousa Tavares (FS-Redakteur der Sendereihe »Grande Reportagem« in Portugal), Fernando und Luiz (Kamera und Ton) und mir. Unser »Reiseführer«, Dolmetscher und Organisator ist Suleiman Tayeb, Vertreter von DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) in Österreich und Deutschland. Er war auch Initiator dieser Einladung. Ihm zur Seite Sidia Brahim.

Rosenfarbener Stein unter uns, trockene Flußläufe, die Sahara hat begonnen, mit Macht. Endlos.

Jetzt Sand. Ein rötliches Meer, gekräuselt, Glätte dazwischen. Bis an den Horizont. Afrika öffnet sich, ein Schoß, der nichts beherbergen will. Nur sich preisgeben.

Ein Wechsel von Formationen auf dieser unberührten Erdoberfläche, Spiel der Schatten. Kühl wie der Mond. Die Farben zart, pfirsich, taubenblau. Unschuldig vor Gnadenlosigkeit.

8 Uhr 30. Zur Landung wurden die Luken geschlossen. Wir sitzen bei künstlichem Licht. Dürfen nicht schauen. Kriegsgebiet.

Nachmittags »Reception«:

Der Flughafen in Tindouf: eine Landebahn und ein Zaun dahinter. Viel Militär. Zum soundsovielten Male füllen wir Formulare aus. Hinter dem Zaun wartende Männer und Frauen in farbigen Gewändern, ein stilles, leicht flatterndes Bild in einer bildlosen Weite. Es ist noch nicht heiß, sehr angenehm. Zwei Jeeps erwarten uns, wir fahren durch Tindouf, eine menschenleere Straße mit Palmen; rötliche und bläuliche Lehmhäuser. Dann Wüste. Ab und zu ein Wachtposten an einer Straßensperre. Wir verlassen die geteerte Straße auf einer Piste über steinige Wüstenfläche bis zur sogenannten »Reception«. »Hotel Polisario«, scherzt Suleiman. Niedere, erdrot bemalte Gebäude um den quadratischen Platz, nach vorne hin eine Mauer mit einem Einfahrtstor, in der Mitte des Platzes eine gedeckte, rundum offene »Pergola«. Eines der Gebäude sieht uns zur Verfügung, Teppiche, niedere Tische, Matratzen und Kissen.

Sekunden nach unserer Ankunft das Auftauchen von Flugzeugen, immer wieder das bedrohliche Lärmen vorbeizischender Jagdflieger. »Jetzt wissen sie, daß wir da sind«, so Suleiman, ruhig. Es sind algerische Militärmaschinen.

Später tiefe Ruhe. Der riesige Himmel wird immer heißer. Mit uns angekommen, vier Franzosen - eine Frau, drei Männer - vom Komitee der französischen UNICEF und auch ein stiller blonder Belgier, Agraringenieur. Wir sitzen vor den Häusern im Schatten, Gespräche, viele Gläser Tee. Suleiman, den ich nur in europäischer Kleidung kenne, verwandelt sich plötzlich und ergreifend in sich selbst: weißes Gewand (Darah genannt) schwarzes gewickeltes Tuch um den Kopf. Ein Sohn der Wüste. Er verschwindet immer wieder, um zu organisieren. Jeeps kommen und gehen, ihr Auftauchen und Verschwinden unvermutet, das Empfinden von Hoffnung, Botschaft, Hilfe um sie - das Auto ist hier Freund und Gefährte.

Zum späten Mittagessen erscheint eine junge Frau, Keltum-Jayat, die uns all die Tage begleiten wird. Sie ist politische Repräsentantin der Polisariofrauen für das Ausland. Sehr schön in ihren blauweißen Schleiern, der Malhafa, hochintelligent. 27 Jahre alt, hat zwei Kinder, ihr Mann kämpft an der Front.

Wir essen. Wassermelonen, Hammelfleisch, Kartoffeln. Dazu Wasser, das leicht nach Magnesium schmeckt. Dann wieder Tee: Jetzt auf meiner geblümten Matratze, ruhend. Das Fächeln eines glühenden Windes. Aber ich leide unter dem Klima weniger als in Algier. Wir alle. Diese Hitze ist ein Schwert, lautlos, klar, trocken. Man geht vorsichtig mit ihr um, achtet sie, weiß um ihre Gewalt.

Sonnabend, nachmittags. Fahrt zur Zeltstadt Aaium

Gestern am späteren Nachmittag, die Fahrt zum ersten Zeltlager. Inmitten der systematisch gruppierten Wohnzelte das große Hauptzelt, ein schwarzes Beduinenzelt aus Ziegenhaar. Der Bürgermeister Jalil Sidi Emhamed empfängt uns, wir lagern auf den bunten Matratzen und Kissen, der Boden des Zeltes mit dicken Teppichen ausgelegt, die die Saharouis selbst weben. Wasser und Tee werden gereicht. Eine Begrüßung des Bürgermeisters, langsam und sehr getragen, von großer Feierlichkeit. Und sehr schmerzlich. Er spricht über das Leid des sahrouischen Volkes, dankt für die Solidarität des Volkes von Nemsa (aus unerfindlichen Gründen hat Osterreich, im Gegensatz zu allen anderen Ländern, diese seinem eigentlichen Namen so ferne Bezeichnung). »Nemsa - Nemsa! « riefen die Kinder - sofort auffällig die saubere Schönheit ihrer Augen und Gesichter - mit zum Siegeszeichen erhobenen Händen unseren Autos entgegen. Diesen fast beschämenden Ruf größter Zuneigung genießt unser Land auf Grund zweier Schulbauten, die es den Polisarios schenkte. Wenn ich an das Unwissen der Österreicher - mich miteingeschlossen -, die Problematik der Saharouis betreffend, denke...

Anschließend besuchen wir kulturelle Veranstaltungen, sie finden in dieser heißen Sommerzeit nachts statt, der leichten Kühle wegen (von etwa zehn Uhr vormittags bis sechs Uhr abends herrscht Leblosigkeit - Ruhen in den Zelten, ein Überstehen der gnadenlosen Hitze). Uns Frauen hat man rosafarbene Malhafas geschenkt, uns in sie gewickelt, ich stolpere, bin ziemlich unfähig, dieses so einfach wirkende Gewand zu tragen. In dieser Weise ein wenig behindert, geraten wir in Eindrücke größter Vehemenz - aus der mondbeschienenen Stille plötzlich in ein von Fackeln erleuchtetes Rund von Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, ein phantastisches und wildes Bild eines entschlossenen, in sich freien Volkes. Sie begrüßen uns mit Schreien, die schrill und schön zugleich sind, mit der Zungenspitze zum Trillern gebracht, eine Spezialität der Saharouifrauen, und rhythmischen arabischen Rufen, die sie mit erhobenen, leicht geballten Fäusten skandieren. Eine Frauengruppe singt, von Atbals begleitet (eine Art Tamtam). Es sind Lieder, die den Kampf der Polisarios dokumentieren. Ich spreche ein paar Worte durch das Megaphon, sehr verwirrt, Suleiman übersetzt. Der Jubel an Hoffnung, der uns entgegenschlägt, der »Nemsa« entgegenschlägt, läßt uns alle fassungslos und still werden.

In tiefer Nacht ein Abendessen, vor niederen Tischen am Boden sitzend. Wir essen mit den Händen, immer eine Gruppe Menschen aus einer Schüssel. »Wir könnten sehr wohl Löffel und Gabel haben«, läßt mir der Bürgermeister übersetzen, »aber wir in Aaiun essen bewußt in dieser Weise, mit unseren Händen und aus einer Schüssel.« Es gibt Kuskus, Lammfleisch, Brot. Immer das leicht salzige Wasser, immer Tee mit Minzeblättern, in kleinen Gläsern gereicht, den die Frauen am Rande des Zeltes zubereiten, mit rhythmischen Geräuschen des Gießens und Abstellens.

Unsere Erschöpfung nach den Eindrücken dieses einen Tages ist total. Wir schlafen gemeinsam in einem Zelt, es ist angenehm kühl, eine Süßigkeit ist in diesem kurzen Schlummer.

Heute morgen Frühstück im Hauptzelt (löslicher Kaffee, Brot, Käse), dann Besuch der Schule und des Krankenhauses. Die Alphabetisierung und das Gesundheitswesen sind die beiden großen Anliegen der Saharouis. Jetzt, zur Zeit der Sommerferien, unterrichten Halbwüchsige die Frauen und alten Männer, denen die Zeit der Kolonisation, wie immer und überall, jeglichen Zugang zum Lesen und Schreiben verwehrt hatte. Auch in von seinen Bewohnern wechselweise zur Verfügung gestellten Wohnzelten der gleiche Anblick: Frauen mit ihren Säuglingen, bärtige Männer am Boden lagernd, Schulheft und Bleistift vor sich, an der kleinen Tafel stehend und sein Wissen weitergebend, ein 12- oder 13jähriges Kind oder ein junger Student. Wie man mir sagt, gibt es das Problem der Generationskonflikte in den Lagern der Polisarios nicht, mehr noch, es ist ein unbekannter Begriff...

Das Krankenhaus von ungeheurer Schlichtheit, die medizinische Versorgung äußerst einfach, aber Stolz und Bemühung in allem. Die Hauptabteilungen die der Pädiatrie und Geburtenhilfe. Die Kinder leiden hauptsächlich an Erkrankungen von Magen und Darm und der Atemwege (Ernährungsschwierigkeiten). Die Mütter sind bei ihren Kindern, lernen das Krankheitsbild und seine Bekämpfung kennen, werden anhand der Krankheit ihres Kindes medizinisch gebildet. Wir sehen die Frauen mit ihren kranken Kindern, die Frauen neben ihren neugeborenen Kindern - sie lagern auf den Matratzen der Eisenbetten, in ihren Gewändern, voll Ruhe, Geduld und Schönheit, ein reines Bild von Maternität. Außerdem gibt es sogenannte »Rehabilitationszentren«, in denen die Mütter mit ihren Neugeborenen und unterernährte Kinder bessere Nahrung und medizinische Betreuung und Belehrung erhalten.

Nach einem Mittagessen im Hauptzelt führt man uns an ein Wasserbecken! Fast jede Wilaya (Stadt) besitzt eines, in gemeinsamer Schwerstarbeit geschaffen, hauptsächlich zum Wohle der Kinder. Wasser gibt es reichlich in der Sahara, ein Gedanke, der mich nach wie vor, allem Wissen zum Trotz, verblüfft. Wir schwimmen, baden mitten in der Wüste - ein unvorstellbares Vergnügen, eine unvorstellbare Möglichkeit.

Jetzt ruhen wir unter einem Dach aus getrockneten Bambusstauden, auf Strohmatten. Es ist sehr still und sehr heiß.

Sonntag, Fahrt noch Smara, Ankunft In der Dunkelheit

Nach dem Besuch eines kleinen, der Wüste abgetrotzten Gartens, auf einfachste und altertümlichste Weise mit einem Ziehbrunnen und in die gegrabenen Rinnen händisch entleerten Wasserkörben bewässert - man schenkt uns eine dieser so mühsam gewonnenen, kostbaren Melonen -, die Fahrt nach Smara. Es ist schon dunkel, als wir ankommen. Der Bürgermeister Abdelftah-Mohamed begrüßt uns, ein noch junger Mann, der sechs Sprachen spricht. Auch sehr gut deutsch. Eine Veranstaltung uns zu Ehren erwartet uns. Ein amphitheatrisch angelegte Platz, wieder der Anblick einer leuchtenden und ernsten Menschenmenge, die dichtgedrängt auf den Stufen sitzt, wir nehmen mitten unter ihnen Platz, unter Trillerschreien und Rufen, für uns hat man den Stein mit Teppichen bedeckt. Auch das Podium vor uns mit Teppichen ausgelegt. Es wird gesungen und getanzt. Ein für den heutigen Tag komponiertes Lied über »Nemsa«, als Geschenk! Am Ende der Darbietungen wird es nochmals gesungen, wieder spreche ich ein paar Worte, und wieder fällt es mir schwer, diese feierlich einfache Sprechweise zu benützen.

Anschließend das Essen im großen Zelt, das gleiche Zeremoniell von Begrüßung aller obersten Verantwortlichen dieser Wilaya, die immer aus Frauen und Männern besteht. Der Islam, dem sie angehören, hindert die Saharouis nicht daran, in den Frauen vollwertige Partner und selbständige, verantwortliche Menschen zu sehen. Dazu kommt die Tradition des Nomadentums, von der sie geprägt sind, und die der Frau seit je Freiheit konzidieren mußte, weil sie gebraucht wurde. Auch das Leben in den Polisariolagern wäre ohne die Tatkraft und Entscheidungsmöglichkeit der Frauen undenkbar - vor allem auch wegen der Abwesenheit nahezu aller Männer in den Kampfgebieten. Die Frauen gebären, lernen, arbeiten, organisieren, unterrichten. Jeder Mensch dieses Volkes hat seine Aufgabe zu leisten, für die Gemeinschaft. Das ist ihre Form des Bestehens.

Wieder nächtigen wir in einem Zelt. Nach dem Frühstück die Besichtigung der österreichischen Schule, eines dieser Fertigteilgebäude steht hier in Smara. Dann der Besuch des hiesigen »Gartens«. Ein Wunder. Von einem Agraringenieur, der in Panama studiert hat, betreut, bereits fortschrittlichere Methoden der Bewässerung. Melonen, Bambus, Zwiebeln, Minze. Eine kleine Hütte aus Bambusstäben, mit Teppichen ausgelegt. Ganz frischer Tee, jedem ein Sträußchen Minze, Wassermelonen, handgefertigte Geschenke (Kissen aus bemalter Tierhaut, Körbe, usw.)

Nach dieser kleinen Rast die Fahrt zur »Reception« zurück, um dort den Vertreter des Kulturministers zu treffen, mit ihm zu essen (der Kulturminister selbst ist gleichzeitig Premierminister). Er kommt mit zwei Sängerinnen und einem sehr alten, schweigsamen Mann, der Poet ist. Bislang wurde die sahrouische Dichtung nur mündlich weitergegeben, jetzt beginnt man, sie zu notieren. Wir lagern nach dem Essen in einem der Zimmer und führen trotz der Hitze Gespräche. Immer wieder, und mit erstaunlicher Entschiedenheit, postulieren diese Menschen hier die Kultur als einzige mögliche Brücke und Chance der Menschen zueinander hin. Sehen in der Kultur den einzigen Aspekt politischer Hoffnung, in einer Welt, in der die Politiker so sehr versagen.

Montag, fünf Uhr früh. sehr lange Fahrt nach Dajla

Fahrt zur Schule 27 de Febrero, ein militärisches Frauenausbildungscamp. Die Leiterin, eine sehr schöne, kluge Frau, heißt Seniya-Ahmed. Auch sie hat zwei Kinder. Um die Schulgelände die Zelte der Frauen, die hier studieren und ihre Familien mit sich haben. Es gibt Kindergärten für die Stunden des Studiums, abends gehen die Frauen heim in ihr Zelt, kochen, sind mit den Kindern zusammen. In dieser Schule gibt es auch die Werkstätten, in denen Kleidung, Teppiche, Gebrauchs- und Schmuckgegenstände hergestellt werden (der Schmuck aus den Metallresten der marokkanischen Bomben - auf einer dieser Bomben, die sie uns zeigen, lesen wir »Krupp« ...). Männer sitzen gleichermaßen an den Nähmaschinen wie Frauen, ein großer Raum, hier entstehen die benötigten Dahras und Malhafas der Saharouis.

Nach dem Essen in einem der Wohnzelte noch ein Gespräch mit Seniya-Ahmed, dann schlafen wir dort. Werden um 5 Uhr früh geweckt, ich bin grauenvoll müde (wir schlafen niemals länger als drei bis vier Stunden). Nach Dajla eine sehr lange Fahrt. Wir erleben die Gleichzeitigkeit von Monduntergang und Sonnenaufgang. Unsere Jeeps bleiben stehen. Die Erde endlos zu allen Horizonten hin, in der Mitte des Himmels treffen sich Tag und Nacht, lautlose Stille.

In Dajla empfängt uns Sidahmed, der »Landeshauptmann«, dunkel und mager, in feierlich blauem Darah. Das Gespräch - im Hauptzelt ruhend und teetrinkend geführt - erweist ihn als brillianten politischen Kopf. Überhaupt erfährt man hier in der Wüste politischen Weit- und Überblick, den man in einer europäischen Stadt oft bitter vermißt. Nach dem Mittagessen mit allen Verwaltungsmitgliedern Dajlas führt man uns zum hiesigen Garten, auch hier ein Wasserbecken, ausgesetzt, hochgelegen, vor großen Sanddünen. Ich sehe eine Schwalbe darüber hinwegfliegen!

Jetzt ruhen wir in einem kleinen Lehmhaus mit maurischen Bögen auf Matratzen und Teppichen. Immer wiederkehrend der Tee, die Minze duftet. Man sagt mir, warum drei Gläser hintereinander gereicht würden: Das erste sei bitter wie das Leben.

Das zweite süß wie die Liebe. Das dritte ruhig wie der Tod.

Dienstag, noch in Dajla. Wieder im kleinen Lehmhäuschen

Die Wortlosigkeit wird immer gewaltiger. Schönheiten und fast menschenunmögliche Konditionen. Menschen, die so diszipliniert und organisiert sind - in Würde und Liebe und Mut. Ihre Konsequenz ist total. Sie wissen, daß da entweder Hilfe kommen muß oder der Tod. Und diese Hilfe muß ihnen zu ihrem Lebensraum verhelfen, zu einem Leben in Freiheit und Eigenständigkeit. Alles andere lehnen sie ab. Nach Ewigkeiten spanischer Kolonisation die Übergriffe der Marokkaner - Westsahara ist ein reiches Land, der Welt drittgrößtes Phosphatvorkommen, der Welt fischreichste Küste. Jetzt hier diese Flüchtlingslager - und nichts anderes sind sie. Wir befinden uns die ganze Zeit in Algerien, all dies war anfänglich nicht klar, Stück für Stück enthüllt sich uns die Situation in ihrer Realität. In Westsahara selbst wird bombardiert, deshalb die Flucht der Saharouis in diese von Algerien unbewohnten Wüstengebiete. Sie kamen größtenteils zu Fuß hierher, Frauen, Kinder, von Napalm und Splitterbomben verfolgt, unvorstellbar das Martyrium dieser Wanderung eines Volkes. Dann die Mühsal und Strapazen, das hier aufzubauen, hier eine menschenmögliche Existenz zu schaffen. Und in all dem halten sie ihre Menschlichkeit in einer Weise aufrecht, die der übrigen Welt Beispiel sein müßte. Ich liebe dieses Volk, diesen hochtrabenden Ausdruck kann ich hier in Reinheit verwenden, es ist so. Wir schliefen heute Nacht in dem nach allen Seiten hin offenen Hauptzelt in der Mitte des Lagers. Wir wurden behütet mit Diskretion und Stille. Es gibt keine Kriminalität hier. Niemand stiehlt, weil es keinen Besitz gibt. Kein Geld. Jeder erhält, was er braucht, alle arbeiten an diesen gemeinsamen Erfordernissen mit. Wirklich eine fast unglaubliche Gesellschaftsform - unglaublich vor allem im Hinblick auf die total materialistisch ausgerichtete Welt rundum, welches System auf ihr auch immer bestimmend sein mag, diese Verrottung, seelisch, körperlich, geistig, aus der wir kommen. Wie man Stück für Stück abwerfen muß von den eigenen Verkrustungen, lernen muß, seine Taschen, Kleider, Habseligkeiten unbesorgt überall stehen oder liegen zu lassen, ein Gefühl der Brüderlichkeit wirklich empfinden zu können - eine Furchtlosigkeit dem Mitmenschen gegenüber.

Am frühen Abend führte man uns zur einzigen Moschee, rotbraun, mit einer kleinen hellen Kuppel, zu den wenigen Palmen der kleinen Oase. Dann ließ man uns auf Kamelen reiten, die Kinder amüsiert um uns herum. Dieses immer wiederkehrende Abendlicht, ein Licht, gelb, rot, gold, das nicht zu beschreiben ist. Jede Silhouette herausgekommen, deutlich, wesentlich. Später der völlig runde Mond, Sidhamed holt mich vor das Zelt, ihn mir zu zeigen. Ich schlage ein Atbal und singe ein wenig vor mich hin, merke dann plötzlich, daß in der Dunkelheit Menschen sich in den Sand gesetzt haben, lautlos, um zu lauschen. Das Abendessen mit dem Bürgermeister Ahmed Baricale, ein kräftiger, kriegerisch wirkender junger Mann, der mir aber plötzlich das Hammelfleisch auf meinem Teller mit seinem Messer zu zerkleinern beginnt, wie einem Kind. Die Verwaltungsmitglieder und einige sehr alte Dichter, alle in farbigen Gewändern. Sidhamed, den ich besonders ins Herz geschlossen habe, ist jetzt ohne Darah, bewirtet, ist Gastgeber im Hintergrund, oder setzt selbst die Platten auf den Tisch - ohne auch nur einen Funken Würde und Noblesse einzubüßen.

Dann Darbietungen, dort, wo das Licht des Zeltes noch hinreicht. Schülerinnen singen. Wieder ein aus der Taufe gehobenes »Nemsa«lied! Zwei halbwüchsige Tänzerinnen mit der rührenden Frische ihrer Bewegungen. Schließlich singe ich drei Lieder, durch das Megaphon. Antonio spielt auf einem Akkordeon, das ein hilfreicher Mensch ihm zieht. Dazu schlägt ein junges Mädchen improvisierend ihr Atbal**.** Die Menschen, die jetzt den ganzen dunklen Platz um das Zelt bevölkern, klatschen mit den Händen dazu, jubeln. Das unzureichendste und schönste »Konzert« meines Lebens.

Heute morgen die Besichtigung der hiesigen zweiten »Nemsa«schule, des Spitals, des Rehabilitationsgebäudes. Abschied von Sidahmed, er schenkt mir ein sehr altes silbernes Schmuckstück an einem Bindfaden. Hier, im Gartenhaus, haben wir gegessen. Jetzt wieder die Stille der großen Hitze, Keltum und Anna plaudern leise auf französisch (die meisten Menschen hier sprechen arabisch, spanisch und französisch), Suleiman schläft, das schwarze Tuch seines Turbans über das Gesicht gebreitet. Meist verhüllen die Schlafenden hier ihr Gesicht.

Mittwoch, »Reception«

Gegen Abend die Fahrt zur Schule 12 de Octubre. Wir unterbrechen die Reise für eine Teepause, klettern in die Tiefen eines weiten sandigen Tales (Miguel und Antonio sehen Schlangenspuren), Brahim, »Tschokolati« genannt, überall unsere Mahlzeiten und unser Wohlergehen überwachend, dazwischen ein Quell an Gelächter und Fröhlichkeit, und die Chauffeure breiten eine Decke aus, entfachen ein kleines Feuer, bereiten in aller Ruhe den Tee dazu. Mitten in diesem untergehenden Sonnenlicht, inmitten der unendlichen Wüste. Und wir trinken. Drei Gläser.

Die Weiterfahrt in einen rotglühenden Horizont. Erde - Licht - Himmel. Mitten hinein, denke ich. Die Staubfahne des anderen Autos. Bilder wie Träume. Bei Finsternis Ankunft in der Männermilitärschule. »Unser ganzes Volk sind Soldaten«, sagt Suleimann, »soldates d'esprit«, Soldaten des Geistes - gibt es das, wenn man Krieg meint?

Hier jedenfalls ist die Atmosphäre des Militärischen spürbar. Keine Zelte. Ein Raum mit Rundbögen, voller Teppiche, man zeigt uns einen Videofilm, neben dem Fernsehapparat der Generator. Ein ungarischer Journalist hat ihn in Zusammenarbeit

mit den Polisarios gedreht. Grausame Fakten des Guerillakrieges. Ein entlarvendes Interview mit einem Abgesandten von König Hassan . von Marokko - man lacht und könnte schreien vor Entsetzen.

Später essen wir in einem engen blaugestrichenen Raum, sind sehr müde. Man zeigt uns unsere Zimmer, neben entsetzlich stinkenden Klos, voll schwarzer Käfer. Kurzerhand breiten wir unsere Matratzen auf den Exerzierplatz, schlafen direkt unter den Sternen ein.

Das Erwachen im ersten Morgenlicht ist von größter Komik. Soldaten marschieren im Gleichschritt an uns vorbei, wir, unter unseren löwengemusterten Decken, heben schlaftrunken und verdutzt die Köpfe. Nach dem Frühstück Besichtigung der Schule. Unter anderen begleiten uns zwei Frauen, von denen eine mir besonders tiefe Sympathie einflößt. Immer wieder lächeln wir uns zu, drücken uns die Hände. Ein Hof mit Wandmalereien der Schüler, informativ und großartig. Man schenkt mir ein Bild, ein Saharouisoldat, kauernd, voll Trauer vor sich hinblickend, das Gewehr, lose, fast abwesend, in den Händen haltend. Dann fahren wir mit den Jeeps zu einer Kamelherde, man schenkt mir ein kleines weißes Kamel, das wir »Erikuh« nennen, das ich aber wohl oder übel dort lassen muß. Sie werden gut für ihn sorgen, sagen die Hirten. Wieder läßt man uns reiten, die Stimmung ist fröhlich und leicht, der helle Morgen voll Heiterkeit.

Abschied, Herfahrt. Jetzt hier in der »Reception«, geduscht, gegessen, Tee, Ruhe.

»In der Wüste ist ein Mensch nichts«, sagt man mir. Ein Mensch kann hier nicht existieren, die Mitmenschlichkeit ist Erfordernis. Keltum hatte in Smara unsere rechte Hand mit Henna bemalt - Zeichen der Gastfreundschaft (Halbmond und Stern der Frente Polisario auf der meinen). Die Kamelhirten gaben uns in einer blauen Emailleschale Kamelmilch zu trinken - mit beiden Händen muß man sie entgegennehmen, Zeichen der Gastfreundschaft und des Friedens. Die Saharouis geben den Händedruck als gänzliche Berührung, sie drücken mehrmals zu, zärtlich, völlig. Nicht dieses schnelle, körperlose Zupacken unserer absolvierten Berührungen.

Donnerstag, zurück in Algier, Hotel Arietti.

Am Morgen des letzten Tages frühstückten wir mit Mohamed Lemin Ahmed, ehemals Premierminister, jetzt Ministro de Educación. Und er sagte uns letztlich alles, in seiner Gänze, offen, ruhig, mit wissender Skepsis.

Wie ein schwärmerisches Kind war ich in diese Reise gestolpert, man hatte uns auch auf seltsame Weise im unklaren gelassen, aber Stück für Stück rückte uns die Wahrheit näher, man ließ sie uns selbst finden. Als Schlußpunkt dieser schöne, ruhige, imposante Mann, der alle Vermutungen und Ahnungen präzisierte. Fazit: Das Volk der Saharouis lebt in Flüchtlingslagern, von Algerien gerade noch geduldet, unter unmenschlichen Bedingungen, die mit der Faszination weniger Besuchstage nichts zu tun haben. Wir waren Gäste, bekamen reichlich zu essen, benutzten die Wasserbecken, wurden verwöhnt.

Das Volk selbst muß durch Jahre - Sommer und Winter - wie auf einem Rost dieses Klima ertragen, die tödliche Hitze im August, die Temperaturschwankungen im Winter. Der Schirokko zerstört Jahr für Jahr alle Zelte, alles mühsam Errungene. Die Gärten liefern viel zu wenig Gemüse und Melonen für alle.

Nur ihre ungeheure Disziplin und Klugheit läßt sie dieses Leben bewältigen, nach einem schrecklichen Exodus durch Hunderte Kilometer Wüste, unter einem Bombenhagel. Auch ihre Kamelherden waren von marokkanischen Bomben zerfetzt und vernichtet worden. Außer den von den Marokkanern besetzten Städten ist ihr Land verwüstet und unbewohnt. (Ihren Siedlungen im Exil gaben die Saharouis die Namen ihrer heimatlichen Städte und Landkreise).

Sie führen einen ständigen Guerillakrieg gegen Marokko, bei dem ihre kleine, schlecht ausgerüstete Armee einzig kraft ihrer Intelligenz, ihres Mutes und ihrer absoluten Kenntnis der Wüstenbedingungen die übermächtigen marokkanischen Streitkräfte so weit aus dem Land drängen konnte. Aber die marokkanischen Luftwaffen, die alles, was sich in Westsahara regt, niederbomben, machen die Rückkehr der Saharouis unmöglich. Marokko wird von Amerika und Frankreich unterstützt. Die Polisarios, in völliger Abhängigkeit von Algerien und Libyen, beide in immer konzilianteren Beziehungen zu Marokko, die kommerziellen Interessen untergraben systematisch jede »Solidarität«. Rußland hält sich heraus. Das Arsenal der erbeuteten marokkanischen Waffen und Panzer, unter der Wüstensonne fein säuberlich ausgebreitet, zeigt amerikanische, spanische, belgische und französische Fabrikate.

Die Saharouis leben, von der Welt vergessen, von Algerien überwacht, den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Großmächte ausgeliefert, ein qualvolles Leben in Gefangenschaft und Aussichtslosigkeit. Die Schönheit ihrer Menschlichkeit, ihrer klugen Disziplin als einzige Kraft. Der Krieg eine Notwendigkeit, zu der sie gezwungen sind. »Wir kämpfen nicht um Macht. Wir kämpfen darum, unseren Lebensraum in Freiheit bewohnen zu dürfen.«

Erika Pluhar, 44, spielt seit 1959 am Wiener Burgtheater. Bekannt wurde sie durch die Verfilmung von »Belami« und Remarques »Nacht von Lissabon«. André Heller schrieb ihr die ersten Chansons. Ihr Tagebuch über die Reise zu den Polisarios veröffentlichte auch das österreichische Magazin »Basta«.

Konkret 12/83, S. 40

Otto Köhler

Das Wörterbuch der Unmenschen

Die Erfolgsmeldungen überschlugen sich: Reagans US-Truppen säuberten die Karibik-Insel von bösen Linken. Eine Analyse der bundesdeutschen Presseberichterstattung

Die Weltmacht führte Krieg gegen Grenada und siegte in vier Tagen. Kein Wunder: Erstmals trugen Reagans Soldaten bei diesem Angriff ihren neueingeführten Stahlhelm. Er gleicht - zum Verwechseln - dem Helm, den Hitlers Wehrmacht bei ihrem Überfall auf Polen trug. Die Weltpresse, bisher auf jedem US-Kriegsschauplatz dabei, wurde von Reagan während des ganzen Vier-Tage-Kriegs ausgesperrt. Er gab die Parolen der Berichterstattung aus. 500 kubanische Bauarbeiter, die ähnliche Reservistenerfahrungen haben wie bundesdeutsche Arbeiter auch, stilisierte er zu einem waffenklirrenden Besatzungsheer hoch. Aus dem Touristenflughafen, den sie im Auftrag eines britischen Firmen-Konsortiums bauten, machte er einen weltkriegsentscheidenden strategischen Stützpunkt » Ein paar sowjetische Waffenlieferungen, über die Rheinmetalls Exportherren nur geringschätzig gelächelt hätten, blies er zu einem gigantischen Waffenlager auf. Doch bundesdeutsche Journalisten reagierten wie Innenstaatssekretär Spranger, der es für unhöflich hält, eine Einladung des CIA abzulehnen. Mit gläubigem Herzen und unbeugsamem Vertrauen zur westlichen Führungs-Macht variierte Reagans Propagandakompanie in den bundesdeutschen Redaktionsstuben die Parolen des Präsidenten. Doch im Übereifer enthüllte Springers »Welt«, wer wirklich hinter den Mördern des grenadischen Ministerpräsidenten Maurice Bishop steckt.

Ronald Reagan war früher da als Adolf Hitler. Als die Polen den deutschen Sender in Gleiwitz anno 39 überfielen, verkündete der Führer »Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen« und eröffnete so den Zweiten Weltkrieg. »Es begann um 5 Uhr 40«, meldete »Bild« unter der Schlagzeile »Reagan schlägt zu! 30 Russen auf Grenada gefangen«. Auch die »Süddeutsche Zeitung« ließ auf ihre seriöse Art keinen Zweifel, daß Reagan seit 5 Uhr 40 lediglich zurückschießt: »Die USA reagieren auf den Linksputsch / Amerikanische Truppen landen auf Grenada / Reagan: Zum Schutz Unschuldiger und zur Beendigung des Chaos auf der Karibik-Insel«. Nach dieser Sprachregelung im Aufmacher erläuterte die »Süddeutsche« fettgedruckt, worauf die US-Streitmacht reagierte, als sie ihren Blitzkrieg gegen die Karibik-Insel eröffnete: »Die Militärregierung Grenadas nannte Reagan eine 'brutale Gruppe linker Gangster', die den früheren Ministerpräsidenten Maurice Bishop und andere Mitglieder seiner Regierung ermordet hätten.«

Als Hitler seine 5-Uhr-45-Rede hielt, ging es ihm um seinen Korridor - gemeint war das Verbindungsstück zwischen Pommern und Ostpreußen. »Der Korridor war und ist deutsch!« befahl er, als er seine Truppen in Marsch gesetzt hatte. Reagan hat ein ähnliches Problem mit »seinem Hinterhof« (»SZ«) und mit seiner Haustür: »Washington handelt als eine Macht, die nicht zusehen kann, daß die Bombenleger vor der eigenen Haustür die Zünder abziehen«, erkannte der leitende »Handelsblatt«-Redakteur Gerd Janssen. Er merkte aber auch, daß der bedauernswerte US-Präsident mit seiner »Initiative« jetzt »voll in die Breitseiten der internationalen kritischen Diskussion, auch in der westlichen Öffentlichkeit, marschiert«. Tatsächlich sah die »Washington Post« keinen angemessenen Grund für die »Invasion eines kleinen Landes, das sich in Frieden mit den USA befindet« und die »New York Times« urteilte: »Eine Bedrohung wurde nicht sichtbar, und die Invasoren benehmen sich nicht wie ein Rettungsteam.« Also fand »Handelsblatt«-Janssen: »Washington wird publizistisch alle Hände voll zu tun haben.«

Wahr! Es gab viel zu tun, und die deutschen Hand-Langer des Ronald Reagan packten es an wie einst anno 39 die tüchtigen Männer von Adolf Hitlers Propagandakompanie. »In Aktionen wie dem Landeunternehmen in Grenada«, so schrieb »Welt«-Korrespondent Thomas Kielinger, und er hätte das ebenso 44 Jahre früher über unseren Einmarsch in Polen schreiben können, »tritt eine politische Führung aus dem Schatten der Alltäglichkeit heraus in das harte Licht geschichtsverändernder Tat. Hier werden Gesetzestafeln verrückt und Maßstäbe gesetzt .. « Reagan - ja, er ist gemeint -, dieser »Mann der Tat«, habe einen »Furor entfesselt«, den er nur überstehen kann, »wenn er mit sich und seinen Zwecken in Frieden ist«. Und daß der neue Führer diesmal mit sich selbst in Frieden ist, daran läßt »Welt«-Kielinger keinen Zweifel: »Dieser Präsident vermag es, das Volk hinter sich zu scharen.« Kielinger schart sich mit und ruft im Leit-Artikel seiner »Welt«: »Wir - sind alle Amerikaner.« Und er verkündet von Reagans Kriegs-Rede an freudig ein »neues Kapitel« der Weltgeschichte, dessen »erste Seite mit Blut geschrieben« sei. Hinter solch stählernen »Welt«Tönen müssen selbst bewährte Kämpfer wie Herbert Kremp und Enno von Loewenstern zurückbleiben, von denen der eine das Argument mehr »nervig« (»Die Insel war kubanisch besetzt«) liebt. Und der andere mehr dämlich. Revolutionäre in aller Welt seien, sagt Enno, immer nur »kubanische Agenten mit örtlicher Staatsbürgerschaft«.

Die üblichen Springer-Redakteure spielen auch mal Meinungsvielfalt und streiten sich mitleidig, ob der Überfall auf Grenada »Die schwerste Woche im Leben Ronald Reagans«, so »Welt am Sonntag«, war oder vielleicht doch nur, so das »Hamburger Abendblatt«: »Für Reagan die schwerste Stunde seiner Amtszeit« - für andere war's nur die letzte ihres Lebens. So für die siebzehn Menschen, die bei dem erfolgreichen US-Bombenangriff auf das Krankenhaus von Grenada

starben. Das »Abendblatt« war schon immer so nett zu US-Präsidenten. Als Richard Nixon vor dreizehn Jahren seinen Krieg gegen Kambodscha begann, erschien Springers Blatt mit der Schlagzeile »Nixons schwerste Stunde«. Trotz solch verständnisvoller Tonlage für den Mordherrn vergißt das »Abendblatt« unter seinem neuen Chefredakteur, dem Reserveoffizier Klaus Korn vom Jagdgeschwader 71 Richthofen, gegenüber den Opfern nicht den bewährten Eichmann-Jargon und spricht von »Säuberungsaktionen gegen letzte Widerstandsnester«.

Ebenso direkt aus dem Wörterbuch des Unmenschen, das man in der ersten Aufregung nach 1945 bei der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« verdammte, bezieht FAZ-Redakteur Ernst-Otto Maetzke seine Eingebungen zum Krieg auf Grenada. Die Insel sei, schreibt er, von den »Eiterherden dieser Welt« gewiß nicht der größte und der gefährlichste. Darum Tadel für Reagan - er hat über Grenada den schöneren Krieg zunächst einmal versäumt: »Denn die viel übleren Krankheitsherde der Hemisphäre, vor allem Nicaragua, sind nun fürs erste der Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten, auch deren aktiver Befassung mit ihnen, viel weniger ausgesetzt als vorher.« Damit die aktive US-Befassung mit Grenada nicht an einen gar zu kleinen und ungefährlichen Gegenstand verschwendet ist, manipuliert die FAZ ihre Zahlen sorgfältig aufs Zehnfache: »Dreihundert sowjetische Berater in Gewahrsam«, verbreitete sie in ihrem Aufmacher. Es waren dreißig Sowjetbürger, wie der WDR meldete, und sie warteten in ihrer Botschaft auf die Rückreise. Doch wie könnten sich die Propaganda-Kompanien der Journalisten im Krieg nützlich machen, wenn sie nicht fälschen dürften. Das »Hamburger Abendblatt« erschien mit der Schlagzeile: »Geheime Raketenbunker entdeckt«. Darunter eine Wahrscheinlichkeits-Nachricht als sehr »Eigener Bericht«: »Der Bau eines Raketebunkers neben dem neuen Flughafen auf der Karibik-Insel Grenada ist wahrscheinlich einer der Hauptgründe für die Invasion der US-Truppen gewesen.«

Freilich solch ein Raketenbunker war - auf Grenada jedenfalls - nicht aufzufinden, und die in unserer Republik hatte das »Abendblatt« sicher nicht gemeint. Doch Tatsachen stören nur solide Meinungen. Dieter Schröder, Mit-Chefredakteur der »Süddeutschen Zeitung«, mußte, als er auf Seite 4 seinen Kommentar schrieb, nur die Seite zurückwenden, um an gleicher Stelle auf Seite 3 den Bericht seines Südamerika-Korrespondenten Carlos Widmann zu finden, wonach die US-Streitkräfte jeden, der sich der US-Invasion widersetzte, für einen Kubaner hielten. Trotzdem rechtfertigte Chef Schröder auf der Rückseite Reagan: »Nicht rechtlich, aber machtpolitisch kommt ihm außerdem zu Hilfe, daß die Kubaner auf Grenada keine reinen Gastarbeiter waren. Die Insel war praktisch von einer fremden Macht besetzt - auf Wunsch einer kleinen Clique und gegen den Willen der Bevölkerung.«

Kriegsfreund Ludolf Herrmann, jener Gruner + Jahr-Herr vom »Capital«, der im Bayerischen Rundfunk die Friedensanhänger in unserem Land als »kleine rachitische Seelen« im Gefängnis eines »pickligen Körpers« einer vorerst verbalen Sonderbehandlung unterwerfen durfte, trat jetzt am selben Ort als Wiederholungstäter an. Entschlossen verteidigte er Reagan mit der »großen Moral der freiheitlichen Selbstverteidigung« gegen die »kleine Moral der Völkerrechtsparagraphen« - anno 39 hätte er für solch eine gekonnte Formulierung das Kriegsverdienstkreuz mit allen nur möglichen Schwertern bekommen. Aber er kann's noch besser. Weil »ein Heer von Kubanern und die sogenannten Militärberater der UdSSR und der DDR« Grenada in ein »Exerzierfeld für die sowjetisch-kubanischen Milizionäre eines künftigen sozialistischen Welt-Systems« verwandelt hatte, mußte Reagan mit freiheitlichen Ratschlägen eingreifen. »Amerikanische Militärberater gingen an Land« nennt »Capital»Herrmann den Angriff der 6000-Mann-Armee. Und sie verhinderten auf Grenada, daß »die USA, die Metropole der Freiheit, umzingelt« würden.

Neben soviel klirrender Entschlossenheit beim Kampf für Reagans Freiheit mag Theo Sommer vom Schwesterblatt »Zeit« Mitleid wecken, weil »Reagans Auftrumpfen in der Karibik« ihn oder Europa oder beide »nervös« macht. Das ist zum Barmen, wenn er Reagan vorrechnet, die »Rechtsbasis« seines »Unternehmens« sei »schütter«. Wenn er weint, die »westliche Führungsmacht« dürfe doch nicht die »Werte verraten, die den Bund der Demokraten zusammenhalten«. Und wenn er um einen reputierlichen Kriegsgrund der »Führungsmacht« bettelt und bittet: »Wo ihr schon militärisches Eingreifen notwendig erscheint, muß sie mindestens glaubhaft machen, daß es unumgänglich war; muß sie die Verbündeten rechtzeitig hinter sich bringen; muß sie darauf achten, daß die Vorteile der Aktion deren Nachteile überwiegen.« Das weiß jeder hanseatische Kaufmann: ein Krieg, der mehr Nachteile als Vorteile bringt, ist ein schlechter Krieg.

Ach ja, anno 39, als die Polen Gleiwitz überfielen, da stellte sich dann - aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg - heraus, daß die mörderischen Polen gar keine Polen waren, sondern SS Männer in polnischer Uniform. Arrangiert hatte das Geheimdienst-Chef Reinhard Heydrich, dessen SD sogar die deutschen Leichen lieferte, die Leute verstanden ihr Handwerk. Dem US-Geheimdienst dagegen mochte Eberhard Kuhrau im WDR keine Komplimente machen: »Selbst bei zynischer Betrachtungsweise muß man der amerikanischen Diplomatie und dem angeblich so fürchterlichen Geheimdienst CIA ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn sie nicht in der Lage waren, vor ihrer Haustür« - nicht auf dem Korridor! - »mit eleganteren Methoden für Ruhe und Ordnung zu sorgen»! Dieses schroffe Urteil ist, wenn man einmal der »Welt« glauben darf, unbegründet. Sie druckte - voller Beifall - den am Invasionstag geschriebenen Kommentar des bekannten Kolumnisten und Meinungsforschers Carl Stone von der Westindischen Universität auf Jamaica nach. Professor Stone, der laut »Welt« »allgemein hohes Ansehen und Vertrauen genießt«, hat in seinem »beachtenswerten Kommentar« über Hintergründe der Militär-Operation auf Grenada nicht nur beglückt festgestellt, daß damit »der Marxismus in der

englischsprachigen Karibik zum _Tode verurteilt und auf unabsehbare Zeit begraben worden ist«. Nein, er enthüllt - und das hätte ein aufmerksamer »Welt« - Redakteur besser wegredigiert - den Hintergrund, warum die »scharfen Marxisten« um Coard den Parteifreund Maurice Bishop ermordeten. Stone wörtlich: »Die grenadische Revolution wurde Ronald Reagan sozusagen auf einer Schüssel gereicht, appetitlich gewürzt und fertig zum Verzehr. Unter den Angehörigen des Coard-Flügels und dessen externen Gruppierungen waren auch vom CIA angeheuerte Leute. Sie erledigten ihre Aufgabe ganz hervorragend, nämlich Grenada reif zu machen für den Eingriff von Interessengruppen, die Sozialismus und Marxismus, sozialistische Revolutionen und radikale Abweichungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ablehnen.«

Und so kam's, daß Ronald Reagan zur Begründung seines Angriffs auf Grenada verkünden konnte, eine »brutale Gruppe linker Gangster« habe Ministerpräsident Bishop ermordet. Dessen konnte sich Reagan ebenso sicher sein wie anno 39 Hitler der Tatsache, daß Polen den deutschen Sender Gleiwitz überfallen hatten.

Konkret 12/83, S. 42

Sabine Rosenbladt

American Heroes Inc.

Der Wilde Westen lebt. «Cowboys« bestimmen das politische Klima, Hollywood prägt das Weltbild der Kinder: «Good guys« siegen und «Commies« beißen ins Gras. Eine Stimmungsbeschreibung aus den USA

Amerikanische Kinder dürfen in der texanischen Stadt Austin ein bißchen Weltkrieg spielen: Für einen Quarter können sie in einer örtlichen Video Arcade Raketen auf den »kommunistischen Mutanten aus dem Weltraum, Andropow« abfeuern und so eine »menschliche Familie« aus den Klauen des Abartigen retten. Das Spiel selbst gibt es schon länger; die Figur »Andropow« wurde vom Arcade-Besitzer kürzlich hinzuprogrammiert, um, wie er der Presse mitteilte, »seinen Gefühlen gegenüber der Sowjetunion nach dem Abschuß der koreanischen Passagiermaschine« Ausdruck zu verleihen.

Das »Evil Empire«, das Reich des Bösen, von dem ihr Präsident so gerne spricht, kennen die kleinen Amerikaner schon aus mittlerweile drei »Star Wars«Filmen. In diesen Multi-Millionen-Dollar-Produktionen kämpfen durch und durch gute Space-Age-Ritter gegen ein unerhört böses Imperium, wobei ihnen - wie im neuesten Streifen »Die Rückkehr des Jedi« - allerhand drollige Teddybären und sonstige Mutationen als Bundesgenossen zu Hilfe eilen.

Darth Vader, der Böseste der Bösen, trägt stets eine schwarze Plastikmaske, hinter der er röchelnd atmet. Die Botschaft ist klar: Die Feinde des Guten haben keine Gesichter, sie sind keine richtigen Menschen. Deshalb dürfen sie auch unbesorgt abgeknallt oder sonstwie liquidiert werden. Die Abbildungen des unbekannten russischen Bomberpiloten in amerikanischen Zeitungen hatten denn auch fatale Ähnlichkeit mit Darth Vader: behelmter Kopf mit schwarzem, blicklosen Sichtschild und Atemschlauch, daneben Porträts von Hitler und Charles Manson.

Daß die Popindustrie der USA beim Schaffen von Feindbildern schon gute Arbeit geleistet hat, wußte Ronald Reagan in seiner »Star Wars«-Rede zum gigantischen US-Verteidigungsbudget am 23. März dieses Jahres zu würdigen: »Fragen Sie heute besonders unsere jungen Leute, und ich denke, Sie werden eine ganz neue Haltung zum Dienst an ihrem Vaterland unter ihnen finden. Sie, das amerikanische Volk, haben diesen Jugendlichen ein Signal gegeben, daß es wieder eine Ehre ist, die Uniform zu tragen ... «

Zwei beispielhafte Signale: Ein Russen-Song des Diskjokkeys Kip Kraddick aus Salt Lake City wurde von 25 anderen Radiostationen sofort begeistert aufgenommen. Textprobe (nach der Titelmelodie von »Rocky III«): »Wie würden die Russen sich ohne Weizen fühlen? Es ist schwer, zu kämpfen, wenn man hungrig ist ... Laßt die Roten wissen, daß Amerika lebendig ist!« Der rechtsradikale »Washington Inquirer« lobte den neuen Kriegsfilm »The Final Option« so: «The good guys win, and a lot of commie dupes bite the dust. Ron has seen it, and he liked it too. Don't miss it!« (»Die Guten gewinnen, und ein Haufen roter Kretins beißt ins Gras. Ronald hat den Film gesehen, und auch er mochte ihn. Versäumen Sie ihn nicht! «)

Diese flockige Kalte-Kriegs-Allianz aus Pop und Politik ist alles andere als zufällig, und noch weniger ist die neue Achse Hollywood-Washington der Anwesenheit des B-Movie-Darstellers im Weißen Haus zu verdanken. Umgekehrt: Seit der Präsidentschaft des Kaliforniers Richard Nixon reden US-Politologen vom »Power Shift«, der Machtverschiebung weg , vom östlichen, traditionell Europaorientierten Establishment der Rockefellers und Kennedys hin zu den Öl-, Land- und Technologie-Milliardären der Staaten des »Southern Rim«. Im Machtkampf zwischen den »Yankees« der Ostküsten-Metropolen und den »Cowboys« aus den Wild-West-Staaten haben diese die Oberhand gewonnen * Und sie bestimmen seit geraumer Zeit den »American way of life«.

Für sich allein genommen wäre der Staat Kalifornien heute das achtreichste Land der Welt. Seine wirtschaftlichen Wachstumsraten liegen um ein Vierfaches über dem US-Durchschnitt; der Reichtum des Sonnenstaates stammt aus so trächtigen Industrien wie Elektronik, Rüstung, neue Technologie und »Entertainment«. In Santa Clara County zum Beispiel, einem 25-Meilen-Flecken nördlich von San Francisco, wo vor 25 Jahren noch Orangenbäume wuchsen, befindet sich heute »Silicon Valley«, die Hochburg der Computerindustrie: Mehr als 800 Firmen mit 150.000 technischen Angestellten sind weltweit führend auf dem Gebiet der neuen Technologien, über hundert Technik-Millionäre leben hier, in den Laboratorien werden die wissenschaftlichen Grundlagen für die Computerisierung der Zukunft gelegt.

Und Hollywood, schon mehrfach totgesagt, ist immer noch die Unterhaltungs-Zentrale: Dreiviertel der Filme und 65 Prozent aller amerikanischen Fernseh-Produktionen werden hier hergestellt. Die Stadt Los Angeles ist der größte Spielzeug-Fabrikant der USA, 90 Prozent aller Schallplattenaufnahmen werden in Südkalifornien produziert, und gemeinsam mit Silicon Valley führt Hollywood den Markt für Videospiele und Videokassetten an. Kalifornien ist das Wunderland der neuen Medien, und dies bedeutet nichts anderes als: Macht.

Thornton Bradshaw, Chef des riesigen Kommunikationskonzerns RCA (Radio Corporation of America) formulierte diese Erkenntnis so: »Jetzt ist der Westen der Platz, wo Geschichte gemacht wird. Das liegt hauptsächlich an Radio und Fernsehen. Wir entwickeln hier eine gemeinsame Kultur ... Wir sind Individuen ... Wir sind eine Nation der Massenkultur

geworden. Ich denke, das ist wunderbar. Anders als die östliche, europäische Kultur ist sie nicht durch ein paar Mitglieder der Gesellschaft entstanden. Die Westküste hat diese neue Kultur in die Welt gesetzt. Hier gibt es Leute, die nicht durch Tradition und Klassenzugehörigkeit belastet sind.«

Keine Tradition mehr zu haben, darauf sind die Kulturmacher von der Westküste stolz. Die Zentralfiguren der TV-Epen, Filme und Comic-Strips sind Einzelkämpfer, die ihren Erfolg nur sich selbst zu verdanken haben: American Heros, Lone Rangers. »Die ständige Neuschöpfung des einsamen kulturellen Helden«, so der Kolumnist Hugh Drummond in der Zeitung »Mother Jones«, »ist kein Zufall. Es ist überlebenswichtig für eine kapitalistische Gesellschaft, daß Kinder darauf getrimmt werden, eher kompettitiv statt kooperativ zu sein, individualistisch eher als gemeinschaftlich, eher aggressiv als kontemplativ.«

Das Weltbild der Medien-Cowboys ist denn auch so schlicht wie erfolgreich. Jeder ist für sich selbst verantwortlich, jeder kann der Gewinner sein. Denn nichts läßt sich so leicht manipulieren wie eine videokonditionierte Gesellschaft von »Individualisten«.

Und die Macht der Kommunikationskonzerne wächst ständig. »Wahrscheinlich ist keine Gruppe in Amerika mehr durch Hollywood beeinflußt als die Kinder der Nation«, schreiben die Journalisten Joel Kotkin und Paul Grabowitz in ihrem Buch »California Inc.«: Umfragen Ende der Siebziger Jahre ergaben, daß 75 Prozent der befragten High School-Schüler am liebsten auf ihre Eltern verzichten und sie durch irgendwelche Medien-Berühmtheiten ersetzen würden. Kinderpsychiater Bruno Bettelheim: »Kinder, die daran gewöhnt wurden, den größten Teil des Tages passiv der warmen, verbalen Kommunikation aus dem Fernseher zuzuhören, der tief emotionalen Ausstrahlung der sogenannten TV-Persönlichkeiten, sind häufig unfähig, auf reale Menschen zu reagieren, weil sie soviel weniger Emotionen wecken als der erfahrene Schauspieler ... «

Unter diesen Umständen kann es niemanden wundern, daß auch die nationale Politik sich immer heftiger an den Maßstäben der Popkultur orientiert. Wo Politiker Millionen Dollar auftreiben müssen, um sich überhaupt mit der nötigen Publicity um ein öffentliches Amt bewerben zu können, da haben Rockstars, TV-Helden und andere Hollywood-Zelebritäten es allemal leichter: Bekannt sind sie j a schon. J. R. Ewing for President? Möglich ist alles. Die Frage »Who shot J.R.?« hat die Amerikaner eh brennender interessiert als die Frage, wer ihr nächster Präsident wird; die Einschaltquote der »Dallas«Folge war höher als die Wahlbeteiligung.

Für Eltern ist es schwierig, ihre Kinder der Manipulation zu entziehen. Da ist zum Beispiel Martin, 13 Jahre alt. Martins Vater, ein Deutscher, arbeitet in einer Computerfirma in Silicon Valley. Die Familie lebt in Santa Clara. Trotz seiner wirtschaftlichen Bedeutung ist Santa Clara eine provinzielle Kleinstadt: Weitläufige Einfamilienhaus-Areale, durchzogen von autogerecht breiten Straßen. Die städtische Kultur besteht aus ein paar gigantischen Einkaufszentren.

Ein öffentliches Verkehrsnetz ist so gut wie nicht vorhanden. Das heißt, daß Kinder auf ihre Eltern als Chauffeure angewiesen sind, wenn sie sich zum Spielen miteinander treffen wollen; ohne Auto sind die Entfernungen nicht zu überbrücken. Deshalb ist Martins Alltag straff durchorganisiert: morgens Schule bis um zwanzig vor drei, nachmittags zweimal in der Woche Sport. Martins Hobby ist, nach selbstgeschriebenen Drehbüchern, die er am Heimcomputer tippt, Super-Acht-Filme zu drehen; außerdem ist er Mitglied im schulischen »Dungeons & Dragons«-Club.

»Dungeons & Dragons«, abgekürzt D & D, ist ein äußerst populäres »Heroic Fantasy«Spiel, das sich nach komplizierten Regeln über Jahre spielen läßt: Mythische Figuren, Ritter, Magier, Dämonen und Götter, deren Bedeutung in den dazugehörigen Handbüchern nach »Armor Class«, »Size« oder »Damage per Attack« klassifiziert ist, müssen Abenteuer bestehen, Reichtum ansammeln und Imperien erobern. »Unser letzter Krieg hat neun Monate gedauert«, erzählt Martins Freund Gideon, »Martin hatte eine riesige Armee aufgestellt«.

Auch in Martins Drehbüchern geht es - zum Entsetzen seiner Eltern - extrem blutrünstig zu: Namenlose »Heroes« kämpfen mit ebenso namenlosen »Evil Pilots« oder »Evil Scouts« in einer mörderischen Zukunftswelt á la »Star Wars«. Warum diese gewalttätigen Phantasien? Wie sich herausstellt, fürchtet Martin nichts so sehr, wie von seinen Altersgenossen als »Sissy« verschrien zu werden: »Wenn man zum Beispiel den American Football nicht mag, weil das so ein hartes Spiel ist, dann ist man ja gleich 'gay' (schwul) oder ein 'commie' (Kommunist). Und ein 'Nazi' bin ich ja sowieso schon, weil ich aus Deutschland komme. Ich bin schon oft gefragt worden, 'hey, bist du mit Hitler verwandt?'«

In Martins Schule, der örtlichen Junior High School, wird auf Disziplin sehr viel Wert gelegt. Laut »Discipline Plan« verboten ist unter anderem »unpassende Kleidung: Unterhemden, T-Shirts mit Aufschriften oder Bildern von schlechtem Geschmack, Shorts, Oberteile ohne Träger, Kopfbedeckungen«. Verboten (und mit Suspension oder »Warning-Parent-Contact« bestraft) ist auch »Physical Affection«, also körperliche Zuwendung wie Küssen und Streicheln unter den Kindern. »Wir haben hier mehrere kräftige Studenten, alles Football-Spieler, die in den Pausen für Ordnung sorgen, deswegen haben wir kaum Probleme mit Gewalt an der Schule«, sagt die Direktorin.

Unterrichtet wird frontal, mit viel Akzent auf Konkurrenz, was dazu führt, daß, so eine Schulpsychologin, »viele schwächere Kinder sich gar nicht erst trauen, schwierigere Kurse zu belegen, weil sie Angst vor dem Scheitern haben«. Noch einmal Hugh Drummond: »Amerikanische Erziehung, die nur eine leichte Abwandlung des Heroismus der Popkultur darstellt, konzentriert sich auf große Männer und deren Erfolge. Der Mythos des Lone Ranger beginnt im Kindergarten.«

Kehrseite der Medaille: Immer mehr Schüler verlassen die High School, ohne Lesen und Schreiben gelernt zu haben, weil sie sich aus Angst vor dem Leistungsdruck (und durch das Kurssystem begünstigt) um die schwierigen Fächer herumgemogelt haben. »In diesem System, wo zum Beispiel Geschichte nicht mehr chronologisch unterrichtet wird«, so eine Lehrerin aus Indianapolis, »kann die Kenntnis eines Schülers von Weltgeschichte aus einem Mini-Kurs über die Vereinten Nationen und einem anderen über die Französische Revolution bestehen. Schüler können graduieren, ohne jemals etwas von William Shakespeare oder Walt Whitman gehört zu haben.«

12- und 13jährige kalifornische Junior-High-Schüler, mit denen ich mich unterhielt, wußten über Deutschland wenig mehr als »they have Christmas«, »they make beer« und »the Nazis fought a war against America«. Wann das ungefähr war, konnten sie schon nicht mehr sagen. »Ich glaube, der Geschichtsunterricht ist mit Absieht so dünn«, meinte Gina (17), eine schwarze High-School-Schülerin aus Berkeley, »zum Beispiel beginnt amerikanische Geschichte immer mit der Revolution, vorher ist nichts, und daß da zum Beispiel auch Schwarze mitgekämpft haben, erzählen sie uns nicht. Ich glaube, sie wollen die Minderheiten schön an ihrem Platz halten, die sollen nichts wissen über sich.«

Wenn sie nicht selber lesen würde, so Gina, »würde ich heute noch schwören, daß Afrika voll von Wilden wäre, die durch den Dschungel schleichen, daß Russen böse, gewalttätige Leute sind, und ich hätte keine Ahnung über Asien. In unseren Geschichtsbüchern gibt es höchstens eine Seite über Maui«. Maui? »Na, dieser Führer, der in China gestorben ist.« Mao.

Was amerikanische Kinder jedoch mit Sicherheit lernen, ist Patriotismus. In jeder Schulklasse hängt das Sternenbanner und ist Gegenstand eines allmorgendlichen Rituals, des »pledge allegiance«. »We're getting ready for the pledge allegiance now«, wird in der Junior High School von Santa Clara über die Lautsprecheranlage angekündigt: Alle Schüler ' und der Lehrer erheben sich, machen eine halbe Drehung in Richtung auf die Fahne, legen die rechte Hand aufs Herz und murmeln den Treueschwur: »Ich gelobe Untertanentreue der Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik, die sie repräsentiert, eine Nation, mit Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle ... «

Mit der Freiheit ist es allerdings gelegentlich nicht so weit her. So veröffentlichte die »American Booksellers Association« unlängst eine Liste mit über 500 »banned books«: Büchern, die in den letzten Jahren in einigen Staaten aus öffentlichen und Schulbüchereien entfernt wurden, weil sie aus verschiedenen Gründen als gefährlich betrachtet wurden. »Die Zensur nimmt mit jüngsten Gesetzen zu, und es gibt einen Anstieg von organisierten 'Verbannungen' in vielen Teilen des Landes«, konstatiert die Verlags-Organisation.

Die Liste liest sich wie ein Almanach der Weltliteratur. Verbannt sind aus einigen Büchereien u.a.: Homers Odyssee, Goethes Faust, Shakespeares King Lear, Voltaires Candide, der Talmud, der Koran, mehrere englische Wörterbücher (weil sie »obszöne« Ausdrücke enthalten), Alice im Wunderland, Hans Christian Andersens Märchen, Cervantes Don Quichote, Darwins »On the Origin of the Species«, Galileo Galileis wissenschaftliche Abhandlungen, Dantes Göttliche Komödie, Joyce' Ulysses, außerdem fast alle Bücher Hemingways, John Steinbecks, Aldous Huxleys, aber auch Jonathan Swift, Daniel Defoe, Mark Twain, Walt Whitman.

Die Gründe für die Verbannungen reichen von »literarischen Maßstäben« (angewendet z.B. für »Alice im Wunderland«) über »politische Bedenken« (u.a. gegen »Faust«, die »Odyssee«, »1984« von George Orwell) bis zur Ablehnung aus religiösen (Koran, Galileo Galilei, Molieres »Tartuffe«), ethischen, kulturellen und »pornographischen« Einwänden. So wurde etwa Anfang des Jahres Ibsens »Ein Puppenheim« von vier Mitgliedern des »Alabama State Textbook Committee« indiziert, weil darin »feministische Standpunkte« vertreten werden. Steinbecks »Von Mäusen und Menschen« flog aus Büchereien in Arizona und Indiana aufgrund von »Profanität und unnützem Gebrauch von Gottes Namen«. Ebenfalls 1983 vom Alabama-Komitee zensiert wurde auch das »Tagebuch der Anne Frank«, weil es deprimierend, nämlich »a real downer« sei.

Mit Büchern ist in Amerika nicht mehr viel Geld zu verdienen. New Yorker Verlagshäuser haben in den Jahren von 1970 bis 78 rund 30.000 Beschäftigte entlassen, auch hier hat sich Hollywood als stärker erwiesen. »Indem die Nation die kulturelle Initiative ganz und gar Hollywood überlassen hat«, schreiben die Journalisten Kotkin und Grabowitz, »hat sie ungeheure Macht in die Hände einer egoistischen, geschäftstüchtigen und moralisch gehirnamputierten Prominenten-Clique gelegt«.

So wird den Kindern zwar Anne Franks Tagebuch vorenthalten, nicht aber extrem gewalttätige Videospiele wie etwa das »Texas Chainsaw Massacre«, bei dem sie »das Vergnügen totaler Zerstörung« genießen können, oder »Eliminator«, »Battlezone«, »Zaxxon«, »Space Fury« und »Communist Mutants from Space«. Sieben Milliarden Dollar haben die Amerikaner im letzten Jahr in Video Arcades verdaddelt; Tendenz steigend.

Im Moment verhandelt die US-Telefongesellschaft AT & T gerade mit dem Videospiel-Hersteller Coleco Industries, um den 25 Millionen Video- und Heimcomputer-Besitzern die Software für ihre Geräte übers Telefon zugänglich zu machen. Amerikas Teenies, die schon jetzt bis zum 15. Lebensjahr durchschnittlich 20.000 Stunden vor dem Fernseher hocken, müßten dann außer dem Griff zum Telefonhörer praktisch überhaupt keine überflüssige Bewegung mehr machen.

Die Stimmung in der schönen neuen Medien-Welt wird immer aggressiver. Neun Jahre nach dem Ende des Vietnam-Krieges empört sich keiner mehr über den amerikanischen Kriegseintritt im Libanon. Die Russen werden offen als »our enemies« bezeichnet, und die Feindseligkeit wird (Beispiel UN) auch gleich auf die anderen Nationen mitübertragen: »Steuerzahler sind es leid, Gastgeber für unsere Feinde und Kritiker im Ausland zu spielen« (Senator Symms über die Kürzung des UN-Etats). UN-Diplomat Lichenstein wurde für seinen großkotzigen Auftritt vor der UNO (nach dem Motto »wem es hier nicht paßt, der kann ja gehen«) öffentlich gelobt und bekam vom Chefredakteur des »United States Intelligence Report«, Ryan Quade Emerson, eine Plakette mit der Aufschrift »Für Mut über die Pflicht hinaus im Angesicht des Feindes« geschenkt. In Leserbriefen wurde die Sowjetunion als » fürchterlichste Bande von organisierten Mördern, die jemals existiert hat«, bezeichnet und dem Kommunismus die Schuld »am Tod von 250 Millionen Menschen« gegeben. 80 Prozent der Bevölkerung billigte die Invasion in Grenada.

Kriegsspielzeug ist mittlerweile wieder fast ebenso beliebt wie die »Star-Wars«-Figuren und »GI-Joe«, der »Real American Hero«. Da können sich Fünfjährige gegenseitig mit Weichschaum-Raketen beschießen, für Sechs- bis Zwölfjährige gibt es den »Military action play sew, komplett mit » 115 sortierten Soldaten, 10 Panzern, 3 Explosionen zum Ausschneiden etc.« oder den »World War II-Battleground« (»Recreate your own fierce World War II«). Die »Schlacht um Berlin« kann nachgespielt und der Eroberungskitzel im »World Conquest Game« genossen werden («um zu gewinnen, mußt du alle Territorien auf der Karte überfallen«).

Tretroller sind - neben einer »zivilen« Version aus buntem Plastik - auch als militärische Variante in Tarnfarben mit der Aufschrift »Military Police« und »US-Army« zu haben. Und wie lustig der Atomkrieg sein kann, beweisen »Nuclear War« und »Nuelear Escalation«, zwei fröhliche Kartenspiele für zwei bis sechs Spieler aller Altersklassen, in denen ein »nicht ganz ernst gemeinter Blick auf internationale Diplomatie, Propaganda und schließlich: Holocaust!« geworfen wird: »It's easy to learn and fast to play!«

Der Schritt vom Spiel zur Wirklichkeit ist kurz: Nach dem Jumbo-Abschuß fragte der große Westküsten-Sender KJO, dessen Sendebereich von San Diego bis Seattle reicht, seine Hörer, welche Vergeltungsmaßnahmen sie für angemessen halten würden: 39 Prozent der Anrufer waren für atomare Rache.

Und der »San Francisco Chronicle« druckte einen Bericht über »Fallout Shelters«, in dem auch der 82jährige General Crawford Sams zu Wort kam, seinerzeit verantwortlich für die »Atomic Bomb Casualty Commission«, die die Bevölkerungsschäden der Hiroshima-Bombe vor Ort untersuchte. »Die Atombombe ist eine schreckliche Waffe«, so Sams, »aber ihr wirklicher Effekt in Hiroshima war nur, daß sie eine hölzerne Stadt verbrannt hat. Die Japaner starben nicht an der Strahlung, sondern verbrannten in ihren schwächlichen Streichholzhäuschen.«

Deshalb, so Sams munter, sei es »dummes Denken in diesem Land, daß man keinen Atomkrieg gewinnen kann: Das ist unsere eigene Propaganda, und wir sind blöde genug, sie zu glauben. Bestimmt glauben die Russen das nicht. Sie haben ganze Untergrund-Städte«.

So galt die einzige Sorge dieses reizenden alten Herren nicht seinem Atombunker im Garten, sondern »der Furcht, daß wir ihn nie benutzen könnten. Denn wenn der Showdown kommt, dann werden uns diese Lieber-Rot-als-Tot-Leute vielleicht zum Aufgeben überreden. Und ich möchte nicht auf der Verliererseite sein«.

Konkret 12/83, S. 48

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefonierte als Herr Briesanz von der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz mit dem CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Wittmann

Ja.

Grüßgott. Mein Name ist Briesanz, von der »Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Gewerblichen Wirtschaft« in Köln. Ich hätte gern Herrn Doktor Wittmann gesprochen.

Ja. Selbst am Apparat.

Grüßgott Herr Doktor Wittmann. Erst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer fortschreitenden Genesung.

Danke.

Wir waren ja alle von dem Münsinger Unglück schwer betroffen...

Das wird in Zukunft auch wieder passieren.

Ja, das war eine schwere Sache.

Mm

Und gleichzeitig, so vermessen das klingt, muß man ja wieder froh sein, das hätt ja bei weitem schlimmer kommen können.

Natürlich, natürlich.

Fühlen Sie sich denn jetzt wieder einigermaßen?

Ich sitz hier im Trainingsanzug und mach grad Büroarbeiten mit meiner Sekretärin.

Sie werden ja aus meiner Aussprache hören, daß ich aus dem Bayrischen komme, die Münchner Abendzeitung laß ich mir regelmäßig nachschicken, und da hab ich dieser Tage gelesen, daß Sie der Beinamputation zum Trotz auch weiter den Panzer fahren werden. Ist das richtig, oder haben die da wieder einen Schmarren geschrieben?

Na, die haben keinen Schmarren geschrieben. Ich hab zwar keinen Panzerführerschein, bin aber S 3-Offizier beim Panzer-Grenadier-Bataillon, und wir haben also Marder und MTWs und die haben alle Automatik, also kann man da fahren.

Da tät ja die ganze pazifistische Meute drauf spekulieren, daß da, von wegen »klammheimlicher Freude«, daß da ein Offizier, der in Friedenszeiten bei einer militärischen Übung zu Schaden kommt, daß der dann die Flinte ins Korn wirft und sagt: Jetzt mog i nimma.

Nein, nein, ich werde, sobald ich die Prothese hab, mich wieder melden für Reserveübungen. Und da geht natürlich das Ins-Panzer-Klettern a bisserl langsamer, das ist ja ganz klar, aber wenn ich aufm Sitz sitz, dann stell ich mir den Sitz hoch, schalt die Automatik ein und dann gehts los.

Werden Sie denn am 21. November... am Plenum teilnehmen können?

Ja. Ja. Ja. Ganz gleich, wie - ob schon mit Prothese oder mit Krücke oder mit Rollstuhl, das weiß ich noch nicht, weil die Prothesenanpassung, die wird noch ein bißchen vielleicht dauern, das Müssen die Orthopädiemeister, entscheiden, nicht, weil die Abschwellung des Beins, das dauert ja a gewisse Zeit, nicht, und das sehn wir dann...

Sie werden ja, Herr Dr. Wittmann, das ganze Friedensspektakel..

Ja, gestern hat mich die Tageszeitung aus Berlin angerufen, dieses Terroristenblattl, Halbterroristenblattl, man muß ja da vorsichtig sein.

Das kann man laut sagen!

Und die wollten mich besuchen, da hab ich gsagt, wenns Ihr kummts, dann schmeiß ich Euch die Kruckn nauf.

Das ist eine präzise Mitteilung gwesn, gellt?

No, was der über mich schreibt, das weiß ich schon, meine Haltung kennen die auch, was soll dann der Besuch, na? Vielleicht mich mit einem Foto überraschen und dann was veröffentlichen, was ich dann nicht mehr verändern kann, aber da wenn einer reinkommt, der hat sofort äähm,

Dem haun Sie einen nauf auf den Schädel.

Naja, wenn er ungebeten reinkommt, sowieso, des is a Hausfriedensbruch, als a gelernter Jurist weiß ich, wie ma drauf reagieren kann, nämlich durch Selbsthilfe.

Sie haben ja wahrscheinlich die ganze Friedensspektakelei mitverfolgt am Bildschirm.

Bildschirm nicht, weil ich aus Prinzip nicht fernsehe, weil das die Menschen verblödet. Ich lese genügend, aber...

Wissen Sie, wir, was so als schweigende Mehrheit durchgeht, daß wir also überhaupt nichts gemacht haben, daß alles daheim gesessen ist, bei Kaffee, Kuchen, im Lehnstuhl...

Für München stimmt das nicht. Wir haben a Kundgebung gehabt am Marienplatz.

Das ist klar, aber wenn man das Gesamtbild anschaut, haben wir da nicht ein bisserl schlecht ausgeschaut?

Ich finde nicht. Ein paar führende Politiker hätten sich etwas mehr aus dem Fenster heraushängen sollen, das geb ich gerne zu, statt im Ausland rumzureisen. Und die müßten's auch jetzt noch machen, statt sich mit der Thatcher zu treffen. Aber im Prinzip - glaub ich nicht.

Ich war bei der einzig nennenswerten Gegenkundgebung, - ich war also beim »Fellbacher Forum» drüben, das hat der Major Kothny organisiert, sagen wir mal »Freundschaftsgesellschaft Ludek Pachmann« im weitesten Sinn, und da sind wir mit SS-20 Attrappen auf den Autos ein Stück von dieser sogenannten Friedenskette abgefahren, aber da waren wir fei wenig Leute, sehr wenig, und da, muß ich Ihnen sagen, zweifle ich dann schon an der Zuverlässigkeit unserer Bündnispartner, der Bundesregierung undsoweiter, also ich hab da leicht zur Resignation geneigt; muß ich Ihnen schon mal ehrlich sagen.

Mhm, mhm

Dazu muß man sagen, daß der Major Kothny das alles aus seiner Tasche zahlt, der hat viertausend Mark Schulden.

Ich kenn den Herrn nicht, ich kenn den Herrn leider nicht.

Der Major Kothny? Fellbacher Forum? Der Herr Meyer-Vorfelder, der Kultusminister von...

Den kenn ich...

Und ein ehemaliger General war dabei, der Herr General Schall, alles schon richtige Leute, und dann kommt nichts. Von der Hardthöhe erfährt Major Kothny zum Beispiel Unterstützung null, da sagt man zu ihm immer, ja, ja, machens nur so, als Privatperson haben wir nichts dagegen, wunderbar, aber -es kommt Unterstützung- nichts.

Jetzt passens auf, geben Sie mir das doch mal schriftlich, ich hab mich sowieso zu einem Gespräch vereinbart mit dem Wörner am 2 1. oder 22. November...

Mit dem Herrn Wörner, das ist schön, daß Sie das sagen, Herr Doktor Wittmann, das ist schön, vom Herrn Minister Wörner kommt absolut und überhaupt nichts.

Weil, der Mann ist ja auch überfordert. Der kann sich ja nicht um jede Einzelheit - ich kann mit ihm reden, weil ich ein echtes Gespräch mit ihm vereinbart hab, und da kann ich das dann ja anschneiden.

Wissen Sie, wenn man da in einem Kreis ist von vielleicht hundert, zweihundert Leuten, und die anderen sind zwei Millionen, wissen Sie, da fühlt man sich fei schon ein bisserl einsam, und das ist ja, Herr Dr. Wittmann, fast eine Kapitulation vor diesen gewerbsmäßigen Kapitulierern, und der Major Kothny sammelt da jetzt mühsam seine paar Mark auf sein Konto, also ich halt das für einen unhaltbaren Zustand.

Geben Sie mir den Vorgang, dann red ich mit dem Wörner.

Ich weiß, daß das fast ein bißl ungehörig ist, weil Sie ja in einem wirklich schlimmen Zustand sind, aber entweder wir halten da alle miteinander zusammen oder ...

Ja. Mhm, mhm, naja, das ist schon eine schwierige Lage, aber ich bin halt jetzt etwas gehandicapt... Moment einmal... ich hör grad, das Bundeskanzleramt ist in der Leitung, jetzt müssen wir leider zu Ende machen. Jetzt schaun wir a mal. Bedanke mich. Wiederhören.

Wiederhören.

Horst Tomayer telefonierte mit dem Bundeswehr-Major Kothny, Initiator des «Fellbacher Forums«

Kothny .

Ja, Mayer, einfache Schreibweise, München. Ich werde mich in den nächsten Monaten in Stuttgart aufhalten, und da würde ich gerne, wenn das »Fellbacher Forum« was macht, teilnehmen.

Nee, machen wir nicht, vorerst mal nicht.

Ja, warum dann nicht?

Sie wissen, was das Fellbacher Forum macht? Das ist praktisch nur ein Zusammenschluß von verschiedenen Organisationen, die nach wie vor ihre Selbständigkeit haben, ein Forum als solches, wir hatten also jetzt mal zwei Veranstaltungen, aber das ist im Prinzip nur 'ne lose Zusammenarbeit, das kann man sich nicht so vorstellen, daß...

Ist denn das jetzt gelaufen, am 22. (Oktober 83)?

Ja, das ist gelaufen.

Seid Ihr denn die ganze Strecke abgefahren von Ulm nach Stuttgart?

Im Prinzip ja. Aber es ist wahnsinnig schwer, da Leute zu mobilisieren.

Ja, da muß ich aber schon mal sagen, daß das an dem Organisationsmanko und an der geringen Begeisterungsfähigkeit auf unserer Seite liegt, das hab ich dem Herrn Pachmann von der »Konservativen Aktion« unlängst auch mal gesagt.

Ja, schon, aber...

Das geht ja weiter, Herr Kothny, jetzt Plenum am 21. November in Bonn, Doppelbeschluß, die Linken sind ja auch ununterbrochen unterwegs, warum kriegen wir nichts auf die Beine?

Ja, mei, das weiß ich net, ich bin mit einem Minus an viertausend Mark aus diesen Veranstaltungen hervorgegangen, ich hab Familie, ich kann, nachdem ich mir also grad ein Haus gekauft habe und da Schulden drauf habe, ich kann da nicht einfach so weitermachen, ja, und wir müssen uns erstmal wieder zusammensetzen und schauen und fragen, wie's weitergeht, das ist absolut beschämend. Wenn ich da also denke, daß ich in Böblingen jetzt, im November, ein Militärkonzert moderiere, wo die Leute zehn Mark Eintritt zahlen, was mit fünftausend Karten ein, äh, ausverkauft ist und ich mein, zum Militärkonzert gehn keine Kriegsdienstverweigerer, da frag ich mich, wo bleiben die Leute? Die trauen sich ganz einfach nicht. Das isses.

Lieber Herr Kothny, wir haben doch seit 6. März nicht eine andere Regierung, in Bonn, damit Sie wegen 4000 Mark, sagen wir einmal: resignieren müssen?! Das ist doch ein Unding.

Ja, aber es ist so. Ich meine, ich resignier ja nicht, nur, ich mein, ich kann nicht so weitermachen und die Tausender rausschmeißen...

Aber jetzt darf ich Ihnen einmal folgendes sagen: Sie sind beim Bund und sind da nicht irgendein gemeiner Soldat, sondern Sie sind Major und stehn im Rang dem Herrn Minister Wörner fast gleich.

Nö, vom Wörner krieg ich gar keine Unterstützung.

Das ist doch unmöglich, Herr Kothny.

Die Bundeswehr möcht da außen vor bleiben, das mach ich nur als Privatperson.

Sie halten den Kopf hin für die Fahne und die andern sagen: Machts nur, aber wir haben damit nichts zu tun, was ist denn das für eine Auffassung?

Herr Mayer, das nützt aber nur nichts, nicht, aber in Bonn am 21. November -

Was könnte man denn da machen, Herr Kothny?

Ja, wir machen da schon was

Das ist ja klar, daß die Linke, was die alles angedroht haben, nicht wahr? Das geht ja bis zur Umzingelung von der Hardthöhe undsoweiter.

Da hab ich also zumindestens schon mal meine Fühler nach Bonn ausgestreckt, dort gibt's auch noch ein paar Gruppierungen, da machen wir schon was, ja. Und zwar, ich helf da nur mit, ich bin da als Fachmann gefragt -

Kann man da mitmachen, Herr Kothny?

Ja, ich tät schon einen brauchen können, der also das Herz am rechten Fleck hat und dann die Geschicht nicht groß in aller Welt herumjubelt -

Um Gotteswillen, muß man denn Verschwiegenheit auch noch lernen?

Ja doch, bei der Sache ja**,** weil's nicht ganz legal ist, was wir da machen wollen, aber wirkungsvoll, ja...

Ja hoffentlich, denn meinen Sie, daß die andern mit sämtlichen Verordnungen unterm Arm rumlaufen, die haben ja die Arme auch frei, zum Steineschmeißen.

Ich meine, es gibt ja so manche Sachen, die man macht, und, äh, wo man net unbedingt will, daß die Polizei auftaucht, ja, also da haben wir schon was vor. Aber wenns da so mitmachen wollen...

Ich bin nächste Woche in Stuttgart, kann ich Sie da noch einmal anrufen?

Selbstverständlich, da können wir billiger miteinander reden.

Ja, gut, also, bis nächste Woche.

Wiederhören.

Diese Gespräche sind authentisch. Horst Tomayer stenographierte die Antworten mit.

Konkret 12/83, S. 50

Sabine Rosenbladt

Alles bestens

3.000 Berliner Polizisten verhinderten den allzu ungezügelten Ausdruck deutscher Volksmeinung beim Fußballänderspiel BRD-Türkei im Berliner Olympia-Stadion. Faschismus besiegt? Na ja. Ein Bericht von Sabine Rosenbladt

Der Skin saß auf sei Sofa vorm Fernseher und war eingenickt. Er brauchte einen Moment, um zu sich zu kommen, und das, neben der weinroten Strickjacke und den Puschen, die er zu seiner Militärhose trug, machte ihn irgendwie fast rührend: Ein Familienvater, zwischen Topfpflanzen, Couchtisch und auf dem Boden verstreutem Kinderspielzeug seinen wohlverdienten proletarischen Feierabend verdämmernd, in einem Hinterhaus im Berliner Wedding, im einstmals roten Wedding.

Ich gestehe, daß mich das ziemlich verwirrte. Der Skin, eine der bekannteren Figuren der rechtsradikalen Berliner Skinhead-Szene, war mir als wirklich furchterregend beschrieben worden. Zwei Tage vorher hatte ich einige seiner finsteren Genossen im Block 11 des Olympia-Stadions erlebt, »Sieg Heil«, »Sieg Heil« schreiend und »Nieder mit dem Türkenpack«. Auf ihre olivgrünen Ballonjacken hatten einige den SS-Spruch »Unsere Ehre heißt Treue« aufgenäht, und »Rotfront verrecke« gehörte zu ihrem Standardrepertoire. Ich war also auf das Allerschlimmste gefaßt.

Aber der da, der war ganz offensichtlich nicht gut drauf. Die ganze Presse, die er jetzt am Hals hätte ... und immer würde alles so verkürzt dargestellt ... sei ja gar nicht wahr, daß die Skins und die ANS-Leute (»Aktionsfront Nationaler Sozialisten«) sich zusammengetan hätten, um beim Fußballänderspiel die Kreuzberger Türken aufzumischen ... gegen Punks und Autonome hätte er auch nichts, er sei selber früher Punk gewesen ... seine Lieblingsperspektive? »Nur Spaß, nur Spaß!« ... aber wenn die Presse ihn jetzt immer zum Führer der Skins hochstilisieren wollte, da hätte -er keinen Bock drauf, fürchte auch, rausgeschmissen zu werden deswegen und seinen Job zu verlieren bei der Reichsbahn. Kurz, der haarlose Held wollte nur noch auf den Schoß und gestreichelt werden.

Nach einer Stunde bin ich gegangen. Drei Straßen weiter, bei Reinhard Golibersuch, waren immer noch die Rolläden heruntergelassen: Auch der »Kameradschaftsführer« der »Nationalen Aktivisten Großberlin«, ein großspuriges Bürschchen von 21 Jahren, schien - trotz Verabredung - im Moment kein gesteigertes Bedürfnis nach Kontakten mehr zu haben.

»Am 26. Oktober steht dem deutschen Volke der Kampf gegen das stinkende Türkenpack bevor ... Dieses Spiel muß Signal für das gesamte Volk Deutschlands ... sein!« Das Signal, so angekündigt auf einem Flugblatt der »Fans von Hertha BSC Berlin«, ist in die Hose gegangen. Was hatten wir erwartet? Daß die Zweidrittel-Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung, die eine »Ausländer-raus«Politik befürwortet, gemeinsam mit den Politikern, die sie betreiben, und den Fußball-Fans, Skins und Neonazis, die die Hetzparolen brüllen, zur Türkenhatz antreten würden?

Die schweigende Mehrheit blieb zu Hause vorm Fernseher. Die »Ausländer-raus«-Politiker Kohl und von Weizsäcker saßen auf der Ehrentribüne, die Adolf Hitler 1936 verlassen hatte, um dem schwarzen Sportler Jesse Owens nicht die Hand schütteln zu müssen. Nach dem Motto »wir sind ja gar nicht so« war eine türkische Zahnärztin ebenfalls auf die Tribüne geladen. Die »Bild«-Zeitung berichtete von rührend deutschtürkischen Verbrüderungsszenen. Und Lummers Polizei hält die bösen Ausländerfeinde vom Block 11 in Schach.

Alles bestens? Mir persönlich wurde mulmig, als ein Polizist einen höchstens 14jährigen Schreihals so brutal die Stufen herunterstieß, daß er hinfiel und mit dem Hinterkopf auf den Steinboden knallte. Dieselbe Polizei hat im letzten Jahr tatenlos zugesehen, als Fußballfans in der Knobelsdorfallee einen türkischen Gemüseladen überfielen und zu Kleinholz machten. Damals war allerdings auch das anwesende Presseaufgebot nicht so beeindruckend.

Viele der »Jude, Jude«-Brüller im Block 11 hatten Kindergesichter. Warum »Jude?« - »Weeß ick selba nich«, so ein jugendlicher »Hertha«-Fan im SFB, und »wenn alle sowat brüllen, dann brüllen wir mit. Det gibts hier öfter. Det hat ma sich so'n bißchen anjewöhnt.« Die 14- bis 19jährigen sind das neue Rekrutierungspotential der Neonazis: 40 Prozent dieser Altersklasse, so ergaben neuere Studien, sind bereit, neofaschistische Aktivitäten zu tolerieren. Die »No future«-Kinder wollen Randale und endlich wieder klare Feindbilder; sie zu verprügeln, ist noch kein Sieg über den Faschismus. So manchem vom Friedensfrust gebeutelten Linken wäre ein richtig handfester, greifbarer Feind aber auch mal wieder willkommen gewesen nach all den zermürbenden, fruchtlosen Kämpfen mit den Schreibtischtätern in Rathäusern, Parlamenten und Weißen Häusern: Auf dem Kreuzberger Kiez herrschte nach dem Länderspiel freudig-gespannte Erwartung. Fahrbereitschaften rund um die Uhr, aus Wessiland angereiste Verstärkung zur Verstärkung der besetzten Häuser, in Alarmbereitschaft versetzte Kiez-Milizen, umherirrende Journalistentrupps und in den überfüllten Szenekneipen Alkoholverbot zwecks Erhaltung der kämpferischen Potenz. Ein bißchen Krieg lag in der Luft.

Wer nicht kam, waren die Faschos. Die wirklich gefährlichen unter ihnen, die um den Hamburger Ex-Bundeswehroffizier Michael Kühnen versammelten Rechtsterroristen der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten«

(ANS/NA), hatten ihr politisches Ziel sowieso schon am Vortag erreicht: Maximales Presseecho für eine lächerliche, konspirative Veranstaltung in der Wohnung des Jungnazis Golibersuch, der die angebliche Anwesenheit Kühnens als Köder benutzt hatte, um die Gründung einer »Aktion für Ausländerrückführung« bekanntzugeben. Diese Leute werden weiterhin versuchen, die Krawallheinis von den Skins und Fußball-Fans zu strammen Neonazis zu machen. Golibersuch: »Die eigentliche politische Arbeit beginnt erst nach dem Länderspiel.«

Das ist der alltägliche Skandal in diesem Land, daß eine Nazitruppe wie die Kühnen-Bande so gut wie unbehelligt ihrer politischen Aufbauarbeit nachgehen kann, daß palästinensische Asylbewerber in Berliner Kirchen Zuflucht suchen müssen, um nicht in den Tod im Libanon geschickt zu werden, daß Kemal Altan keinen anderen Ausweg mehr sah als den Sprung aus dem Fenster und so fort. Die das zu verantworten haben, pflegen auf Ehrentribünen zu sitzen und nicht in Block 11.

Konkret 12/83, S. 52

Werner Heine, Tom Schimmeck

Wie geht's weiter?

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Der alte Herr mit dem Knotenstock in der Marschsäule von Barmbek zum Hamburger Rathausmarkt wurde gefragt, ob er denn auch schon 1958 dabeigewesen sei, damals, als der SPD-Bürgermeister Max Brauer in der Hansestadt vor 100.000 Menschen gegen die atomare Aufrüstung wetterte. »Junger Freund«, erwiderte er , »ich bin seit 1927 dabei.«

Der Mann beantwortete mehr als nur die Frage. Sechzig Jahre Friedensbewegung und noch immer auf der Straße - das wird sich nicht wiederholen. Das Volk, das sich am 22. Oktober in Bonn, Hamburg, Berlin und auf der Bundesstraße 10 gegen die Stationierung versammelte, wird keine Chance haben, den Enkeln davon zu berichten, wenn es keinen Erfolg haben wird. Der blieb - zunächst - aus. Der Bundestag beschloß mit einer Bomben-Mehrheit die Stationierung, der Countdown für die Pershings läuft - auch der für die Friedensbewegung?

Die größte Manifestation in der Geschichte der Bundesrepublik endete im Katzenjammer. Der Friedens- und Alternativpresse blieb der Jubel über die Massen auf den Straßen im Halse stecken. »Wat nu?« fragte die »taz«. Der Frankfurter »Pflasterstrand« schrieb von der »Ohnmacht der Blockaden« und dem »Friedensgedöns« und fand: »Die Opfersymbolik zwischen Totsein und Liebsein hat ihre Funktion erfüllt. Sie läuft auf hohem Niveau leer, verliert ihre Attraktivität langsam selbst für diejenigen, denen Gewaltfreiheit und Friedenssymbolik in allen Lebenslagen zur neuen Religion wurde.« Das Kölner Magazin »Schauplatz« äußerte Zweifel, »ob sich aus einem so total unterschiedlichen Haufen eine starke politische und soziale Bewegung mit einer langfristigen Perspektive entwickeln kann«. Vom »langen Atem«, den sich die Bewegung zu Beginn gelobt hatte, war nicht mehr die Rede.

Mit dem Scheitern der Kampfform Massendemonstration schien in Vergessenheit zu geraten, was die Friedensbewegung in vier Jahren erreicht hat. Bis zum Stationierungsbeschluß der NATO waren Rüstungspolitik und Militärstrategie kein Thema gewesen. Jetzt fertigen Bürger Lagekarten von. Atomminen, und Schulkinder widerlegen die Theorie vom Gleichgewicht der Abschreckung. Auf einem Friedenspodium im Hessischen wunderte sich ein Bundeswehroberst über die Diskussionsbeiträge zur NATO-Strategie der »flexible response«: »Da ist doch überhaupt nichts Neues passiert, die gilt doch seit Jahren.« Der Mann hat recht. Aber erst die drohende Stationierung brachte ins öffentliche Bewußtsein, daß die Verteidigung der Bundesrepublik mit der Vernichtung ihrer Bevölkerung beginnt, wenn die NATO einen Panzerangriff mit Atombomben beantwortet.

Daß die NATO nicht zur Unterstützung der Entspannungspolitik taugt, sondern dazu dient, den Kapitalismus unter der Führung der USA zu sichern, hatte zwar schon der Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger 1979 zur 30-Jahr-Feier des Paktes in Brüssel öffentlich verkündet, aber die damals regierenden Sozialdemokraten verloren über diese Wiedereröffnung des Kalten Krieges kein Wort. Erst die Friedensbewegung zwang die SPD zur Aufgabe der Schmidt'schen »Sicherheitspolitik«, deren Philosophie der Altkanzler seither auf Tingelreisen gegen Geld vorbetet. Zuletzt, in Singapur, hörte sich das so an: »Bei den Russen sind die Menschenrechte schon immer unbekannt gewesen.« Oder: »Das russische Verhalten ist nur zu 20 bis 25 Prozent vom Bolschewismus beeinflußt.« Das zweite SPD-Relikt, das den Stationierungsbeschluß noch verteidigt, Ex-Verteidigungsminister Hans Apel, erzählt inzwischen in seiner Partei herum, Helmut Schmidt sei »verkalkt«. Auf Nachfrage versichert er: »Schon lange.«

Das Bröckeln des Stationierungslagers in der SPD war das eindrucksvollste Symptom für die Überzeugungskraft der Bewegung. Die Erklärungen Egon Bahrs, nicht die SPD habe sich gewandelt, sondern die Voraussetzungen für das Ja zum Doppelbeschluß, gelten nicht nur bei der CDU als Notlüge. Als die Sozialdemokraten 1979 erklärten, nur Druck brächte ein Verhandlungsergebnis der Großmächte, sagte die Friedensbewegung Verlauf und Ausgang der Genfer Konferenz präzise voraus. Fünf Millionen Bundesbürger schlossen sich dieser Prognose mit der Unterzeichnung des Krefelder Appells an. Das lag nicht daran, daß jeder Friedensmarschierer Reagans Kreuzzug-Politik klarer durchschaut hätte als das Präsidium der SPD. Das lag an der Geburtslüge des Stationierungsbeschlusses. Als Helmut Schmidt die NATO in diesen Beschluß trieb, ging es nicht um Gleichgewicht und Abschreckung, sondern um die Erhaltung der westlichen Fähigkeit zum atomaren Erstschlag. »Wir sind in der Tat verwundbar«, hatte Kissinger zwei Monate vor dem NATO-Beschluß gesagt« »weil unsere strategische Doktrin außerordentlich weitgehend, vielleicht gar ausschließlich, auf der Überlegenheit unserer strategischen Macht beruht«. Verwundbarkeit - also atomares Gleichgewicht - darf nicht sein. Deshalb die Raketen.

Die amtliche Propaganda für die Stationierung richtete sich nach den Vorschlägen, die ein später US-Außenminister so zu Papier brachte: »Wir werden unsere gemeinsamen Pläne niemals verwirklichen können, wenn nicht ganz außerordentliche Bemühungen unternommen werden, um europäische Tendenzen zu Neutralismus, Pazifismus und einseitiger Abkoppelung in Schach zu halten. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, als Thema hervorzuheben, daß das nukleare Waffen-

Gleichgewicht, insbesondere auf dem europäischen Schauplatz, sich scharf zugunsten des Ostens verändert hat. Wir sollten ständig an die Notwendigkeit denken, unablässig die Aufmerksamkeit auf die sowjetische militärische Bedrohung zu lenken, und an die weitere Aktivierung unserer Zusammenarbeit mit den Massenmedien.« Das schrieb Alexander Haig, damals noch Oberkommandierender in Europa im Juni 1979 an den NATO-Generalsekretär Joseph Luns. Beschämender als diese Handlungsanweisung war nur deren platte Umsetzung durch die Raketen-Mehrheit in den Bundestagsparteien. Der CDU-Generalsekretär Geißler diffamierte folgsam den Pazifismus (»... hat Auschwitz erst ermöglicht«). Wer, wie der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, die Mitgliedschaft in der NATO zur Diskussion stellte, wurde in die linksextreme Ecke gedrückt. Die Medien, allen voran »Spiegel« und »Stern«, entdeckten wie auf Kommando den Neutralismus in Form eines »neuen Nationalismus«.

Die durchgängige antikommunistische Propaganda machte aus Friedensmarschierern zunächst »Handlanger Moskaus«. Dann bewies das Bundesinnenministerium mit einem Schaubild, daß die Handlanger sogar Geld bekamen: Stationierungsgegnerin Inge Meisel (»Wenn Demonstrationen verboten werden, ist die Demokratie im Arsch«) Hand in Hand mit Stationierungsgegner und Verfassungsrichter Helmut Simon (»Auch die Mehrheit kann und darf nicht alles«) im Dienste des »internationalen Terrorismus« (Reagan über die Sowjetunion). Als schließlich Geißler die umschwenkende SPD die »fünfte Kolonne Moskaus« nannte, demonstrierte das nur, daß die Regierenden angeschlagen waren. Der Einbruch der Friedensbewegung in die Kreise konservativer Meinungsführer zeigte Wirkung.

Im Sommer dieses Jahres sangen 500 Richter und Staatsanwälte in der Bonner Innenstadt Friedenslieder zur Klampfe und verurteilten die Stationierung als »völkerrechts- und verfassungswidrig«. Ärzte liefen Sturm gegen die Planungen der Katastrophenmedizin. Auf einem Naturwissenschaftlerkongreß in Mainz rief der Nobelpreisträger Linus Pauling vor 3000 Gelehrten: »Stoppt die Pershing!« Ein Mathematikprofessor rechnete den Kollegen an der Wandtafel mit vielen Quadratwurzeln vor, daß die Pershing eine Erstschlagwaffe sei, die sowjetische SS-20-Rakete dagegen nicht. Der konservative Bremer Informatik-Professor Haefner entwickelte das Szenario eines Atomkrieges »aus Versehen«, weil die Sowjetunion wegen der kurzen Vorwarnzeit bei der Pershing gezwungen sei, die Entscheidung über einen Gegenschlag den Computern zu übertragen.

Selbst Jürgen Brandt, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, geriet kurz vor seiner Pensionierung in den Ruf, ein heimlicher Nachrüstungsgegner zu sein. Am 31. März 1982 sagte der damalige ranghöchste deutsche Soldat vor dem Kabinett Schmidt/Genscher: »Es geht bei der Nachrüstung nicht darum, die Fähigkeit des Westens zu verbessern, der anderen Seite in einer möglichen globalen Auseinandersetzung einen untragbaren Schaden anzudrohen. Es geht auch nicht darum, etwa dem Waffensystem SS-20 entsprechende Waffensysteme entgegenzusetzen, Es geht vielmehr darum, der Allianz Optionen für politisches Handeln zu erhalten ... « Daß die Pershing 11 und Cruise Missiles keine Verteidigungswaffen, sondern Gerätschaften zur politischen Erpressung seien, widersprach eklatant der offiziellen Lesart für die Stationierung in der Bundesrepublik. Das hatten bis dahin mir US-Militärs Lind - Politiker so offen eingestanden.

Zum Schluß lehnten nach Meinungsumfragen dreiviertel der Bevölkerung und über die Hälfte der CDU/CSU-Wähler die Stationierung ab. Daß dieses breiteste politische Bündnis der Nachkriegsgeschichte den Beginn der Stationierung nicht verhindern konnte, zeigt zunächst einmal mir, daß da Interessen wirkten, die Herr Kohl auch keinem Mehrheitswillen opfern durfte. Der Friedensbewegung war von Beginn an klar, daß der politische Schaden, der ihr Widerstand den Nachrüstern in Aussicht stellte, den militärischen und politischen Nutzen der Raketen übersteigen müßte. Wie das erreicht werden konnte, war strittig. Auf der Aktionskonferenz der Friedensinitiativen Anfang November in Köln mit über tausend Abgesandten aus der ganzen Republik ging die bis dahin mühsam gewahrte Einheit zunächst einmal in Pfeifkonzerten unter. Grüne, Alternative, Autonome Lind kirchliche Gruppen - die »Unabhängigen« - rechneten mit Gewerkschaftern, Jusos, Kommunisten und dem Komitee für Frieden und Zusammenarbeit (KoFAZ) ab: Die »Traditionellen«, so der Vorwurf, hätten mit ihrer Sehnsucht nach »Breite« und »Masse« der Bewegung und dem Schielen nach jedem noch zu gewinnenden Bündnispartner wirksamere Formen des Protestes verhindert und die »längst überfällige qualitative Fortentwicklung« der Bewegung vernachlässigt. »Latschdemos« und Mahnwachen brächten aber keinen Erfolg: »Wir haben die Schnauze voll von nur Symbolik.«

Drei Stoßrichtungen wurden in Köln deutlich. Eine Minderheit aus dem Kreis der Unabhängigen plädierte für den offenen Widerstand. Die Notwehr-Situation sei da, man müsse jetzt endlich seine eigenen Warnungen vor der Raketengefahr ernstnehmen. Eine größere Gruppe aus Unabhängigen und Traditionellen sah die Zeit für zivilen Ungehorsam gekommen. Mit der Parole »vom Protest zum Widerstand« wurde in Köln die »Aufkündigung der Staatsloyalität« gefordert - wirksamere Blockaden, Boykott, massenhafte Regelverstöße. Die Mehrheit aus Traditionellen und Unabhängigen forderte außerdem die Vorbereitung zu einer Volksbefragung. Da eine von den Grünen im Bundestag eingebrachte Gesetzesinitiative für eine amtliche Volksbefragung mit Sicherheit scheitern wird, soll nun die Volksbefragung in eigener Regie durchgeführt werden. Die Unterschriftensammlung soll in Betrieben und Verwaltungen, in Schulen und an öffentlichen orten durchgeführt werden. Ein reputierliches Veranstalter-Gremium und die einfache ja/nein-Entscheidung lassen mehr Stimmen erwarten als der Krefelder Appell.

ie Traditionellen sehen den Schwerpunkt ihrer künftigen Arbeit in den Betrieben, die zu einem »Hauptfeld der Auseinandersetzung« (KoFAZ) werden sollen, »durch eine enge Verbindung des Friedenskampfes mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau«. Die Unabhängigen bestreiten zwar nicht den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Rüstungsausgaben, aber sie mißtrauen dem Sozialpartnerschaftsdenken der Gewerkschafter und fürchten, daß sich die Friedensbewegung zu einem Anhängsel des DGB beim Kampf um die 35-Stunden-Woche entwickelt - mit dem Risiko, auch dabei zu scheitern.

Der DGB ist für die Unabhängigen keine gute Adresse weil er 1958 die »Kampf-dem-Atomtod«-Bewegung abwürgen half. Entscheidender aber ist, daß in den Gewerkschaften wie in der SPD die NATO weiterhin tabu bleibt. Die Forderung nach Austritt stellen hier wie da nur Minderheiten. Dietrich Schulze-Marmeling von der Frankfurter Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung und einer der Sprecher der Unabhängigen beklagte denn auch, daß sich DGB und SPD »in atemberaubendem Tempo der Friedensbewegung nähern, aus der Logik der aggressiven NATO-Politik oder auch nur des Nachrüstungsbeschlusses aussteigen zu müssen«.

Das Problem, ob mit DGB, SPD und vielleicht sogar Teilen der CDU ausschließlich gegen die Stationierung gekämpft werden soll, oder ob die gesamte bisherige Militärpolitik das Kampfziel wird, hatte die Friedensbewegung vor der Stationierung nicht lösen müssen. Wenn die Raketen da sind und die Sowjetunion nachrüstet, liegt hier die Gefahr der Spaltung.

Bislang entschied der Koordinierungsausschuß in Bonn über alle Friedens-Aktivitäten mit Mehrheit - wenn es ging, im Konsens. Dort sitzen 26 verschiedene Organisationen, von der »Aktion Sühnezeichen« bis zur »Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen«, jede Organisation mit einer Stimme. Die Traditionellen haben eine bequeme Mehrheit. So kam die Entscheidung zustande, Willi Brandt in Bonn sprechen zu lassen. Die Beschimpfungen, die der Ausschuß in Köln dafür erhielt, zeigten, daß solche Kraftwerke nicht wiederholbar sind.

Was den Konsens noch aufrecht erhält, ist die Wut über den »Zynismus der Macht« (Friedens-Pfarrer Volker Deile) in Washington, Brüssel und Bonn. Daß eine Minderheit gegen die Interessen der Mehrheit entscheidet, ist in den bürgerlichen Demokratien der Normalfall. Aber zu diesem Normalfall gehört, daß der Mehrheit verborgen bleibt, wie sie gegen den Strich gebürstet wird. Neu ist: die Entscheidung zur Stationierung fiel gegen eine aufgeklärte Mehrheit. Und es ging nicht um die Höhe der Telefongebühren, sondern um eine Frage von Leben und Tod. Die darf noch nicht entschieden sein.

Konkret 12/83, S. 52

Jo Leinen

Wie geht's weiter?

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Mein Eindruck ist, daß die Bundesregierung die politische Schlacht um die Nachrüstung verloren hat, auch wenn sie rein machtmäßig in der Lage ist, mit der Stationierung der ersten Rate zu beginnen. Für mich ist das wichtigste, daß es uns gelungen ist, von dem Punkt Null, von dem Tabu, über Rüstung und Kriegsgefahr zu diskutieren, bis zu einem sehr fortgeschrittenen Stadium in der Friedensbewegung zu kommen. Daß wir bis tief ins konservative Lager, bis ins Militär hinein einen Umdenkungsprozeß eingeleitet haben. Ich denke, daß die politische Schubkraft, die die Friedensbewegung in den letzten drei Jahren entwickelt hat, sich auszahlen wird.

Es mag sein, daß die Gegenseite stur und starrköpfig bleibt, was den Beginn der Stationierung angeht. Ich bin der festen Überzeugung: sie werden das Stationierungsprogramm nicht durchhalten.

Wenn wir keinen eklatanten Fehler machen, kann keine Regierung, schon gar nicht die hiesige Bundesregierung, die eh schon schwach ist, den Druck, den die Friedensbewegung erzeugt hat, durchhalten. Meine Hoffnung ist, daß nächstes Jahr mit den Flächenstreiks und der Eröffnung einer neuen Front, nämlich der Sozialfront, aus der Friedens- und der Sozialfront eine Zangenbewegung entsteht, durch die diese Regierung gelähmt wird.

Das Demonstrieren wie das Appellieren hat sich ausgereizt. Wir haben Masse gezeigt. Ich glaube, daß jetzt Boykott- und Verweigerungsaktionen kommen werden. Das müssen nicht immer nur illegale Sachen sein. Ich kann mir Aktionen vorstellen, die das Regieren schwer machen.

Ich rechne damit, daß die Aktionen verschärft werden, gerade vor Ort. Diese Verschärfung muß intelligent betrieben werden und darf dem Gegner nicht das billige Argument des Chaos oder Terrorismus überlassen. Es muß eine nachhaltige Verschärfung sein, die man vermitteln kann und bei der viele Leute - etwa bei Boykotten - mitmachen können.

Wir müssen den Minimalkonsens erweitern: Mein Vorschlag wäre: Abschaffung aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik. Natürlich müssen wir uns auch gegen Aufrüstung überhaupt wenden, also auch gegen die konventionelle Aufrüstung.

Jo Leinen, 35, Rechtsanwalt, BBU, Koordinierungsausschuß

Konkret 12/83, S. 53

Achim Maske

Wie geht's weiter?

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wenn wir es nicht geschafft haben, die Stationierung der Pershing Il und Cruise Missiles zu verhindern, haben wir das Etappenziel, um das wir die letzten Jahre gekämpft haben, verfehlt. Auf der anderen Seite wird diese Entscheidung gegen die Mehrheit der Bevölkerung gefällt. Das wichtigste für die Friedensbewegung wird es sein, daß wir deutlich machen, daß niemand zu resignieren braucht, daß die dort oben nicht machen können, was sie wollen, sondern, daß wir die Chance haben, durch die Erweiterung und Mobilisierung dieser Mehrheit den Stationierungsprozeß, der sich über mehrere Jahre hinziehen soll, aufzuhalten und auch wieder rückgängig zu machen. Damit würde man gleichzeitig einen Beitrag dafür leisten, daß die Bedrohung des Friedens verringert wird und auch die militärischen Gegenmaßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten zurückgenommen werden. Ganz zentral steht hier die Forderung noch einer Volksbefragung. Wenn der Bundestag dies, wie zu erwarten, mit Mehrheit ablehnt, muß die Friedensbewegung diese Befragung selber durchführen. Dies wird eine sehr vielfältige Kampagne sein. In Schulen, Universitäten, Betrieben und Verwaltungen müssen wir Abstimmungen über die Raketen durchführen. Die Bekräftigung des Mehrheitswillens gegen die Stationierung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß wir alle weiter den Mut, die Phantasie und den langen Atem haben, den man offensichtlich braucht.

Es ist nicht radikal, wenn sich zehn- oder auch 50.000 Leute in diesem Land irgendwo hinsetzen, es ist sehr viel radikaler, wenn Hunderttausende und Millionen, sogar zehn oder fünfzehn Millionen etwas anderes tun, als was gewöhnlich geschieht, nämlich nur alle vier Jahre zur Wahlurne zu gehen. Wenn alle diese Leute politisch handeln in all den Formen, die ihnen sinnvoll und möglich erscheinen, wenn es also wirklich zu einer breiten, demokratischen Selbsttätigkeit dieses Volkes kommt, dann ist das sicherlich eine der radikalen Antworten auf die Parlamentsmehrheit.

Seitdem NATO-Doppelbeschluß hat sich der Widerstand vervielfacht. Ich gehe davon aus, daß er sich nach dem 21. oder 22. November des Jahres '83 noch einmal vervielfachen wird.

Achim Maske, 38, Publizist, KoFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)

Konkret 12/83, S. 54

Eva Quistorp

Wie geht’s weiter?

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Wir leben weder in Chile oder der Türkei noch in Polen. Doch die Friedensbewegung müßte von den Frauen in Chile jetzt lernen, gegen die Diktatur der Aufrüstung ausdauernd und zäh Krach zu schlagen. Wie beim Volkswiderstand gegen das Kriegsrecht in Polen müßten auch wir entdecken, wie mit gewitztem alltäglichen zivilen Ungehorsam verhindert oder abgebremst wird, daß Europa zum Aufmarschgebiet und zur Abschußrampe der ABC-Waffen-Supermächte wird. Der politische Erfolg der Friedensbewegung kann nur in breiten politischen Bündnissen auf europäischer und internationaler Ebene erreicht werden, nicht durch abstrakte Kraftakte, Aktionismus und verbalradikale Anlaufe, die in alte linke Dogmen zurückfallen, ohne zu merken, daß die Geschichte auf 1984 zu ganz schön kompliziert geworden ist.

Andererseits liegt der Sinn der Friedensbewegung nicht nur im Widerstand gegen Pershing und Cruise Missiles oder NATO-Kriegspläne wie Air-Land-Battle 2000. Es geht hinter den Kulissen der Bündnispolitik, der Widerstandskonzepte und auch quer durch die Basis um die Lust an einem Leben ohne technokratische Kontrolle, Lust an der Selbstbestimmung von Frauen, Alltag und Politik, darum, daß wir uns schon mitten im Orwell-Jahr befinden und nach Ausbrüchen und Auswegen daraus suchen. Dazu brauchten die Frauen-, die Öko- und die unabhängige Friedensbewegung verstärkt eine utopisch denkende, doch pragmatisch handelnde Realpolitik.

Eva Quistorp, Anstiftung Frauen für den Frieden, Mitglied der Geschäftsführung des Bonner Koordinationsausschusses.

Konkret 12/83, S. 54

Alexander Schubart

Wie geht’s weiter?

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Bisher war die Friedensbewegung sehr stark, wenn nicht ausschließlich auf die Raketenstationierung fixiert. Das Ziel muß weiter bleiben, die Stationierung zu verhindern. Aber die ausschließliche Fixierung ist nicht mehr ausreichend. Die Ziele müssen weiter gesteckt werden in Richtung auf eine prinzipiell-radikal-antimilitaristische Bewegung. Das heißt eine Einbeziehung aller Bereiche des Wettrüstens, nicht nur des atomaren, sondern auch des konventionellen Bereiches. Es gilt, die aggressive Komponente der NATO deutlich zu machen, von Rogers-Plan bis Air-Land-Battle. Man kann nachlesen, daß hier der gewinnbare Atomkrieg geplant wird, das ist erschütternd. Schließlich gilt es auch, die Drehscheibenfunktion gerade der Bundesrepublik für die weltweiten globalen militärischen Interessen der USA deutlich zu machen.

Persönlich möchte ich dazu anmerken, daß all das für mich letztlich nur einzelne Punkte der Einscheinungsebene eines allgemeinen Syndroms, des Militär-Syndroms, sind. Dagegen gibt es nur eine radikale Ablehnung jedweder Form von ziviler und sozialer Verteidigung. Wir lassen uns nicht auf Alternativkonzepte ein, die keine atomare, dafür aber eine sehr starke konventionelle Bewaffnung wollen, oder auf Konzepte mit vermeintlich defensiver Bewaffnung. Es gibt die Illusion, man könne - ohne einen Panzer zu besitzen - es unmöglich machen, daß jemand mit Militärgewalt hier einmarschiert. Für mich ist es wichtiger, Bedrohungsängste zu überwinden. Das heißt auch eine einseitige, vollständige Abrüstung.

Dazu sind die herkömmlichen Protestformen nicht mehr ausreichend. Es ist auch nicht mehr ausreichend, nur auf die quantitative Verbreiterung der Protestbewegung zu schielen. Entscheidend ist, daß es mit dem quantitativen Wachsen auch einen Zuwachs an Qualität gibt. Das macht sich an der Glaubwürdigkeit von Widerstand fest, von zivilem Ungehorsam, von direktem gewaltfreien Widerstand.

Alexander Schubart, suspendierter Magistratsdirektor, BI gegen Flughafenerweiterung

Konkret 12/83, S. 55

Manfred Kühle

Wie geht's weiter?

Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen neue Raketen, Millionen dokumentierten es bei Demonstrationen und Blockaden. Trotzdem werden die Pershings schon aufgestellt. Zerbricht die Friedensbewegung am Zynismus der Macht?

Es ist ein Verfall der politischen Kultur, wenn es nicht möglich ist, Selbstkritik zu üben und das Scheitern der Kampagne gegen die Stationierung einzugestehen. Das heißt nicht, daß die politischen Ansätze, die da entwickelt wurden, nicht auch zur Weiterarbeit geeignet waren. Aber ein Eingeständnis und die Analyse, warum wir die Verhinderung der Stationierung nicht erreicht haben, ist Voraussetzung für eine Weiterarbeit. Es deutet sich an, daß große Teile der Friedensbewegung jetzt die Kampagne der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche unterstützen werden. Der Gedanke, daß auch diese Kampagne vielleicht scheitern könnte, ist nicht so weit weg. Das würde eine soziale Katastrophe bedeuten. Wenn als Ergebnis herauskommen sollte, daß man sich auf 38 Stunden einigt und dazu noch Lohnverzicht übt, ist die Frage zu stellen, ob die gleichen Leute, die jetzt die Kampagne der Friedensbewegung als grandiosen Erfolg feiern, dies auch noch als grandiosen Erfolg feiern werden.

Es ist der Friedensbewegung nicht gelungen, breiten Bevölkerungskreisen klar zu machen, daß die Atomraketen Teil einer intensivsten Kriegsvorbereitung sind, die von Kreisen in den USA und Europa bewußt geplant werden. Guckt man sich die Aktionswoche an, so stellt man fest: Es ist der Bundesregierung propagandistisch gelungen, einen nationalen Konsens herzustellen zwischen Regierung und Friedensbewegung. Der alte Ansatz, an die Regierung letztlich zu appellieren, doch bitte ihre Entscheidung rückgängig zu machen, ist durchgehalten worden. Die Frage des Widerstands ist nicht breit thematisiert worden, sie blieb nur einem Teil der Gruppen überlassen. Das Manko muß aufgearbeitet werden, den Leuten muß klar werden, daß es sich hier um Kriegsvorbereitung handelt.

Die unabhängigen Gruppen haben die Hoffnung, im nächsten Jahr gemeinsam eine Breitenentwicklung und eine Widerstandsentwicklung hinzukriegen. Noch dieser Konferenz deutet sich ein Ende der Gemeinsamkeiten an, eine Ausdifferenzierung in verschiedenen Interessengruppen. Ich glaube, daß sehr viele unabhängige Gruppen eine Volksbefragung oder einen Volksentscheid unterstützen würden, nur ist es klar, daß es einer Friedensbewegung, die sich in zentralen Fragen der Bewertung - von Prozessen, die sei ausgelöst hat - nicht einig ist, sehr viel schwerer fallen wird, diese Raketen wieder wegzubekommen, als es ihr vielleicht möglich gewesen wäre zu verhindern, daß sie aufgestellt werden. Die Friedensbewegung muß sich zu einer antimilitaristischen Bewegung entwickeln, die sich nicht nur gegen ein Waffensystem wendet, sondern nein zu jeglicher Kriegsvorbereitung sagst, auch zu Kriegen in der Dritten Welt.

Manfred Kühle, 29, Diakon, Unabhängige, Mitglied im Bonner Koordinationsausschuß

Konkret 12/83, S. 57

Hermann L. Gremliza

Konkret-Extra
Popanz Grundgesetz - Die Unterdrückung von politischem Widerstand 1949 - 1983

Bei Sonnenschein, sagte einst ein christlicher Bundesminister, sei es im Stadion von Santiago gut auszuhalten. Das hat die Fußballarena, in der Pinochet seine Gegner zusammentrieb, mit der Verfassung der Bundesrepublik gemeinsam. Bei günstiger Konjunktur wird liberaler Rechtsstaat gespielt. Meldet jedoch die Bundesanstalt für Arbeit(slosigkeit) Siebenstelliges, macht die »wehrhafte Demokratie« mobil - und aus ist's mit Parteien-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit und ähnlichen Scherzen. Die Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik zeigt, was die Friedensbewegung noch erwartet

Seit den Tagen der Gestapo hatten wir das Haus nicht mehr so voll

(Der stellvertretende Polizeipräsident von Wuppertal nach den Verhaftungen infolge der »Krefelder Krawalle«)

Ich empfehle jedem, der friedlich demonstrieren will, daß er vorher zur Polizei geht und sich dort von erfahrenen Leuten schulen läßt

(Der Polizei-Psychologe Salewski im ZDF)

Entweder es geht vorher zur Polizei zwecks Schulung in erlaubter Ausübung des Demonstrationsrechts, oder es geht hinterher zur Polizei zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung und vorübergehender Festnahme. Das ist Demokratie - man hat immerhin die freie Wahl.

»Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln«, heißt es im Grundgesetz für die 'Bundesrepublik Deutschland, Artikel 8: »Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.« Doch keineswegs nach Belieben: »In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden« (Artikel 19). Das ist die rechtliche Grundlage. Sie ist nicht vom Himmel gefallen, entstammt nicht göttlichem Gnadenakt. Das Grundgesetz ist, wie jede Staatsverfassung, ein Kompromiß, auf den sich die gesellschaftlich stärksten Kräfte geeinigt haben. Präziser sagte es Rosa Luxemburg. Sie sprach von einem Waffenstillstandsvertrag im Kampf der Klassen. Das fast religiöse Tamtam, das den Auftritten der Karlsruher Verfassungsrichter anhaftet, soll den profanen Ursprung vergessen lassen. Und wenn einer, der weiß, wie diese Richter zu ihrem Amt kommen und ihre Entscheidungen finden, sie einmal »die acht Arschlöcher von Karlsruhe« nennt (so der Jura-Professor und ehemalige Minister Ehmke, SPD), wird er zu Recht nicht wegen Beleidigung belangt, sondern als Ketzer verschrien.

Die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als die eines »demokratischen und sozialen Rechtsstaats« beschrieben. Während die Schmuckwörter »demokratisch« und »sozial« eher propagandistischen Wert haben und je nach der Interessenlage (Klassenzugehörigkeit) des Betrachters ganz unterschiedliche, oft gegensätzliche Vorstellungen provozieren, ist der Begriff »Rechtsstaat« historisch ziemlich klar bestimmbar. Rechtsstaat ist ein Staat, der sich an den einmal geschlossenen Verfassungskompromiß hält, seine in dem dort vorgegebenen Rahmen beschlossenen Gesetze achtet und dies juristischer Prüfung zugänglich macht. Das Prinzip des Rechtsstaats ist Legalität - im Gegensatz zu Willkür. Das bedeutet nicht, daß Gesetzgebung und Rechtsprechung im Rechtsstaat klassenneutral wären - wie der Krieg mit dem Waffenstillstand nicht endet, so geht der Kampf der Klassen auch nach dem Abschluß eines Verfassungsvertrags weiter. Aber das Prinzip der Legalität, das die Rechte der herrschenden Minderheit vor gesetzwidrigen Angriffen der beherrschten Mehrheit schützt, verlangt, daß die Allgemeinheit der Gesetze auch geachtet wird, wenn deren Text den gesellschaftlich Beherrschten Chancen bietet.

Wie lange die Bourgeoisie sich solche Rechtsstaatlichkeit leistet, die auch ihre Gegner nicht völlig entmachtet, hängt von der sozialen und ökonomischen Entwicklung ab, welche die Gesellschaft nimmt. Wirtschaftliche Krisen, deren Lasten im kapitalistischen Staat auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden und deren Kampfbereitschaft zu stimulieren drohen, veranlassen die herrschende Bourgeoisie zu Präventivschlägen, die den Rechtsstaat, ohne ihn zu beseitigen, so verändern, daß sich die Kampfbedingungen für die Beherrschten verschlechtern. Der Trick, mit dem dies geschieht, ist die Verdrängung des Prinzips der Legalität zugunsten der Legitimität: Nicht mehr der Text der Gesetze zählt, sondern ihre Absicht, ihr Sinn, ihr Wert, ihre Moral - ein Höheres, das ihre Auslegung bestimmt. Daß dieses Höhere die Ideale der Herrschenden sind, welche über die Verwaltungen und die Medien die Definitionsmacht ausüben, hat Marx zu dem Satz veranlaßt, die Bürokratie mache »den formellen Staatsgeist oder die wirkliche Geistlosigkeit des Staates zum kategorischen Imperativ«. Der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Krisen und den bürgerlichen Angriffen auf das

Legalitätsprinzip ist an der Geschichte der Bundesrepublik leicht nachzuweisen.

Die »streitbare Demokratie«

Schon kurz nach Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahre 1949, an dessen Beratung auch Mitglieder der Kommunistischen Partei teilgenommen hatten, verständigte sich der herrschende Bürgerblock unter der Kanzlerschaft Adenauers darauf, der Verfassung über ihren geschriebenen Text hinaus eine höhere moralische Absicht zu unterstellen. Das Grundgesetz, so hieß es, verlange eine »streitbare Demokratie«, die mit ihren »Feinden« kurzen Prozeß mache. Das dem französischen Revolutionär Saint Just zugeschriebene Wort »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit« wurde zur Über-Verfassung erklärt. Denn noch war keineswegs entschieden, ob Marshallplan und Rekonstruktion des Kapitalismus zu wirtschaftlichem Aufschwung und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit (1950 noch 1,7 Millionen) führen würden. Und so war die KPD mit ihren 300.000 Mitgliedern eine Gefahr.

Am 19. September 1950 faßte die Bundesregierung einen Beschluß über die »Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung«, in dem es hieß: »Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, ...macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig. Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere: 1. Die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen ... « In der Diskussion um dieses erste Berufsverbot taucht zum ersten Mal der Begriff »verfassungsfeindlich« auf. Was ist das? Im Grundgesetz, Artikel 21, steht: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei ... Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.« Und sonst niemand. Da Regierung und Verwaltung so kurz nach Verabschiedung des Grundgesetzes noch keinen Verbotsantrag beim Verfassungsgericht stellen und damit das Demokratische an der neu gegründeten Republik in Verruf bringen wollten, umgingen sie die grundgesetzliche Legalität - wie zwanzig Jahre später noch einmal - durch den rechtlich nicht faßbaren Wertbegriff »verfassungsfeindlich«, der das verfassungswidrige Berufsverbot politisch moralisch im Sinne der »streitbaren Demokratie« legitimieren sollte.

Am 27 ' Februar 1951 beschloß die Bundesregierung: »Wirtschaftliche Unternehmungen, die verfassungsfeindliche Bestrebungen unterstützen, verdienen nicht, durch Aufträge der öffentlichen Hand gefördert zu werden ... Firmen, die nach Erlaß dieser Warnung verfassungsfeindlichen Organisationen wirtschaftliche Vorteile durch Leistung von Beiträgen, Aufgabe von Werbeanzeigen oder in sonstiger Weise zuwenden, können in Zukunft bei Aufträgen der Bundesbehörden ... nicht mehr berücksichtigt werden. Als verfassungsfeindlich sind die Organisationen anzusehen, die von der Bundesregierung öffentlich als solche bezeichnet werden.« Mit dieser Formulierung wurde auch die Fiktion, die Qualifizierung »verfassungsfeindlich« habe irgendetwas mit Rechtsnormen zu tun, aufgegeben. Was jedoch Justiz und Verwaltung nicht daran hinderte, den Begriff als Legitimationsgrundlage für Polizeieinsätze und Verurteilungen heranzuziehen. Nach dem Grundgesetz gab es eine legale kommunistische Partei, aber für die Kommunistische Partei gab es das Grundgesetz nicht mehr.

Das Versammlungsrecht wurde Kommunisten durch Polizei und Gerichte aberkannt. Am 1. Oktober 1950 hatte die FDJ, Jugendorganisation der KPD, im ganzen Bundesgebiet zu Kundgebungen aufgerufen. Die Konferenz der westdeutschen Innenminister beschloß, diese Veranstaltungen zu verbieten. Die Demonstrationen fanden dennoch mit großer Beteiligung statt, und es kam zu einer Serie von Strafverfahren. Während einige untere Gerichte, noch am Legalitätsprinzip der Verfassung orientiert, die Rechtmäßigkeit der Demonstrationsverbote verneinten, entschied der Bundesgerichtshof, die Verordnungen seien rechtmäßig gewesen, weil die Kundgebungen angesichts der verfassungsfeindlichen Zielsetzung der FDJ auf eine Störung »des staatsbürgerlichen Friedens in der Bevölkerung überhaupt gerichtet« gewesen seien. Der damalige Bundesinnenminister Lehr, der jetzt einen Nachfolger hat, rechtfertigte das Vorgehen der Polizei gegen die kommunistischen Demonstranten vor dem Bundestag so: »Wegen des Widerstands gegen die Staatsgewalt ist dann entsprechend eingeschritten worden, und die Unruhestifter haben die gebührenden Prügel bekommen.« Unruhestifter, Störer - Begriffe, die in keiner Strafvorschrift (geschweige denn in der Verfassung) vorkommen - legitimieren die illegale Unterdrückung verfassungsmäßiger Rechte. Polizeiordnung geht vor Grundgesetz. Am 11. Mai 1951 erschießt die Polizei den 21jährigen FDJler Philip Müller bei einer Demonstration in Essen.

»Verfassungsfeinde« (und das waren, wie gesagt, Leute, »die von der Bundesregierung öffentlich als solche bezeichnet« wurden), durften sich weder unter freiem Himmel noch im Saal versammeln, sie durften keine Plakate und Flugschriften verteilen, sie wurden - wie auf dem Kirchentag 1950 in Essen - verhaftet, wenn sie für ihre Ziele werben wollten, ihnen wurden - wenn sie in die DDR reisen wollten - die Pässe verweigert, oder sie wurden - aus der DDR kommend wie die 10.000 Teilnehmer des Pfingsttreffens 1951 - an der Zonengrenze von westdeutschen Polizisten anderthalb Tage lang aufgehalten, bis sie sich registrieren und »gesundheitsamtlich« untersuchen ließen. Artikel 1 (»Die Würde des Menschen ist

unantastbar«), Artikel 2 (»Die Freiheit der Person ist unverletzlich«), Artikel 3 (»Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«), Artikel 5 (»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten«), Artikel 8 (Versammlungsfreiheit), Artikel 9 (Vereinsfreiheit), Artikel 12 (Berufsfreiheit) - den »Verfassungsfeinden« blieb kein Verfassungsrecht mehr. Wie verkommen das Prinzip Legalität, der Rechtsstaat, knapp zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik schon war, belegt die Begründung des hessischen Innenministers für sein Verbot aller Werbung für die Weitjugendfestspiele: Diese Veranstaltung verfolge das Ziel, »die Jugend der Bundesrepublik auf einen Irr-

weg zuführen und sie der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik zu *entfremden«.*

1951 verabschiedete der Bundestag ein neues politisches Strafrecht, über das die »Welt« damals schrieb: »Mit den Bestimmungen über den Kalten Krieg erhebt sich das Gesetz auf die Höhe der Zeit.« Und der »liberale« Bundesjustizminister Thomas Dehler berief sich in der ersten Lesung des Gesetzes ausdrücklich auf den äußeren Feind: »Wir brauchen ja nicht in die koreanische Ferne zu schweifen, denn das Böse liegt so nah. Für uns genügt das, was in der Ostzone vorgeht. Von dort aus wird mit allen Mitteln der Propaganda, der Wühlarbeit, der Zersetzung der Bundesrepublik gearbeitet, um sie zu Fall zu bringen. Ich glaube, wir können dem nicht tatenlos zusehen. Der Kampfruf ist ja nicht: Hannibal ante portas!, sondern das Trojanische Pferd ist in unserer Mitte und wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen.« In den folgenden Jahren wurden von Justiz und Polizei alle kommunistischen oder den Kommunisten nicht feindlichen Organisationen und Publikationen zerschlagen und verboten, ihre Mitglieder und Mitarbeiter wurden verhaftet und abgeurteilt. Bestraft wurde nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs auch, wer sich in kommunistische Bestrebungen »einordnete«, indem er Bündnisse einging, an denen Kommunisten beteiligt waren.

Am 17. August 1956 verbot das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Bundesregierung die KPD. Kern der Begründung: »Die KPD bestreitet und gefährdet die Legitimität dieser Grundordnung gerade auch dann, wenn sie zugleich betont, man könne und solle diese Grundordnung als Mittel, als Übergangsstadium, als Brücke zum Fernziel ausnutzen und deshalb für die Zeit ihrer formalen Geltung aufrechterhalten. Denn darin kommt zum Ausdruck, daß die KPD während der Geltungsdauer des Grundgesetzes die in ihm verkörperte freiheitliche demokratische Grundordnung nicht um ihrer selber willen erhalten will.« Eine Partei, die die herrschende Verfassungsordnung nur achtet, aber nicht liebt, und sie nicht für das Ende der Menschheitsgeschichte hält, ist verfassungswidrig. Die »streitbare Demokratie« hat das Legalitätsprinzip des Rechtsstaats ausgehebelt.

»Gemeinsamkeit der Demokraten«

ach dem Urteil wurde das Vermögen der KPD eingezogen; Mitglieder, die nicht abschwören wollten, wurden - oft schubweise vom Arbeitsplatz weg, wie Betriebsräte im Ruhrgebiet - verhaftet, verurteilt und eingesperrt. Die Beiseitigung der Kommunisten aus dem öffentlichen Leben und der wirtschaftliche Aufschwung ließen danach die sechziger Jahre in der Bundesrepublik zu einem Jahrzehnt wachsender Liberalität werden. Die gesellschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie war so gefestigt, daß die Restaurierung des der Kommunistenverfolgung geopferten Rechtsstaats erträglich schien. Nach Übernahme der Bundesregierung durch die sozialliberale Koalition wurde das politische Strafrecht reformiert. Es gab sogar Ansätze zur Kontrolle und Beschneidung der geheimen Dienste, die sich unter der CDU/CSU-Herrschaft zu einem Staat im Staate entwickelt hatten.

Schon 1968, zur Zeit der Großen Koalition, durfte wieder eine kommunistische Partei, die DKP, gegründet werden. Die Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Akt (d.h. ihre Erklärung, ob und unter welchen Bedingungen sie weder einen neuen Verbotsantrag in Karlsruhe stellen noch die zum sofortigen Verbot führende Feststellung treffen werde, die DKP sei eine »Nachfolgeorganisation« der KPD) war freilich mehr an außen- und vor allem wirtschaftspolitischen Interessen (Osthandel) orientiert als an rechtsstaatlichen. Denn kaum begann die DKP, vorwiegend unter Studenten, Fuß zu fassen, da wurde das Berufsverbot der frühen fünfziger Jahre wiederbelebt. Denn die Bundesrepublik steuerte in die erste ernsthafte Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, ein Jahrzehnt lang ein bundesdeutsches Fremdwort, begann sich auszubreiten, der »soziale Verteilungskampf« nahm an Härte zu.

»Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinsamen Geschäfte der Bourgeoisklasse verwaltet«, schrieb Marx im Kommunistischen Manifest. Nachdem die langjährige linke Oppositionspartei SPD nun einen Teil dieser Staatsgewalt übernommen hatte, mußte sich der Widerstand gegen die Geschäfte der Bourgeoisklasse andere politische Ausdrucksformen suchen. Neben der DKP waren dies vor allem die radikalsten Teile der Studentenbewegung, die sich nicht zur angebotenen Integration »in den Staat« bewegen ließen. Gegen diese beiden machte die Staatsgewalt Front.

Es begann 1972 mit dem Ministerpräsidenten-Beschluß: »Der Bundeskanzler (Brandt) und die Ministerpräsidenten der Länder haben über Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen Grundsätze verabschiedet. Nach den Beamtengesetzen ... sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verpflichtet, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes positiv zu bekennen ... Verfassungsfeindliche Bestrebungen stellen eine

Verletzung dieser Verpflichtung dar ... Die Einstellung in den öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Bestehen hieran berechtigte Zweifel, so rechtfertigt dies in der Regel eine Ablehnung.«

Wieder, wie schon in den fünfziger Jahren, genügte es nicht mehr, das geschriebene Gesetz zu achten - verlangt wurde »positives Bekennen«, und zwar »jederzeit«, bis daß der Tod euch scheidet. Die Anklänge an Beteuerungen aus dem Liebesleben sind unüberhörbar, und das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 22. Mai 1975 noch einen Ton zugelegt: Der Beamte habe gegenüber dem Staat eine »Treuepflicht«, die mehr bedeute als nur eine formal korrekte Haltung gegenüber dem Staat; der Beamte müsse sich »in dem Staat, dem er dienen soll, zu Hause fühlen«. Die Rechtsprechung auf dem Weg vom Legalitätsprinzip zum Stimmungsbarometer.

Nach diesen politischen und »rechtlichen« Kriterien überprüften die Ämter für Verfassungsschutz allein zwischen Januar 1973 und Juni 1975 nicht weniger als 454.585 Bewerber und legten 5.687 »Erkenntnisse« vor. Was »verfassungsfeindlich« ist, bestimmt der Verfassungsschutz, der bei seiner Gründung nur die Aufgabe hatte, »Informationen über Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung von Bund und Ländern« und »auf eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe von Bund und Ländern richten«. Erst 1972, unter sozialliberaler Regierung, wurden die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausgeweitet auf Gebiete, die er zuvor - illegal - bearbeitet hatte: Ausländerüberwachung, Spionageabwehr, Geheimschutz und Sicherheitsüberprüfung. Dazu darf sich der Verfassungsschutz »nachrichtendienstlicher Mittel« (Observation, Einsatz von V-Leuten, Abhören von Telefonleitungen) bedienen. Daß dabei Geräte verwendet werden, deren Benutzung des Strafgesetz ausdrücklich jedermann verbietet, gilt - da es doch ums Ganze, um die Grundordnung geht - zwar nicht gerade als legal, aber als legitim. Sogar der Einsatz von Agents provocateurs, die eine oppositionelle Gruppe erst zu strafbaren Handlungen anleiten, findet weder bei Politikern noch bei Richtern Anstoß. »Erschwerend kommt hinzu«, hat das Russell-Tribunal festgestellt, »daß eine beachtliche personelle Kontinuität der Geheimdienstapparate des Dritten Reichs mit dem Verfassungsschutz besteht«. Entsprechend ist der Sicherheitsbegriff dieses Dienstes: Es genügt, daß ein Manager aus der Atomindustrie eine in diesem Milieu unüblich legere Kleidung trägt, um einen Lauschangriff zu rechtfertigen (Fall Traube). Es genügt, daß ein Reisender die Zeitschrift KONKRET mit sich führt, um ihn am Grenzübergang zu registrieren.

Selbstverständlicher als jeder Theoretiker des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« setzen die Verfassungsschutzämter die Interessen der Bourgeoisklasse mit denen des Staates gleich und liefern ihre Erkenntnisse deshalb auch direkt bei privaten Arbeitgebern ab - mitunter selbst an die Geschäftsleitungen von Warenhäusern (im sozialdemokratisch regierten Hamburg). Und sie haben was zu melden: Rund zwei Millionen Bürger der Bundesrepublik sind in den Personalzentraldateien (PZD) der Verfassungsschutzämter erfaßt. Außerdem sind alle Behörden des Bundes und der Länder verpflichtet, dem Verfassungsschutz Amtshilfe zu leisten. Aber gibt es denn ein solches Heer von »Verfassungsfeinden«, ein solches Reservoir an Revolutionären in der doch eher friedhofsruhig scheinenden Bundesrepublik? Es muß sie geben: Denn gerade die, die so unschuldig tun, gegen kein Gesetz verstoßen und womöglich noch das Grundgesetz unterm Arm tragen, sind für einen rechten Verfassungsschützer die Allergefährlichsten.

Liegt bei den Schlapphüten das Fehlen rechtsstaatlicher Vorstellungen sozusagen in der Natur der Arbeit, so ist die Feilheit, mit der sich die Justiz den aktuellen politischen Bedürfnissen der Staatsgewalt hingab, auch dann bemerkenswert, wenn man sie weniger als unabhängige »Dritte Gewalt« denn als Klassenjustiz versteht. Denn daß Gerichte die Sorge um die nächste Krise des Kapitals oder der auswärtigen Beziehungen höher bewerten als das geschriebene Recht, machte ihre Tätigkeit eigentlich überflüssig und durch Verwaltungsakte ersetzbar. Da beschließt das Verwaltungsgericht Ansbach ein Berufsverbot gegen einen Mann, dem es ausdrücklich bestätigt, daß er kein Kommunist und kein Verfassungsfeind sei. Da ihm aber eine antikommunistische Gesinnung fehle, stelle er in Krisensituationen ein Risiko dar. Denn schließlich arbeite er in der Deutschen Friedens-Gesellschaft (DFG-VK) neben Kommunisten - und das sei eine »Kontaktschuld«.

Aber auch das Bundesverfassungsgericht hat formuliert, daß sich der Staat »in Krisenzeiten« jederzeit auf seine Bediensteten müsse »verlassen« können. Und in einem Beschluß des Berliner Verwaltungsgerichts heißt es: »Namentlich bei Berücksichtigung politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Krisen, deren Eintritt nie ausgeschlossen werden kann, erweist sich die Forderung nach Verfassungstreue der öffentlich Bediensteten als notwendig ... Denn gerade in derartigen Situationen muß Verlaß darauf sein ... «

Das Treusein, so sprach er, ich kann es versuchen, ich wars zwar noch nie. Ist's ein Knabe, so nenn' ihn Johannes. Ist's ein Mädchen, so nenn' es Marie ... Dem Hans Albers bzw. der von ihm so Angesungenen antwortet das Bundesverfassungsgericht: »Zweifel an der Verfassungstreue hat hier nur den Sinn, daß der für die Einstellung Verantwortliche im Augenblick seiner Entscheidung nicht überzeugt ist, daß der Bewerber die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten ... Es handelt sich um ein prognostisches Urteil über die Persönlichkeit des Bewerbers, nicht lediglich um die Feststellung einzelner Beurteilungskriterien (Äußerungen, Teilnahme an Demonstrationen, politische Aktivitäten, Zugehörigkeit zu irgendwelchen Gruppen, Vereinigungen oder politischen

Parteien).« Familienberatung oder Rechtsfindung? Zwar unterscheiden die acht Ehepartner von Karlsruhe (ob in Erinnerung an häusliche Gebräuche oder ob in einem Anflug von Jurisprudenz, ist unbekannt) zwischen einem möglicherweise erlaubten »Haben« von Meinungen und einem möglicherweise verbotenen »Äußern« derselben. Dafür verpflichten sie aber den Bewerber zur aktiven Äußerung bestimmter Meinungen, zum öffentlichen Bekenntnis einer staatstragenden Gesinnung. Zur Erinnerung an die Verfassung, mit deren Namen sich dieses Gericht schmückt: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern ... Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.«

Was gilt, wo die Bourgeoisklasse über den Staat indirekt regiert, gilt umso mehr, wo sie direkt regiert, im Betrieb. So entschied das Bundesarbeitsgericht 1953 im Fall eines Arbeitnehmers, der der noch nicht verbotenen KDP angehörte und Flugblätter im Betrieb verteilt hatte: Das Grundrecht der Meinungsfreiheit finde seine Grenzen in den Grundregeln des Arbeitsverhältnisses, zu denen die Verpflichtung gehöre, sich so zu verhalten, daß der »Betriebsfrieden« nicht gestört werde. Es sei unerheblich, daß sich die Kollegen am Arbeitsplatz nicht gestört gefühlt hätten, denn es komme nicht nur auf die Einstellung der Arbeitnehmerschaft, sondern auch auf die des Arbeitgebers an, »der genauso zum Betrieb gehört wie der Arbeitnehmer« (Es ist dies das schönste »Genauso« der Weltliteratur). Der »Betriebsfrieden« ist also nicht etwa bestimmt durch die zur ungestörten Produktion erforderliche Ruhe und Ordnung, sondern durch das Wohlbefinden des Arbeitgebers, der nach diesem höchstrichterlichen Urteil frei darüber verfügt, welche Meinung seine Arbeiter und Angestellten äußern dürfen. Weit mehr als das, denn er erfährt ja vom Verfassungsschutz auch die nicht im Betrieb geäußerten Meinungen - Zitat aus einer Aktennotiz des Werkschutzes der Kölner Ford-Werke: »Streng vertraulich. Betr. ... geb. 12.5.1949 in Köln, Personalnummer: 1115, tätig im WVG 166 ... ist bei den Abwehrstellen bekannt. Er ist jetzt Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands. Als Student an Aktionen teilgenommen, Flugblätter verteilt, Informationsstände besetzt, KPD-Zeitungen verkauft ... war Sekretär der Ortsleitung ... Nicht vorbestraft. Bezüglich eines Verhaltens in der Universität folgt weiterer Bericht.« Ein besonders gelungenes Beispiel für die »streitbare Demokratie« und die »Gemeinsamkeit der Demokraten« bei der Abschaffung des Rechtsstaats.

Parallel zu den Berufsverboten, die der rechtsförmigen Ausschaltung der legalen Opposition galten, eröffnete die Staatsgewalt eine Front gegen »die terroristische Bedrohung«. Einige in den Untergrund gegangene oder dorthin getriebene Gruppen wurden in bewußt geschürter öffentlicher Hysterie zu der »Herausforderung des Staates« erklärt, die abzuwehren die »streitbare Demokratie« vieler neuer Waffen bedurfte, wortwörtlicher für die Polizei, den Grenzschutz, das BKA, die Generalbundesanwaltschaft und die Dienste, und rechtlicher für die justizielle Verfolgung.

Im Verlauf dieser Kampagne erhielten bis dahin als rechtswidrig angesehene Methoden polizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit ohne Änderung des geschriebenen Gesetzes die höheren Weihen staatssicherheitlicher Legitimität: Der gezielte Todesschuß, der mit Versprechungen gekaufte Zeuge, der anonyme Zeuge aus dem Geheimdienstbereich, die endlose Untersuchungshaft (bis zu sieben Jahren). Gegen die Terroristen, die alle zusammen weniger Gewalttaten begangen hatten, als alljährlich etwa im Frankfurter Bahnhofsviertel registriert werden können, war jedes Mittel recht und damit auch rechtens.

Wie wenig die Staatsgewalt selbst an ihre Reden von der »terroristischen Bedrohung« glaubte, wie zynisch sie den funktionalen Charakter dieser »Lebensfrage« begriff, zeigte die Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß: »Hier sammelt sich ein solcher Zorn in unserem Volke an. Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD/FDP und CDU/ CSU, wir halten also jetzt nun zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten - das ist alles blödes Zeug. Wir müssen sagen, die SPD und die FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern... Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.«

Rechtsstaat retten? Alles blödes Zeug. In Wahrheit ging es darum, den »Zorn in unserem Volk« so zu entfachen, daß sich gegen polizeistaatliche Auf- und rechtsstaatliche Abrüstung kein Widerstand mehr zu regen wagte. Insbesondere sollte der kleinen Zahl qualifizierter linker Anwälte, die den Gerichten in politischen Verfahren Schwierigkeiten bereiteten, die Verteidigung so erschwert werden, daß sie entweder resignierten oder sich aus Solidarität mit ihren Mandanten in die Illegalität begaben. Die berüchtigten »Anti-Terror-Gesetze« der Jahre 1974/ 75 verboten die gleichzeitige Verteidigung mehrer Angeklagter durch einen Anwalt, erleichterten den Ausschluß von Anwälten, ermöglichten die Überwachung des Anwaltsverkehrs. Strafverteidiger, die sich davon immer noch nicht kleinmachen ließen, wurden im Bundestag wie in den Medien als »sogenannte Anwälte« oder »Linksanwälte« denunziert, oder gar, in den Worten von Strauß: »Das sind reine Verbrecher, diese Anwälte«.

Genosse Wachtmeister

Mitte der siebziger Jahre hatte die Staatsgewalt so ziemlich alles beieinander, um gut gerüstet den erwarteten wirtschaftlichen und sozialen Krisen zu begegnen. Die legale Ordnung des Grundgesetzes war auf den Kampfbegriff der »streitbaren Demokratie«, die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« reduziert; die legalen Parteien waren in

legitime, zur »Gemeinsamkeit der Demokraten« zählende, und »verfassungsfeindliche« aufgeteilt, deren Anhängern die Ausübung von Grundrechten nach Belieben verwehrt werden konnte; die Gegner der staatlichen Verfolgungspolitik konnten als »Kontaktschuldige« und »Sympathisanten« verfolgt werden (denn wenn eine staatliche Ordnung schon Liebe zum System verlangen kann, warum dann nicht auch Haß auf die Gegner des Systems und alle, die der Staat dafür hält?); die legale, aber für illegitim erklärte Opposition war namentlich erfaßt; die geheimen Dienste und die Polizei personell und technisch auf den gewalttätigen Aufstand Zigtausender vorbereitet; die Kampfmittel der Arbeitnehmer waren durch Rechtsprechung auf den »legitimen« Streik begrenzt, politischer Streik als verfassungsfeindlich gebrandmarkt. Man war für den Fall, daß die ökonomische Entwicklung an den Legitimationsreserven des »sozialen Staates« zehren würde, gewappnet.

Die erwartete Krise setzte Ende der siebziger Jahre ein und verschärfte sich seitdem. Zugleich erhielt sie eine von vielen, insbesondere von den Vertretern der derzeitigen »legitimen« Opposition, der Sozialdemokratie, unerwartete Dimension. Die Vormacht der kapitalistischen Welt zeigte sich entschlossen, ein für allemal Remedur zu schaffen und den globalen Gegner, die Sowjetunion und den Kommunismus, »auf den Misthaufen der Geschichte« (Reagan) zu befördern: durch Drohung mit atomarem Krieg, Totrüsten oder tatsächlich durch die Führung eines auf Europa begrenzten Atomkriegs. Gegen diese Politik, der sich die Bundesregierung anschloß, formierte sich Widerstand in einer Zahlenstärke, wie die Bundesrepublik ihn seit den fünfziger Jahren nicht mehr erlebt hatte. Diese Friedensbewegung setzte es sich zum Ziel, die Stationierung der in der neuen US-Strategie so bedeutenden neuen atomaren Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in der BRD zu verhindern.

Wenn auch die bunte Breite des Bündnisses den meisten Beteiligten den Klassencharakter der Auseinandersetzung nicht erkennbar werden ließ - der in Bonn inzwischen wieder ungebremst regierende Ausschuß der Bourgeoisie begriff sofort: Dieser Widerstand muß gebrochen werden. Denn hätte er Erfolg, wäre die Bundesrepublik nicht wiederzuerkennen. Zum ersten Mal hätte eine außerparlamentarische Massenbewegung das etablierte System bürgerlicher Herrschaftssicherung durchbrochen.

In der Auseinandersetzung mit oppositionellen Bewegungen hat die Staatsgewalt im Prinzip zwei Möglichkeiten, die sie nie rein, sondern stets in unterschiedlicher Mischung nutzt: Integration oder Repression. Während die sozialdemokratische Variante die Integration bevorzugt (ohne auf Repression aller Art zu verzichten), greift die Reaktion sicherheitshalber erst mal zum Knüppel. Nicht zufällig übernahmen die CDU und die CSU zu einem Zeitpunkt die Staatsmacht, als die Wirtschaftskrise den Staat außer Stand gesetzt hatte, materiellen Lohn für reuige Widerständler in Aussicht zu stellen. Das brotlose Werben um Integration wurde als Sonderschicht für die Fa. »Gemeinsamkeit aller Demokraten« den Sozis zugewiesen.

Friedrich Zimmermann, interpret und politischer Vollstrecker der neuen Regierungspolitik, machte sich ein ebenso schlichtes wie zynisches Konzept: Die Friedensbewegung muß unter Druck gesetzt und gespalten werden. Das geschieht am wirkungsvollsten dadurch, daß ein möglichst großer Teil kriminalisiert wird. Die Zahl der Friedenskämpfer, die mit den bisher geschaffenen Gesetzen gepackt werden können, ist zu klein. Es müssen also neue Gesetze her. Angesichts der Orgien von Gewaltfreiheit und Friedfertigkeit, die die großen Veranstaltungen der Friedensbewegung ausgezeichnet hatten, mußte die gesetzliche Neuregelung es erlauben, daß Massen von Leuten, die nachweislich keinem anderen auch nur ein Haar gekrümmt haben, als Gewalttäter verfolgt werden können. Das geschieht durch eine Verschärfung des Strafgesetzbuch-Paragraphen 125 (»Landfriedensbruch«), wonach jeder, der sich nach polizeilicher Aufforderung nicht aus einer Demonstration entfernt, aus der »Gewalttätigkeiten« begangen werden, mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bedroht wird. Auszüge aus einem »Spiegel«Interview mit dem Bundesinnenminister:

Spiegel: Im übrigen wollen Sie Unbeteiligte nur straffrei laufen lassen, wenn sie erweislich andere von Gewalttätigkeiten abzuhalten versuchen...

Zimmermann: Ich lege Wert auf »ausschließlich« und auf «erweislich«, auf beide Begriffe. Ich möchte nämlich nicht, daß sich die betreffenden Berufsdemonstranten gegenseitig bestätigen, daß sie alle Abwiegler gewesen sind.

Spiegel: Wie kann ein normaler Bürger beweisen, daß er als Abwiegler tätig war?

Zimmermann: Wenn der örtliche Polizeieinsatzleiter sagt: Bitte, entfernen Sie sich, und er entfernt sich nicht, dann ist er schon kein normaler Bürger.

Spiegel: Eine kühne Definition.

Zimmermann: Er ist jedenfalls kein friedlicher Bürger.

Spiegel: Nach den Grundprinzipien des Strafverfahrens muß der Staat dem Täter nachweisen, daß er sich strafbar gemacht hat ...

Zimmermann: Richtig. Die Beweislast soll aber hier umgekehrt werden, denn wer nach Aufforderung der Polizei eine gewalttätige Demonstration nicht verläßt, hat sich bereits strafbar gemacht.

Spiegel: Das gibt es im ganzen Strafgesetzbuch nicht ...

Zimmermann: Man soll nie vor Neuerungen zurückschrecken, wenn sie notwendig sind.

Das Selbstbewußtsein, mit dem Zimmermann hier eines der ehrwürdigen Prinzipien des Rechtsstaats, die Beweislast des Anklägers, vom Tisch wischt, nötigt fast schon Bewunderung ab. Souverän auch die Definition des »normalen« oder »friedlichen Bürgers« als eines Menschen, der selbstverständlich und sofort auf ein verfassungsmäßiges Recht verzichtet, wenn die Polizei ihn dazu auffordert. Da die Regierung und ihre Justiz auch die friedlichen und gewaltlosen Formen von Widerstand und bürgerlichem Ungehorsam, wie sie von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung geübt wurden, als Nötigung und damit »Gewalttat« deklarieren, müssen zur Aufbewahrung der Straftäter demnächst wohl Fußballstadien genutzt werden. Es sei denn, die Friedensbewegung ließe sich von Zimmermanns Gewaltpolitik spalten und einschüchtern, um bei Erwägungen zu landen, wie sie des Kapitals Vademecum »FAZ« anstellt: »Daß aber Menschen bösen Willens versuchen werden, bei den Veranstaltungen dieses Herbstes so viel Schrecken, *Unordnung* und gegenseitige Feindseligkeit zu erzeugen wie möglich, darüber sind sich fast alle einig ... Aber ist *Unberechenbarkeit* ein Wert, ein einzusetzendes Gut, das Demonstranten als unerklärten Teil des Demonstrationsrechts für sich verbuchen können? Gewiß, es gibt keine gesetzliche Vorschrift, die sie verpflichtete, berechenbar zu sein. Die Forderung nach Wahrung der Unberechenbarkeit von Protestaktionen provoziert Mutmaßungen über eine diffuse Zone zwischen Demonstrationen und Gewalt: Liegt das, was unter dem Wort , gewaltfrei' vorbereitet wird, so weit weg von der Gewalt wie die Demonstration, über deren Ablauf man reden kann, von der Demonstration, über deren Charakter man sich aus naheliegenden Gründen ausschweigen will?«

Das ist die Stunde der Integrationspolitiker, der Sozialdemokraten inner- und außerhalb der SPD. im Gefolge der propagandistischen Ausschlachtung der »Krefelder Krawalle«, wo sich der sozialdemokratische Innenminister von Nordrhein-Westfalen der Festnahme von »sechs Personen aus dem terroristischen *Umfeld* und zahlreichen bekannten *Sympathisanten«* rühmte, meldete sich der Bundestagsabgeordnete Duve zu Wort: »Gespräche mit der Polizei und den Polizisten über Ziele und Aktionen der Friedensbewegung gehören ebenso in unsere Demokratie wie das strikte moralische Verbot für alle, Stimmungen anzuheizen und Feindgruppen zu bestimmen.« Unsere Demokratie! »Das ist mein Haus«, sagte der Untermieter. Oder: ein sozialdemokratischer Revolutionär beim Lösen der Bahnsteigkarte. Weniger komisch als widerwärtig und ganz auf der Linie der regierenden Zimmermänner ist die moralische Disqualifizierung aller, die ihren Widerstand gegen die Vorbereitung des Atomkriegs nicht als ein politisches Spiel nach Regeln verstehen können, die sich die Staatsgewalt ausgedacht hat, um dem Protest die Wirkung zu nehmen. Zu Recht fragt ein Diskussionspapier autonomer Gruppen: »Wie kann es angehen, daß die Aktionen vorher mit Bullen abgesprochen werden und die Friedensbewegung sich so mit dem Toleranzspielraum des Staates immer mehr identifiziert, sich somit in die Rolle des unterdrückten, wehrlosen, abhängigen, also handlungsfremdbestimmten Spielballes bullentaktischer und politischer Entscheidungen versetzt? Das was als friedlich und gewaltfrei definiert wird, ist doch nicht unsere Definition, sondern die des Staates.«

Doch das sind »Störer«, Erfüller eines kriminellen Tatbestandes, der zwar in keinem Paragraphen des Strafgesetzbuches vorkommt, aber zur am Ort vollzogenen Prügelstrafe durch Polizisten berechtigt. Denn Polizeigesetz geht, wie wir gesehen haben, vor Grundgesetz. Was in drei Jahrzehnten Bundesrepublik aus dem einfachen Grundrechtssatz der Verfassung: »Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln« geworden ist, hat Karl-Heinz Hansen beschrieben:

»Die Verfassungswirklichkeit sieht so aus: Im Prinzip hat jeder das Recht, sich friedlich zu versammeln, aber ob überhaupt und wann und wie zu welchem Anlaß und in welcher Kleidung und auf welchen Wegen und Plätzen, bestimmt die Polizeivorschrift. Ausländern steht die Versammlungsfreiheit ohnehin nicht zu (Bonn ist schließlich nicht Washington, wo Bonns grüne Abgeordnete am Zaun vorm Weißen Haus Transparente ausrollen durften). Im Versammlungsgesetz von 1953 sind Anmeldepflicht, Auflagen und polizeiliche Verbote im einzelnen und aufs Feinste geregelt. Und neben dem Paragraphen 125 des Strafgesetzbuchs gibt es ein reiches Instrumentarium anderer Strafparagraphen, an denen entlang sich die Benutzer des Artikels 8 des Grundgesetzes bewegen müssen: Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten (Paragraph 103), Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten (Paragraph 104), Nötigung von Verfassungsorganen (Paragraph 105, zuletzt angewandt gegen Alexander Schubarth), Nötigung des Bundespräsidenten und von Mitgliedern eines Verfassungsorgans (Paragraph 106), Bannkreisverletzung (Paragraph 106a), Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans (Paragraph 106b), Hausfriedensbruch (Paragraph 123) usw. ... Zwar ist in den meisten Strafbestimmungen 'Gewalttätigkeit' vorausgesetzt, aber ... schon nach dem 1970 reformierten Paragraphen 125, Absatz 1 reicht ein Sitzstreik auf einer Fahrbahn aus, um wegen Gewalttätigkeit bestraft zu werden. Was 'friedliche' Versammlungen sind, wird im Zweifelsfall durch die 'polizeiliche Gewaltklausel' entschieden, nach der schon 'vorbeugend' verboten werden kann. Für welche Schäden man zu haften hat, ist dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu entnehmen (Paragraph 830), ganz abgesehen von den in einigen CDU-Ländern eingeführten 'Demonstrationsgebühren' für Polizeieinsatz. Über allem

schwebt dazu noch der fast vergessene, nach der Stationierung bald wieder aktuelle 'Notstands'-Artikel 91 des Grundgesetzes. Danach können nicht nur die Polizeikräfte anderer Bundesländer, sondern auch der Bundesgrenzschutz an Brennpunkten eingesetzt werden, wenn 'Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes' droht.«

Wie gesagt: »In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden«, lautet Artikel 19 der Verfassung. Es sei denn, die »Essenz der Verfassung« stünde auf dem Spiel. Als 1973 Pinochet gegen die demokratisch gewählte chilenische Regierung Allende putschte, »rettete« er nach Ansicht der »Welt« die »Essenz der Verfassung«: Die gesellschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie. Das war nicht legal. Aber legitim. Denn man soll nie vor Neuerungen zurückschrecken.

Konkret 12/83, S. 68

Öko-Tips

Kräuterweib-und männlein

Ein schönes Buch über Kräuter hat der S. Fischer Verlag herausgegeben. Vor allem, weil es nicht um Kräuter in gehackter Form geht. »Das Öko-Kräuterbuch« von Manfred Boksch, Irmgard Bott und Herbert Zucci - alle drei studierte Kräuterfreaks - beschreibt ausführlich, wo die Pflanzen zu finden sind, wie sie aussehen und wann sie am besten gepflückt werden können. Landschaftszerstörung und schwindende Lebensräume der Pflanzen werden beschrieben, jedes Kraut ist farbig abgebildet, und Tips für die Verwendung in der Küche gibt's obendrein. Auch der BUND für Umwelt- und Naturschutz empfiehlt das 22 Mark teure Buch.

Fleischlos

im Fleisch aus der heute üblichen Massentierhaltung, insbesondere im Schweinefleisch, sind auch Antibiotika, Psychopharmaka und Schilddrüsenhemmen Das ist ein alter Hut. Aber die Suche nach Alternativen in der Küche scheitert oft an Ideen für eine abwechslungsreiche Zubereitung von Gemüse, das wir meist nur als Beilage kennen. Und ganz auf Körner umsteigen ... ?

Fleischlose Rezepte gibt es in Barbara Rüttings Kochbuch*, das jetzt schon in der sechsten Auflage im Münchner Goldmann-Verlag erschienen ist. Nun sagen Auflagehöhen selten etwas über die Qualität der Bücher aus, aber die Speisen der Schauspielerin und Alternativ-Landwirtin sind lecker und leicht nachzukochen.

---

*»Mein Kochbuch« von Barbara Rutung, Goldmann-Verlag, 8,80 Mark

Kompostwürmer frei Haus

Ein Öko-Gärtner ohne Regenwurm ist wie ein Landwirt ohne automatischen Kuhstall. Die kleinen Tierchen sorgen für eine bessere Wasser-Luft-Durchlässigkeit des Bodens, ihr nährstoffreicher Kot versorgt Pflanzenwurzeln, und sogar ihre abgestorbenen Körper sind noch nützlich: sie bereichern den Boden mit leicht abbaubarem Eiweiß.

Für die Kompostbereitung sind sie - das hat sich überall herumgesprochen - ganz unentbehrlich. Pro Tag verarbeitet ein Wurm ein halbes Kilo Biomasse zu fruchtbarem Humus. Obst- und Gemüsereste, Brot, Eierschalen, Kaffee- und Teesatz, Kraut- und Grasschnitt, Stohhäcksel, Papier und Pappe, Sägemehl und Mist - ein Regenwurm ist bei Einnahme der Mahlzeit nicht wählerisch. Die drei wichtigsten Arten sind der Garten- und Ackerwurm (wegen seiner durchgehend roten Färbung auch Rotwurm genannt), der besonders für Bio-Abfälle ohne erhebliche Mistanteile geeignet ist; der Mistwurm (rosarote bis rote Färbung mit gelben Ringen), der höhere Temperaturen und reichliche Mistgaben liebt; und der Tennessee whiggler (auch red worin genannt, rote Färbung), der eine Kreuzung aus Garten- und Mistwurm ist. Er ist für alle Bioabfälle geeignet, mag aber keine zu großen Mistanteile. Tennessee whiggler für den Kompost können Sie jetzt auch im Versandhaus »Quelle« bestellen. 100 Stück im Päckchen gibt es für 13,95 Mark, Bestellnummer 063192.

Ein Fläschchen in Ehren...

Nach edlen Tropfen brummt morgens oft der Kopf. Das liegt manchmal nicht nur an der Menge des gebecherten Weines: dem deutschen Wein dürfen - so das Weingesetz von 1971 - 33 verschiedene Chemikalien zugesetzt werden. Farbe, Klarheit, Geschmack und Haltbarkeit der Weine werden mit Ferrozyankalium, Tannin, Gelantine, Kieselsol, Metaweinsäure, Polyvinyl-polypirrolidon (PVPP), Kupfersulfat, Sorbinsäure, Allylsenföl, Amrnoniumdiphosphat, Thiamin, Kaseln, Kaliumkaseinat, Kaliumcarbonat, Zitronensäure, Gummiarabicum, D,L-Weinsäure und Silberchlorid beeinflußt.

Ungenießbare Nebenprodukte bei der Gärung werden mit schwefliger Säure (S02) ehemisch gebunden und neutralisiert. Gleichzeitig konserviert S02 den Wein und stoppt die natürliche Gärung, so daß die hier beliebten Geschmacksrichtungen »halbtrocken« und »lieblich« entstehen.

Bei der »Beerenausleese« dürfen zum Beispiel bis zu 400 Milligramm schwefliger Säure, die im übrigen die Hauptursache des folgenden Kopfschmerzes ist, pro Liter Wein zugesetzt werden. Dabei liegt die »duldbare tägliche Aufnahme«, festgelegt von der Weltgesundheitsorgainsation (WHO), bei einem Körpergewicht von 70 Kilogramm bei 49 Milligramm Schwefel. Also Achtung, wenn ein feines Fläschchen 81er »Niersteiner Domtal« kredenzt wird. Mit einem Achtelliter solch eines Schwefeltrunks ist die tägliche Höchstdosis S02 bereits erreicht. Bis heute haben es die Winzer und ihre Lobby aber verhindern können, daß diese gesundheitsschädlichen Schwefelmengen auf die Etiketten gedruckt werden müssen.

Doch was die Chemiewinzer freut, ärgert die Öko-Weinbauern: Obwohl sie seit Jahren Weine ohne chemische Düngung und Spritzmittel anbauen, und obwohl auch der Wein-Ausbau, die spätere Behandlung des Weines, mit minimaler oder gar keiner Schwefelung geschieht, ist es ihnen gesetzlich verboten, ihre Produkte mit dem Zusatz »biologisch an- und ausgebauter Wein« zu versehen.

Die bei uns von den Naturkostläden vertriebenen Öko-Weine kommen überwiegend aus Frankreich und Korsika. Die Rebstöcke werden dort mit Trester, Mist und Stroh gedüngt, im Winter werden zwischen die Rebzeilen Wicken und Senfkorn gesät, damit sich in der Erde der notwendige Stickstoff durch die Wurzelknollen der Pflanzen bildet. Die Anbau- und Verarbeitungsmethoden dieser Winzer werden von den Organisationen für natürliche Produkte »Demeter« und »Bioland« geprüft. Teurer als »normaler« Wein sind die natürlichen Tropfen auch nicht, der Preis pro Flasche liegt zwischen fünf und fünfzehn Mark, abzüglich der Kopfschmerztabletten.

Katz und Mensch

Der Verdacht, daß im Katzenstreu - vor allem in der aus Spanien importierten Ware - Asbest enthalten ist, hat jetzt das Münchner Fraunhofer-Institut in einer Untersuchung erhärtet. Garantiert frei von dem krebser-' regenden Stoff sind die Marken TOP, Catsan, Cattino und Angora-Spezial.

Guter Einstieg?

Das BIO-HAUS (»Gesellschaft für den Verkauf natürlicher Produkte«) in Düsseldorf versendet neben vielem anderen auch »Einsteiger-Sets« in Sachen Naturkost. Für 98 Mark kommt ein Geschenkpaket ins Haus mit Müsli, Naturreis, 5-Korn-Getreide, Früchtetee, Cashew-Kernen, getrockneten Apfelscheiben, Bio-Schlemmernudeln, Demeter-Kräutersalz, einem Glas Ganzkornsenf, einer Bio-Gemüsebrühe, Akazienhonig, Olivenöl, Erdbeermarmelade, Demeter-Apfelsaft und drei Büchern zum Problem Körner, Keime und Kochen und Vollwerternährung für Mutter und Kind. Dazu läßt sich noch die Getreide-Mühle »Jupiter 561« für 80 Mark bestellen. Wer so perfekt in die Szene steppen möchte, kann in Düsseldorf unter (0211) 84 24 89 anrufen. Vorsichtige lassen sich erstmal den Katalog gegen zehn Mark Schutzgebühr schicken.

Vorreiter

Wer im Süden der Republik zu Hause ist, kann schon mal bewußtseinsbildend wirken und einen Kanister bleifreies Benzin verschenken. Die ersten beiden »bleifreien« Tankstellen gibt es in München (Ecke von-Kahr-und Allacher Straße) und im baden-württembergischen Plochingen (Neckar). Normalbenzin kostet dort 1,39 pro Liter, Super 1,45 Mark. Was der Bundesinnenminister als »allerersten kleinen Schritt«, der aber eine große psychologische Initialzündung bedeute, bezeichnete, ist für Autofahrer ein Schritt ins Ungewisse. Neben Tips, einmal bleifreies, zweimal normales Benzin zu tanken, heißt es, schon heute könnten japanische Modelle der Firmen Honda Nissan, Toyota und zum Teil Mazda, Audi- und VW-Fahrzeuge vom Baujahr 1977 an schadlos bleifrei fahren. Einen Aufkleber gibt's auch schon: grünumrandet, mit der Aufschrift »Ich fahre bleifrei«.

Dattellbrot

Zum Adventskaffee könnten Sie es einmal mit einem selbstgebackenen Dattelbrot versuchen: 275 g fein gemahlener Weizen, 225 g Wasser, 150 g kleingeschnittene Datteln, 150 g Rosinen, 50 g Butter, 60 g grobgehackte Nüsse, 2 gestrichene Teelöffel Backpulver, 2 Eier, 1 Eßlöffel Rum, 1-2 Eßlöffel Honig. Das Wasser zum Kochen bringen, Rosinen, Datteln, Butter und Honig in die Backschüssel geben, mit dem kochenden Wasser übergießen. Das ganze stehen lassen, bis es abgekühlt ist. Dann die Eier darunterrühren. Den fein gemahlenen Weizen mit Backpulver vermischen und unter die Masse arbeiten. Zum Schluß die Nüsse und den Rum darangeben. Den Teig in eine gefettete und mit Bröseln ausgestreute Kastenform füllen. Im vorgeheizten Ofen bei Mittelhitze (175 Grad) etwa eine Stunde backen.

Die Verfasserin des Rezeptes, Elma Haffner, gibt in der »Brot-Fibel«, erschienen in der Reihe Fischer alternativ, an, das Brot schmecke besonders gut mit Butter bestrichen. Ohne Backpulver soll es auch gelingen, wird dann aber weniger locker.

Schöne Stunden

Selbstverständlich können Öko-Freaks auch einen Tannenbaum verschenken. Vielleicht mit Wurzelballen, damit er wieder eingepflanzt werden kann.

Jedenfalls erleben diese Tannen einmal einen schönen Abend und müssen nicht bis zum Umfallen im Sauren Regen stehen.

Konkret 12/83, S. 75

Östrogenkinder

Marietta ist eineinhalb. Ihre Brüste sind entwickelt wie die einer 13-jährigen; ihre erste Regel hat sie vor Monaten bekommen; in zwei Jahren wird sie einer voll entwickelten Frau gleichen. Marietta ist kein Einzelfall. Auf Puerto Rico leidet eines von 50 Kindern an den gleichen Symptomen. Dennoch ist das Interesse an der Krankheit gering, die Bevölkerung eines der ärmsten Länder der Welt hat andere Sorgen. Dabei ist die Ursache bekannt: Die Hauptnahrungsmittel Huhn und Milch enthalten große Mengen Östrogen. Den Tieren wird das Mittel gespritzt, um das Wachstum zu beschleunigen. Das ist zwar verboten, erhöht aber den Profit beträchtlich.

Die verantwortlichen Manager der Lebensmittelkonzerne spielen Ausmaß und Grund der Krankheit herunter. Als Alibi dient ihnen ein Gutachten des CDC (Center for Disease Control, USA). Das CDC behauptet, die Krankheit hätte klimatische und ethnische Gründe. Kein Wunder, denn der größte Huhnproduzent auf Puerto Rico ist ein US-Konzern. Dank einer neu entwickelten Verbindung auf Östrogen-Basis sind die Hormone im Hühnerfleisch mit den herkömmlichen Methoden kaum nachzuweisen. Ärzte und Forscher, die das Gegenteil beweisen können, werden zum Schweigen gebracht. Drohanrufen folgen zerschossene Wohnungstüren. Das hilft. Huhn gehört auf Puerto Rico auch weiterhin zu den meistverzehrten Nahrungsmitteln. Und daran wird sich auch nichts ändern, denn Puerto Rico ist abhängig von den USA und deren Testmarkt. Das war schon so, als die Anti-Baby-Pille an ahnungslosen Puertoricanerinnen ausprobiert wurde.

Konkret 12/83, S. 76

Stefan Hinz

Film: Eine große Familie von Bombenopfern

Der amerikanische Fernsehfilm »The day after« kommt jetzt bei um in die Kinos

Über Amerika, dem Land, das soviel Bomben schickte, reißt der Himmel auf, und das kam so, sagt »Der Spiegel«: »Rund 9.000 Kilometer östlich der Landwirtschaftsmetropole der USA zieht Unheil herauf«. Unheil, das sind sowjetische Truppen, die die Zugänge nach West-Berlin blockieren. Warum, wieso die sowas tun, die machen's halt. Derweil holen in den Raketensilos unter den blühenden Feldern von Kansas irgendwelche uniformierten Halstuchträger aus irgendwelchen roten Safes irgendwelche Schlüssel, stecken sie in ein xbeliebiges Schlüsselloch und lassen mit dem ausgelösten Impuls aus einem x-beliebigen Loch, ja - die MX-Rakete schießen.

Da kommt den Bürgern schnell das Grausen. Eve Dahlberg, Farmerfrau, gerade noch kuchenbackend, Russel Oakes, Chirurg, eben noch im Museum mit der flüggen Tochter plaudernd, *family* auf *family* im Zeitraffer, so ist der Friede, der dort herrscht, nur ein kalter leerer Schrecken. Wie in der besten *soap opera* werden in bücherlosen Eigenheimen seelenlose Eigenleben vorgeführt, deren einzige Mitteilung an die Welt das straffe Blecken ihrer Zähne ist. Der Schrecken ist *the day before,* der Schrecken sind die wild pubertierenden Töchter, die nur darauf warten, daß sie nachts der Hafer sticht, das sind die hundeäugigen-pekinesennasigen *collegeboys,* die auch warten, aber auf einen Medizinstudienplatz, und das ist Weizen, *love and liberty.* Und dann. Peng.

Wurden gerade noch die eben aufgestiegenen volkseigenen Raketen beim Verlassen ihres Heimathafens mit ungläubigen Augen bei ihrem stolzen Flug verfolgt, kommt, wie ein alter Boomerang, das Übel Stück für Stück zurück. Da wird *understanding* großgeschrieben, reicht man sich die Hand und weiß, man stirbt, alles was man liebte, starb zuvor. Das Land, die Ehre, Autos, Rasen. »*I suffered personal loss too«,* sagt der Präsident im Radio, und die plötzlich Beseelten hören starrend zu, hilflos wie die, denen Jahre zuvor unter anderen Hirnmein Napalm und Agent Orange die Augen aufgerissen hatten.

Und das ist das Infame an dem ganzen Stück. Das Leiden der Täter erscheint wieder nur als ein Leiden von Opfern, ein atomares Inferno führt zur nationalen Katharsis. Produzent Stoddard sagt, er habe »eine politische Aussage nicht angestrebt«. Naja, behaupten, sie wissen nicht was sie tun. Dieser sentimentale Schinken aber macht alle schweigen und ist der Triumph einer medialen Gefühlsduselei.

Freeze in den USA ist zerlaufen wie ein süßes Eis, *Freeze* im ganzen Rest der Welt soll doch dasselbe tun. Um sie sprachlos zu machen, zeigt man den Streifen am besten den Opfern von morgen. Franz Alt saß bei der Presse-Vorführung blaß und stumm am Tisch herum und lachte plötzlich irre auf: »Den solltense zuerst mal denen in der DDR zeigen.«

-

Konkret 12/83, S. 76

Olaf D. Marx

Film: Billard-Oueve-Schwanz

Auch In Österreich wird der neue deutsche Autorenfilm gepflegt: «Karambolage« von der Wienerin Kitty Kino ist ein richtig schöner Problemstreifen

»Ich setze in diesem Film schon voraus, daß sich die Frauen emanzipieren können und es auch tun«, erklärt Kitty Kino zu ihrem ersten Spielfilm »Karambolage«. Frau Kino heißt eigentlich Gschöpf, lebt in Wien und hat anscheinend in den letzten zehn Jahren jede Wende der Frauenbewegung verinnerlicht - ihrem Erstling nach zu urteilen. Da steckt alles drin, was diese Plüschecke der Fortschrittlichkeit mit ihren Frauenfriedenstüchern, Mondrhythmen und WG-Netzwerken komplett macht. Aber auch um diese »neue Frau« steht es nicht zum besten, das lehrt »Karambolage« mit prächtig-bunten Bildern und österreichischem Zungenschlag.

Marie Colbin spielt Judit. Ein Gesicht, das man gerne herzeigt, »echt« und »sensibel« und »betroffen«. Die Judit studiert Kunstgeschichte (man sieht sie einmal am großen teuren Schreibtisch in der großen teuren Wohnung) und leidet ansonsten an der Wiener »Schickeria« (plus Punks), die hier so agiert, wie wir es von der Spider Murphy Gang gelernt haben. Blendend aussehende Antiquitätenhändler, fette, aber reiche tittenfassende Endvierziger, sensible »Rocker« mit Potenzproblemen kreuzen in loser Folge Judits Weg. Sie startet zum Frontalangriff gegen die Männergesellschaft und geht in den Billardverein. Billard-Queue-Schwanz. Klar?

Kitty Kino hat einen blöden Spaß daran, abgegrabbelte Klischees noch einmal durchzunudeln; von Minute zu Minute wird's peinlicher. Und der Film ist hundert Minuten lang.

Als erste Billardkönigin von Wien, leider immer noch ohne die wahre und gute Liebe, heult sich Judit - natürlich - bei der gutmütigen Bardame um die Ecke aus. Das ist die andere Frau, die total aus dem Bauch heraus lebt. Im Showdown mit einem Unterweltsboss, der Macho tut, aber Tunte ist (die Besetzung des Films eine einzige Karambolage mit dem guten Geschmack), entkommt Judit nur knapp einer Vergewaltigung und wankt schließlich, den Queue auseinanderschraubend, aus der Bar in die in blaues Morgenlicht getauchte Großstadtstraße. Einsame Wölfin, ungebrochen. Film aus.

Was Frau Gschöpf braucht, wäre mal ein ordentlicher, proletarischer DKP-Frauennachmittag.

Konkret 12/83, S. 76

Film: Wut

»Die Erben«, ein Film von Walter Bannert über eine neofaschistische Jugendbande

Erzählt wird die Geschichte eines Jungen aus gutbürgerlichem österreichischen Elternhaus, der mehr oder weniger aus Zufall an eine Gruppe junger Neonazis gerät und sich immer mehr von deren Idealen und Aktionen vereinnahmen läßt. Die schleichende Brutalität, die zunehmende Orientierungslosigkeit und Blindheit des Jungen lassen beim Zuschauer langsam eine ohnmächtige Wut entstehen, die dem Verhalten gegenüber echten Neonazis in der Realität wohl ähneln mag. Man weiß um die Bestialität ihres Vorgehens und will es wohl doch kaum wahrhaben, daß es das gibt, ohne Einsicht, ohne Besserung. Das macht wütend. Aber vielleicht ist Wut genau die richtige Haltung diesen Leuten gegenüber. Dieser Film kann solche Wut erzeugen.

Konkret 12/83, S. 77

Armgard Seegers

Film: Witze. Lachen. Hahaha.

In Gerhard Polts erstens Spielfilm »Kehraus« (Regie: Hanns Christian Müller) geht es fast wie im richtigen Loben zu

Der Gabelstaplerfahrer Ferdinand Weitel (Gerhard Polt), in dessen Wohnzimmer allerlei Gebrauchsgüter des täglichen Umgangs, ein Aquarium und ein kleiner Gabelstapler aus Plastik stehen, läßt sich sieben Versicherungen aufschwatzen. Aber bald merkt er, daß er monatlich gar keine 700 Mark dafür übrig hat, wo er doch »nur *ungefähr* 1.680 Mark verdient«. Da ist sie wieder, die kleinbürgerliche Haarspalterei, die doch so zum Lachen reizt. Jedenfalls sucht Weitel die Versicherung auf, um seine Policen zurückzugeben und gerät dabei in einen kafkaesken Alptraum.

Sein Vertreter ist nicht mehr ausfindig zu machen, stattdessen trifft Polt auf das typische Horror-Personal eines deutschen Büro-Alltags. Die Sekretärin Annerose Waguscheit (Gisela Schneeberger) verbringt die meiste Zeit damit, ihrer Freundin am Telefon von einer Eierdiät zu erzählen. Einer dämmert hinter seiner Aktentasche, eine tätschelt immerzu den Junggesellen, der sich wiederum mehr für Waffen interessiert, und einer sorgt mit vermoderten Witzen für Stimmung, die dann sogleich für alle fotokopiert werden müssen. Später, als die ausländische Putzfrau diese Zettel wegwerfen will, erklärt Weitel ihr umständlich: »Das sind Witze. Hahaha. Lachen. (Hält sich den Bauch) Hahaha. Witze. Lustig.« Die Putzfrau schaut entgeistert auf das Papier. Weitel wird in die Chefetage geschickt. Auch hier lassen sich Männer von Frauen mit Kaffee bedienen und reden über Figurprobleme (»Ich mach eine reine Eiweißdiät aus Krabben und Fisch«).

Am Abend gerät Weitel auf den Faschingsball der Versicherungsangestellten. Hier findet nun all das statt, was man in Deutschland unter »Humor« und »Feiern« versteht. Der Trauerklops hat sich eine Lederhose angezogen, um mit dem Spruch »I'm a Wolpertinger and what are you« Frauen aufzureißen; Frau Waguscheits Mutter hat vier Wochen an einem Blümchenstoff herumgenäht, damit aus ihrer Tochter »eine echte Spanierin« wird. Vor allem aber muß gesoffen werden, und einem hilflos zusehenden Japaner wird erklärt: »Hier alles lustig. Schunkeln. Musik. Singen. Pappnasen.«

Beim Zuschauen möchte man vor Beklemmung aus dem Sitz kippen. Wenn man nicht wüßte, das alles ganz genau so ist, würde man die Trostlosigkeit dieser Bürohengste für eine satirische Überzeichnung halten. Aber Gerhard Polt und Gisela Schneeberger können das mit eben der Ernsthaftigkeit vortragen, die ja wohl diesen Figuren eigen ist. Da stimmt jedes Detail: Weitels großkarierte Strickjacke und Frau Waguscheits Freßsucht (sie kauft sich auf dem Nachhauseweg schon wieder eine Bratwurst, um später von der Mutter auch noch mit Gulasch abgefüttert zu werden), oder Dieter Hildebrandts Darstellung eines Managers, der sich zwischen Chefbesprechung und Maskenball schnell noch mit einem Mädchen getroffen hat, das er, wenn er das nächste Mal wieder in München ist, »bestimmt wieder anruft«, sie jetzt aber noch per Chauffeur nach Hause bringen läßt.

Hier findet man alles, was einem immer schon auf den Keks ging, so lebensecht wieder, daß man fast schon vergißt, im Kino zu sitzen. Aber da man dem so gerne zuschaut, kann es sich nur um einen besonders gelungenen, um einen wunderbaren Film handeln.

Konkret 12/83, S. 78

Sabine Bredy, Ilse Ruppert

Eine neue Schaulust

So wie vor zwanzig Jahren der »Junge Deutsche Film« gegen»Opas Kino« aufbegehrte, gibt es jetzt wieder eine Revolte gegen die «altgewordene neue Welle. Aber weil sie nicht mit lautstarken Protesten daherkommt, merkt das bei uns kaum jemand. Im Ausland dagegen werden die ungewöhnlichen Kino-Stücke teilweise schon als Kultobjekte behandelt. KONKRET stellt einige von ihnen vor

Eigentlich mag ich Film nicht besonders«, sagte der Hamburger Regisseur Axel Schäffler. Daß er dennoch weiter Filme macht, ist kein Widerspruch. Im Gegenteil: Sein neuestes Werk »Jesus bleibt Sieger« ist Beleg für die deutsche Leinwand-Misere. Schäffler über seinen Film: »Kurze geschlossene Handlung, die es in sich hat! Einfache Kulissen, die sich auf das Wesentliche beschränken! Von Durchschnittsbürgern gespielt! Ein Film für einfache Gemüter!« An Rollen gibt es nur das Allernötigste: Mann 1, Mann 2, Bauer, Tod, Teufel, Wirtin und Jesus. Gedreht wurde in einem einzigen Raum, die Schauspieler haben keine Gesichter, sondern mit Kürzeln beschriftete Ballons - ganz einfach.

Und davon handelt der Film: »Einer trifft einen anderen. Einer läuft aus Angst vor einem anderen weg. Einer stiftet zwei andere zu einer bösen Tat an. Zwei beleidigen und kränken einen anderen. Der andere geht bei einem Streit als Sieger hervor. Solche einfachen Handlungsabläufe erzeugen in uns merkwürdigerweise immer ein Höchstmaß an Interesse ... « Für Schäffler ist diese Matrize die Essenz wirklich jeden Spielfilms und sein eigener Film liefert eben nichts als diese nackte Matrize. Auf der Berlinale im kommenden Frühjahr können wir Jesus vielleicht siegen sehen. Und daneben sehen wir wahrscheinlich jede Menge Filme, die Schäfflers Minimalisten-These bestätigen.

Anderes bleibt uns vorenthalten. Zum Beispiel Rainer Kirbergs Film »Die letzte Rache«. Sein Held, *der Weltkenner,* sagte dort einmal: »Das ist sie nun, die Prominenz ... die Reichen, die Wichtigen, die in Frage Kommenden ... eine große Auswahl bietet sie freilich nicht, für das was sie hergeben soll ... « Fast glaubt man, der Weltkenner spricht über die angegrauten Väter des »Jungen Deutschen Films«. Doch so Profanes liegt ihm fern. Dieser Held ist eine dürre Gestalt mit umflorten Augen, hat stilbrechend moderne Sätze auf der Zunge und Wahn im Blick und wandert mit stummfilmhaften Gebärden 90 Minuten lang durch eine artifizielle Alptraum-Kulissenwelt. Um ihn herum nur Archetypen: *der Herrscher, der Sohn, die Tochter, der Kluge, die Masse, der Kommissar,* ein *Denkmal des Scheiterns,* drei *Früchte der Bestimmung* - der Kosmos des Dramaturgen besteht schließlich aus Fundamentalismen. Für Menschen wie dich und mich ist kein Platz mehr. *Die Masse* ist flach, gesichtslos, gemalt, ihr Raunen kommt vom Synthesizer. All diese anonymen Figuren scheinen unter Fieber zu leiden.

Hier die Handlung: der *Weltkenner* startet in einer endzeitlichen Wüstenlandschaft zu seinem eigenen Showdown. Er sucht den *Herrscher,* muß endlose Zäune zerschneiden, geometrischen Wasserlöchern ausweichen und wird von mechanischen Fischen gepiesackt. Der *Herrscher* infiziert ihn mit Machtgier und schickt ihn auf eine Irrfahrt in ein Fritz Langsches Kulissenuniversum voller Symbole: in eine monolithische Stadt, in ein Gefängnis, in eine monströse Fabrik, zu einer Tötungsmaschine. Die Personen, die er trifft, sind Prototypen moderner Neurotiker - der *Kluge* sinniert der Sinnlosigkeit dieses Lebens hinterher, der Kommissar träumt von »einer Großfahndung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat« ... Der *Weltkenner* befreit einen Chor der Gefangenen, trifft ef Totschlag, Inzucht und Eitelkeit. Die schicksalhaften »Früchte der Bestimmung« begleiten ihn durch die expressionistische Szenerie, ärgern ihn durch ständige Unreife und kommentieren sein Scheitern mit ironisch-brechtischen Gesängen: »Schauet her! Hier kommt er! Sieger war / er bisher / doch staunet sehr: er ist's nicht mehr! Sonderbar.« Der *Weltkenner* endet, gemeinsam mit einem wahnsinnigen Wissenschaftler, in einer neo-steinzeitlichen Höhle.

Rainer Kirbergs »Die letzte Rache« ist ein innovativer Monumentalfilm von nur einer knappen halben Million Produktionskosten. Im Ausland feiert man den Streifen als »modernes Metropolis« (so die französische Zeitschrift »Actuel«) und als Beispiel dafür, daß die vielbeschworene deutsche Film-Krise jedenfalls nicht durch einen Mangel an Talenten entstanden ist...

Im eigenen Land gilt der Prophet nicht viel - die »Letzte Rache«, die mit TV-Geldern koproduziert wurde, verschwand nach einmaliger Fernsehausstrahlung und einigen höchst erfolgreichen Off-Kino-Vorstellungen in der Versenkung.

Filmemacher Kirberg sieht trotzdem seine Chance: »Ich gehöre weder zu den Leuten, die ihren höchst persönlichen Weltschmerz mitteilen wollen, noch zu denen, die sagen, nach der Problemfilmära müsse jetzt mal ordentlich Unterhaltung her. Die gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen der letzten zwanzig Jahre haben im Film kaum neue Mythen und Bildsymbole hinterlassen, die jene nennenswerte psychologische Durchschlagskraft besäßen. Diese Armut gilt übrigens auch für die Sorte Film, die sich selbst Bedeutsamkeit zugute hält, für den intellektuellen Film. Die Leinwand wird entweder von Geistesrudimenten mit Neandertalerpsychologie oder von über sich selbst schwafelnden Grüblern bevölkert.«

Die traditionelle Spielfilmform ist für Kirberg genauso tot wie das, was sich Experimentalfilm nennt, dafür wird ihm der Umgang mit den bestehenden Normen zur Herausforderung: »Ich suche den direkten Draht vom audiovisuellen Träger über das Zentralnervensystem zum Herzen.« Mit Hilfe einer Vertriebsförderungssumme will Kirberg den Film in den nächsten Monaten in einigen Großstädten doch noch mal aufführen lassen. Warum sollte er keinen Erfolg haben? Die »Letzte Rache« hat eine 'Geschichte' und füllt einen Kinoabend. Er bietet alles, was ein 'richtiger' Film gefälligst zu bieten hat. So wie wir's gewohnt sind.

Ein anderes Bad in Bildern und Symbolen ist dagegen »Pankow 95«, der zweite Film des Ungarn und Wahlhamburgers Gabor Altorjay. Der bedeutungsschwangere Titel täuscht, hier wird herumgespielt, zusammengebracht, was nicht zusammensein darf. Altorjay über seinen Film: »Das Ganze war eigentlich eine totale Dada-Komödie. Der offizielle Sinn ist: du kannst fliehen, aber nicht vor dir selber. Für mich ist es mittlerweile ein Eifersuchtsdrama geworden.« Der Regisseur hält seinen Film für »sinnlos wie dein und mein Leben«. Am sinnlosesten aber findet er, »Filme zu machen, die das Publikum nicht mag«. Also hat er eine Operette gedreht: »Pankow 95« ist eine skurrile Sesamstraße für Erwachsene. Wir sehen den Warhol- und Schroeter-Darsteller Udo Kier als eingebuchteten Musikwissenschaftler in einem ewig-kalten Ostberliner Irrenhaus sein Müsli löffeln, das Radio überträgt einen immergleichen Wetterbericht und die neuesten Meldungen über BRD-Bürger, die zuhauf in den Osten fliehen. Seine Frau (Christine Kaufmann) betrügt ihn mit einem General, der von Edelpuff-Besitzer René Durand gespielt wird. Als Irrenärzte und Pfleger fungieren Dieter Thomas Heck, Magdalena Montezuma und Anthony Ingrassia. Ein immer grüner werdendes Retortenbaby, verkörpert von Tom Dokupil, Musiker der Gruppe »Wirtschaftswunder«, geht vorzugsweise auf schwangere Frauen los, weil es »zurück will«.

Musikwissenschaftler Udo Kier meditiert derweil über die Frage, warum die Jugend alle fünfzehn Jahre gegen ihre Eltern, die ehemaligen Revoluzzer, kultur-revoltiert, sie als etabliert entlarvt, ablöst und sich anschließend selbst etabliert.

Genau das ist auch des Regisseurs Problem mit den eingesessenen Filmgrößen. In »Pankow 95« kommt Rat von unerwarteter Seite: Nina Hagen erscheint als Mutter Maria mit dem Kinde auf einem Video-Monitor und rät dem Manne zur Flucht. Popkunstwerk oder nur ein intelligentes »Gib-Gas-ich-will-Spaß«? Diesen Monat kommt die futuristische Seifenoper in die (Off-) Kinos.

Die Offensive gegen den eingebürgerten Essayfilm läuft - aber in den deutschen Presse-Medien hat diese Explosion bis jetzt nicht stattgefunden.

Neben den neuen Leinwandwerken steht auch eine ganze Reihe von Videoprojekten, die beweisen, daß Video nicht unbedingt nur Telespiel oder der sicherste Weg zum Berieselungs-Stupor sein muß. »Die Show ist die Leistung - die Leistung ist die Show« heißt es mehr oder weniger ironisch in »ExitUS«, einer beklemmenden Video-Collage von 30 Minuten Länge. Der Berliner Malik nennt seinen Film eine »apokalyptische Materialsammlung«. Über drei Jahre hat er jede Menge Bild und Ton gewöhnlichen Grauens vom TV-Bildschirm mitgeschnitten und um die in Sequenzen zerlegten Aufnahmen vom Reagan-Attentat herumgeordnet. Kommentare geben Malik und seine Mitarbeiterin Hildegard Erhard nur spärlich ab: »Ich werde bezahlt, also spreche ich. Vergangenheit ist Fiktion. Der Glaube an die Zerstörung, nur um sich zu retten, ist die Fiktion der Gegenwart.« Das Resultat: eine neue Art Dokumentarfilm, die auch wirkt. Wir werden den »ExitUS« trotzdem suchen müssen.

Daß Film mehr sein kann als Bilder auf platter Leinwand plus gesprochenem Wort, sagten sich auch die Filmemacher Muscha, Trini Trimpop, Klaus Maeck und Volker Schäfer. Rücksichtslos benutzt das Team bei seinem ersten gemeinsamen Spielfilm die wirkungsvoll grob-körnigen Videobilder und selbst Super 8-Material als Informations- und Stilmittel. Doch vor allem will ihr Film mit dem Titel »Decoder« sein Publikum mit Schallwellen anstoßen - ganz wörtlich. Manipulation durch Töne ist auch das Thema seiner Geschichte. »Manipulation durch Wort, Bild und Ton geschieht immer und auf allen Ebenen. Es liegt an uns, diese Techniken zu durchschauen und im eigenen Interesse anzuwenden. Alle Medien sind Machtinstrumente. Die große elektronische Revolution steckt noch in den Kinderschuhen. Wir sollten rechtzeitig lernen, unsere Video- und Cassettenrecorder als Waffen zu benutzen - der Spaß daran stellt sich von ganz alleine ein«, sagt Drehbuchautor Klaus Maeck.

Vor den Dreharbeiten in Slums und Hamburger-Kettenläden hat das Team akribische Recherchen über das Phänomen »Muzak« angestellt - mit Hilfe spezieller Filter- und Mischtechniken konstruierte, zweckgebundene Tonfolgen, die zur Steigerung von Arbeitsleistung, Wohlbefinden, zur Anregung oder Beruhigung fabriziert und von großen Industriefirmen, Kaufhaus- und Restaurantketten und Krankenhäusern eingesetzt werden. Dieses »Kunst«-Produkt von Medizinern, Musikern und Marketingexperten ist allenfalls als »Kaufhausmusik« geläufig, die kaum jemand bewußt wahrnimmt. Der »Decoder«, ein junger, etwas verwahrloster Soundbastler, hat's gemerkt. Ein seltsamer Action-Film beginnt: Christiane F., Freundin des »Decoders« und autistische Frosch-Liebhaberin, rotiert in einer Peepshow und wird von einem Agenten des Großen Bruders (Bill Rich) gejagt. Der alte Junkie William S. Borroughs läuft allwissend durch traumhafte Müllhalden, während in den grellfarbenen Hallen einiger Fast-Food-Läden Ungeheuerliches geschieht: Der Decoder (gespielt von F.M. Einheit) attackiert mit Hilfe einer Horde sinistrer Downtown-Piraten die Muzak-Berieselungsanlagen, die den Gästen Wohlgeschmack und Nährwert ihrer Hackfleischprodukte vorgaukeln. Des Decoders Anti-Muzak entfacht einen zunächst

unblutigen Burger-Krieg der Cassetten-Kämpfer, die Hamburger-Esser kriegen plötzlich das Würgen, und das Konzernmanagement gerät in Panik.

Dem Kinopublikum soll es ähnlich ergehen, die Lautsprecheranlagen unserer Kinos sollen an Sound hergeben, was sie nur können. Den Rest besorgen »subliminal cuts«, gezielte, extrem kurze und daher nur unterbewußt wahrnehmbare Einblendungen von Bildern. Diese Technik, von amerikanischen Werbestrategen erfolgreich erprobt und mittlerweile angeblich verboten, will der Film zur Erzeugung allgemeinen Unbehagens kultivieren. Körperverletzung statt Kinovergnügen? Der »Decoder«, der über die Filmförderung Hamburgs und Nordrhein-Westfalens finanziert wurde, soll auf der kommenden Berlinale ausprobiert werden.

Phantasievoller als im Jungen Deutschen Film wird es allemal zugehen. Denn obwohl diese zwanzig Jahre alte neue Welle immer noch auf Festivals mit Palmen, Löwen und Bären und ähnlichem Getier aufgewertet wird, verbreitet sie fast nur noch Langeweile. Unterdessen rennt auch das »anspruchsvolle« Publikum in animierende Streifen wie »Diva« oder »Carmen«.

Eine andere Alternative zu Ediths Tagebüchern auf der einen und den Kriegen der Sterne auf der anderen Seite wird ja auch nicht gezeigt. Aber es gibt sie. Die neuen Leinwandprojekte lassen hoffen, daß auch deutsches Kino wieder zu einer Attraktion aller Sinne werden könne, ohne den Kopf auszusparen. Und sie beweisen, daß dazu nicht unbedingt Produktionsbudgets von Hollywood-Format verpulvert werden müssen.

Effektiv und vergleichsweise billig verschwimmt die strenge Trennung der klassischen Filmgenres zugunsten interdisziplinärer Denk- und Arbeitsweisen. Vorhandene und neue Stilmittel werden hemmungslos ausgeschöpft. Spielfilmer experimentieren mit Schnitt, Sounds, dokumentarischem Material, mit Geräusch-, Farb- und Lichtkompositionen, und Dokumentarfilmer machen großes Kino. Realität wird zu Fiktion, Fiktion zur Realität.

Vergleichen wir die Uhren. Unser aller Alltag hat längst sciencefictionhafte Züge: Fabelhafte Vorlagen für eine neue Schau-Lust. Neue Filme braucht das Land.

Konkret 12/83, S. 84

Hartmut Schulze

Vor Engelmann dahinsterben

Schreibt der »Spiegel«: »Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS), hat immer mal wieder Schwierigkeiten mit der Meinung Andersdenkender.« Das ist wohl wahr: mit den Aufsehern von Flossenbürg und Dachau, mit Edmund Stoiber und Strauß und jetzt, nach seiner Kritik am Preisträger Manés Sperber, mit vielen seiner Freunde und Kollegen

»Sie waren, sie sind im besten Fall Stimmungsmacher, die im eigenen Milieu Wirkungen ausüben, welche Theatererfolgen nicht unähnlich sind. Aber die politischen Entscheidungen werden von anderen getroffen. «

Manés Sperber

Der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels ist ja nicht doof. Nichts illustriert Sperbers Diktum über die Intellektuellen deutlicher als das Theater, das nach dessen Paulskirchenrede und Bernt Engelmanns Kritik daran losging. Sperber hatte in dieser von Alfred Grosser verlesenen Ansprache so laut und dringend nach noch mehr (vor allem nuklearen) Waffen gerufen, wie es sich in der Bundesrepublik nicht einmal Manfred Wörner noch traut. Und Bernt Engelmann konnte nicht einsehen, daß nach dem Friedensnobelpreis, den ja auch Kriegstreiber wie Kissinger und Begin vor sich hertragen, nun auch der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels umgewidmet werden soll. Schon im letzten Jahr hatte ihn ein Entspannungsfreund wie George F. Kennan und davor Lew Kopelew erhalten.

Der VS-Vorsitzende Engelmann saß also einem Mißverständnis auf, als er die Preisverleihung an Sperber ein Mißverständnis nannte. Natürlich war diese Paulskirchenrede eine Provokation der Friedensbewegung. Aber doch auch nur eine

Träne im Ozean des Antikommunismus. Und die anderen Tränen fordern »Meinungsfreiheit für Manés Sperber« (Horst Köpke in der »Frankfurter Rundschau«), Meinungsfreiheit für den Mann, dessen Rüstungspropaganda live über alle Kanäle übertragen und anderntags von den Zeitungen im Wortlaut nachgedruckt wurde. Das ist so schlüssig wie das Plädoyer für die Pressefreiheit, das die alternative(!) Wochenzeitung »Hamburger Rundschau« anläßlich der jüngsten Springer-Blockade gehalten hat. Pressefreiheit für die »Bild am Sonntag« - dafür muß sich jetzt (wie immer mit Rosa Luxemburg) die Linke stark machen.

Auf dem Spielplan stehen absurde Stücke, ein Theatererfolg ist garantiert: »Es wird wohl keinem von uns etwas anderes übrigbleiben, als eines Tages vor Personen wie Herrn Engelmann dahinzusterben«, telegrafiert Reiner Kunze an Sperber. Das mußte so dramatisch formuliert werden, weil die Regie Kunzes großen Auf- (nämlich Aus-) tritt schon im ersten Akt des Schauspiels vorgesehen hatte, das da heißt »Wie erledigen wir einen Verbandsvorsitzenden?« Neu auf die Bühne gekommen sind Grass, Böll und Lenz, und neben der großen Besetzung darf jetzt auch Kay Hoff ins Rampenlicht.

Ganz wesentlich für den Erfolg eines Dramas ist die Theaterkritik. Schreibt die »FAZ«: »Freiwillig wird Engelmann diesen Sessel nicht räumen... Es wird die deutschen Schriftsteller also noch viel Mühe kosten, diese Rücktrittsforderung durchzusetzen.« - Und Fritz J. Raddatz in der »Zeit«: »Abdanken.« Das Stück kann noch so mies inszeniert sein, wenn sich die großen Blätter einig sind, kommt der Durchbruch. Um diese Einigkeit zu sichern, treffen sich sogar »Spiegel« und »Tip« auf einem Niveau. Da wirft das Nachrichtenmagazin dem ehemaligen KZ-Häftling Engelmann einen »Kasino-Tonfall« vor, und das Veranstaltungsblatt spricht vom »Stil einer Reichsschrifttumkammer«. Er mag seine Positionen noch so plausibel erläutern - das gemeinsame Etappenziel heißt: Engelmann muß weg. Hans-Christoph Buch im »Tip«: »Es ist schwer zu sagen, was schlimmer ist,' wenn Bernt Engelmann spricht oder wenn er schweigt.«

Aber auch das Fernziel ist schon lange abgesteckt: »Ist er überhaupt erhaltenswert?«, fragte bereits vor über einem Jahr die »FAZ« und meinte den ganzen Schriftstellerverband. Inzwischen wird (von Jörg Fauser) die Frage beantwortet: »Man müßte schon einen neuen Verband gründen, aber das heißt ja auch wieder bonzenartiges Vereinsleben ... «

Weil das gerade laufende Schauspiel ja ein Stück absurdes Theater ist, beginnt dieser zweite Akt, in dem die Auflösung des Schriftstellerverbands vorbereitet wird, mit einer Stellungnahme des Schriftstellerverbands zur Auflösung eines Schriftstellerverbands, des polnischen nämlich. Zwei Monate nach dieser gemeinsamen Erklärung des VS und des PEN (von dem hier allerdings nie die Rede ist) entdeckte Günter Grass in einem unbestimmten Artikel* die indirekte Aufforderung an die polnischen Militärs, »einen Verband von Quislingen ins Leben zu rufen«. Wiederum angesichts von Engelmanns Vita trifft der Vergleich mit dem norwegischen Regierungschef von Hitlers Gnaden (zumal wenn er von einem sozialdemokratischen Parteifreund vorgebracht wird) wohl tiefer als Straußens »Schmeißfliege«. Das ging nun selbst der »Frankfurter Rundschau« zu weit: »Die Polen-Erklärung rechtfertigt nicht die scharfen, ja beleidigenden Worte, die ihr gelten«, schreibt sie und mahnt: »Die Debatte muß zwar kollegial, aber ganz und gar undiplomatisch geführt werden.« Bernt Engelmann würde sich dieser Debatte gern stellen, ja er ist sogar zum Rücktritt bereit, wenn die VS-Mitglieder dies wünschen. Um das herauszufinden, organisierte der Verband in den letzten Wochen allerorten außerordentliche

Mitgliederversammlungen, obwohl Engelmann doch erst im Frühjahr von den Delegierten von 2400 Schriftstellern bei nur sechs Gegenstimmen in seinem Amt bestätigt wurde. Da fuhr der Vorsitzende zum Beispiel Anfang November nach Hamburg und wollte sich mit seinen dort gemeldeten prominenten Kritikern wie Grass, Lenz oder Freimut Duve aussprechen. Keiner von ihnen erschien zu dieser Versammlung, so wie sie die Verbandsarbeit ganz allgemein recht häufig schwänzen. Es gibt ja auch keinen potentiellen Nachfolger für Engelmann, der - und das könnte man ihm mit Fug vorwerfen - nicht nur das politische Profil, sondern auch die ganze gewerkschaftliche »Kärrnerarbeit« in seiner Person konzentriert.

Ohne Engelmann wäre also in der Tat die Krise des VS erstmal erledigt, die Krise, die »Aspekte«-Martens schon »seit dem Anschluß an eine Gewerkschaft, noch dazu an eine so kämpferische wie die IG-Druck und Papier«, sieht. Und mit der Krise wäre der VS erledigt. Die politischen Entscheidungen, wie gesagt, werden von anderen getroffen.

---

*Pen und VS verlangten die »umgehende Zulassung eines Schriftsteller-Verbands«, der die Interessen der polnischen Autoren wahrnehmen könne, nicht aber die Wiederzulassung des alten

Konkret 12/83, S. 86

Hans Georg Behr

Der Klotz bleibt, aber

...er wird zum antifaschistischen Mahnmal

Hamburgs Stein des Anstoßes ist 8 Meter 90 lang, 4 Meter 30 breit, sieben hoch und wurde 1936 vor den Alten Botanischen Garten am Dammtorbahnhof gewuchtet. Seither marschiert um ihn Wehrmacht in zweiundzwanzig Viererreihen, nicht sehr erhaben, weil in Flachrelief, aber dafür zackig, und darüber steht: »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.« Und weil das noch nicht reicht, ist da noch eine zwei Meter hohe Spruchtafel, auf der eine Reihe Schlachtorte erwähnt wird: »Großtaten der Vergangenheit sind Brückenpfeiler der Zukunft.«

Eigentlich sollte der Klotz gar nicht mehr da stehen, denn 1946 verfügte die britische Besatzungsmacht, Hamburg von militaristischen und Nazidenkmälern zu reinigen. Daß dies nicht erfolgte, erreichte Hamburgs damaliger Denkmalpfleger Hopp mit der unfrommen Lüge, hierbei handle es sich um ein Mahnmahl für Gefallene, und nun muß die BRD damit leben. Sie lebt geteilt - Springers Presse hat das Monstrum ebenso ins Herz geschlossen wie Hamburgs alte Kämpfer, Neonazis und gelegentlich dorthin abgestellte Bundeswehrabordnungen, und je mehr die mörderischen Großtaten der Vergangenheit zu Brückenpfeilern unserer NATO-Zukunft werden sollen, desto mehr nahmen die anderen Deutschen daran Anstoß. Gelegentlich nehmen sie auch Farbeier. Dennoch: Nicht einmal die markigen Inschriften wurden entfernt, obwohl es dazu - naja - SPD-Beschlüsse gab. Dafür gibt es seit der Wiederaufrüstung der BRD um das Denkmal Kontroversen. Einmal, im Mai 1958, diente es auch KONKRET als Titelblatt, dann gründete sich ein Verein dagegen, als Reaktion wieder einer dafür ...

Nun endlich versuchte sich die Kulturbehörde in einer salomonischen Entscheidung und beauftragte einen der bedeutendsten Gegenwartskünstler, Alfred Hrdlicka, mit einem »Gegendenkmal«. Der Wiener Steinbildhauer, Grafiker und Zeichner erklärt in KONKRET, wie das Mahnmal aussehen soll, mit dessen Aufstellung im Frühjahr begonnen wird.

Konkret 12/83, S. 87

Alfred Hrdlicka

Der Klotz bleibt, aber

...er wird zum antifaschistischen Mahnmal

Als ich dieses Denkmal sah, war für mich sofort klar, daß seine Zerstörung eine sinnlose Tat wäre. Man hat sich ja auch immer gegen Bücherverbrennung gestellt, und Denkmalstürmer und Bücherverbrenner sind nicht so weit voneinander entfernt, obwohl bei Büchern immer irgendein Exemplar in irgendeiner Schublade überleben wird. Von den paar Millionen Hitlerköpfen hätte man ruhig alle wegwerfen können, das waren Massenprodukte. Aber dieses Denkmal ist schon ein passender Ausdruck für den Geist seiner Zeit. Es ist die Verherrlichung des Krieges. Und es gibt die Chance, etwas dagegenzusetzen. Bevor ich ein Buch verbrenne, schreib ich doch lieber ein Gegenbuch. Ich habe es auch als falsch empfunden, daß man dieses Denkmal verzieren, verhohnepipeln wollte. Sich über den Klotz lustig zu machen, hilft ja auch nicht. Lächerlichkeit tötet nicht, sie macht eher unsterblich. Nein, die Sache ist, was sie ist, und da stellt man was dagegen. Es wäre doch schön, an allen Stellen, an denen der Geist des Faschismus wirklich signifikant ist, etwas dagegenzusetzen.

Vom faschistischen Standpunkt her gesehen, ist das Hamburger Kriegerdenkmal in seiner vervielfältigenden Art ja ganz richtig gemacht, da rennen Soldaten um den Block - eine einzige Person, tausendmal oder sechsundsiebzigmal gestanzt. Es verkörpert das Technologische, auf das die Nazis immer gepocht haben. Sie hatten ja den Anspruch, Tradition mit absoluter Moderne zu verbinden, haben gesagt , sie seien die neue Zeit, was in vieler Hinsicht ja stimmte: im Organisatorischen, im Technologischen. Die Nazis waren massentypisierte Avantgarde. Aus dieser Typisierung, diese Menschenschlange, die sich wie eine Katze in den Schwanz beißt, entsteht ein Massenerlebnis, ein in den Krieg Hineinmarschieren, ohne jede Individualität, ein Lied zwei drei ...

Ich will dagegen den Schrecken der Person darstellen, das, was die Leute wirklich erfahren haben. Man geht in Reih und Glied in den Krieg, kommt aber unter Umständen ohne Gliedmaßen zurück. Insofern ist das Hamburger Denkmal ja ein makabrer Witz: ein Kriegerdenkmal ohne Tote.

Ich will also diesem herrlichen Massenerlebnis die persönliche Betroffenheit entgegensetzen, das, was wirklich geschehen ist. Es geht ja nicht gegen irgendeinen Krieg. Es handelt sich um einen ganz bestimmten, und es geht darum, was dieser Krieg mit sich brachte. KZs gab es zwar auch schon unter der Koalitionsregierung Hitler-Papen, aber die Hypertrophie der Massenvernichtung entstand erst im Krieg. Das alles wird gezeigt, aber an der Nazisymbolik festgemacht. Dies ist ein zerborstenes Hakenkreuz, das in vier Rudimente zerfällt. Ein Stück wird dabei aus der Erde ragen, was auch andeuten soll, daß dieses ganze Denken ja unterschwellig noch vorhanden ist.

Meine künstlerische Überlegung dabei war: Ich brauche einen architektonischen Kern. Ich kann ja meine Figuren nicht so durch den Park spazieren lassen, gerade, weil ich sie nicht auf einen Sockel stelle. Sie sollen einem begegnen, im Weg stehen, eingängig sein - gerade, weil die Soldaten auf dem anderen Denkmal so umgängig sind -, ein Forum bilden, auf dem die Leute zu ihrer Geschichte geführt werden.

Das erste Stück, das wahrscheinlich größte, wird der sogenannte »Hamburger Feuersturm« sein. Hamburg hat, ähnlich wie Dresden, eine Art Hiroshima-Erlebnis hinter sich. Ich möchte darauf hinweisen, daß hier der Boden ist, wo der dritte Weltkrieg mit seiner Massenvernichtung von Zivilisten schon geprobt wurde. Natürlich wird hier die Individualität, die ich sonst zeigen werde, weitgehend verschwinden - die Leute sind ja massakriert, verbrannt oder zu Schrumpfleichen geworden. d.

Der zweite Komplex wird as Frauenbild des Faschismus zeigen - das ist schon deshalb nötig, weil auf dem anderen Denkmal nur Männer dargestellt sind. Krieg ist nicht nur Männersache, auch wenn der Heldentod angeblich nur den Männern vorbehalten ist. In diesem Fall werde ich auch - das Denkmal wird ja in Bronze gegossen - ausnahmsweise Stein einsetzen und das deutsche Frauenbild in Marmor meißeln. Das wäre etwas, was ich prinzipiell ungern mache: monumentale Persiflage. Doch dieses marmorne Frauenbild werde ich gegen jene Experimente stellen, die man beispielsweise mit Zigeunerinnen gemacht hat. Die propagierte Schönheit gegen die Wahrheit. Es wird also ein Stück Verlogenheit inmitten dieser verbrannten Bronzefiguren herumstehen.

Ich will keine Revue, und darum werde ich nicht durchgehend lebensgroß arbeiten. Bei allem Naturalismus und Realismus gibt es, unterschiedliche Größenordnungen, falsche Vollständigkeit, fließende Proportionen. Es ist ja der Vorteil von Bildender Kunst, daß man Körpersprache auf das Wesentliche reduzieren kann. Ein Bildwerk, das nicht soweit ist, daß beispielsweise eine Hand die ganze Aussage übernehmen kann, ist nichts wert.

Der dritte Denkmalskomplex, der auch später aufgestellt werden soll, wird eine Erinnerung an Hinrichtungen, Terror und KZs sein. Das wird jenes Hakenkreuz-Bruchstück, das zugleich ein Galgen ist. Der vierte Block hat dann mit Krieg und Zerstörung zu tun, mit Soldaten. Vielleicht zeige ich dabei auch, wie so manches wieder hochkommt - Nationalismus und

Revanchismus wirken ja weiter -, aber das steht noch nicht fest. Bildhauerei ist ja nicht wie ein Hausbau. In der Architektur ist der Entwurf alles und die Durchführung ein technischer Vorsprung. Als Bildhauer habe ich ein Konzept, aber die Durchführung muß sich erst aus der Arbeit entwickeln.

Konkret 12/83, S. 94

Claus Biegert

Plattentips

Franz Josef Degenhardt, lange schon bevor es eine Organisation gleichen Namens gab, einer der aktivsten »Künstler für den Frieden«, stellt radikale Fragen auch an seine eigene Rolle: »Haben Kunst-Werke zum Beispiel neben politischer Rede eine eigene Erkenntnisfunktion? Oder sollen sie nur auflockern, einstimmen, sozusagen eine Friedens-Liturgie herstellen? Oder soll die Zugkraft von Stars aus dem Showbusiness mehr Menschen zur Friedensbewegung bringen?« Degenhardt antwortet mit einer Platte, die einen neuen Maßstab für politisches »Liedermachen« setzen kann. Schon der Titel ist eine Provokation für alle Hans Hatzens und André Hellers- **»Lullaby zwischen den Kriegen«.** Der Titelsong malt eine bitter-sarkastische Vision von der Apokalypse, die Massenbewegung der letzten Monate hat Degenhardts Optimismus kaum aufbauen können: »Die Unterschriftenliste ist sicher schon voll, dann treibt es Herr Reagan nicht so toll«.

H.S.

»Ihr Nicht-Indianer von heute werdet die Indianer von morgen sein«, sagte bei einer Reise durch unser Land Medizinmann Phillip-Deere aus Oklahoma. Die Indianer von heute blicken noch Europa. Die Aktivisten unter den ersten Amerikanern sehen in der Friedensbewegung, den AKW-Gegnern und den Umweltgruppen Partner ihres Widerstands. Wenn die Bäume sterben, so sagen indianische Prophezeiungen, dann ist die Zeit des gemeinsamen Handelns gekommen. Die Ureinwohner Amerikas suchen in uns Verbündete, keine Fans. Für manche alternativen Bleichgesichter sind Indianer jedoch die Heiligen des Atomzeitalters. Idole ohne Makel. Anlaß, darauf hinzuweisen, gibt die »Deutsche Schallplattenkritik«, die ihren Jahrespreis an ein Album verliehen hat, das sich mit Indianischem befaßt: **»Alles ist rund«**

von Poesie & Musik. (Wundertüte /Deutsche Austrophon) »Poesie & Musik« nennt der Schweizer Musiker Réne Bardet sich und seine Kunstform: Er spricht Poesie oder das, was er darunter versteht, Ober Musik, die er mit seinen Freunden macht.

Was Thema und Konzept angeht, so ist Réne Bardet kein Pionier: 1972 veröffentlichte die damalige Münchner Rockformation »Gila« ein Album mit dem Titel »Bury my Heart at Wounded Knee«, ein Beispiel für die Annäherung europäischer Musiker an die Indianer. Und vor zwei Jahren sprach der Filmer und Folksänger Willie Dunn, kanadischer Indianer vom Stamm der Micmac, Prosatexte über seine Musik, und zwar von Hermann Melville, T.S. Eliot und William Shakespeare.

Bardet muß sich den Vergleich mit diesen gelungenen Produktionen gefallen lassen, wenn er 1983 (also 10 Jahre nachdem in allen Medienbereichen begonnen wurde, Ober Indianer zu berichten und Indianer zu Wort kommen zu lassen) Bekanntes und Bewahrtes verbreitet und es dabei in einen erstickend dicken Schal von Verherrlichung und Sentimentalität hüllt.

Die auf der Platte vertretenen Weisheiten und Wahrheiten kreisen um das bei uns verloren gegangene Verhältnis zur Erde und sind bittere und dringende Medizin - doch diese Medizin, versickert im Nebel des Kitsches. Die auch musikalisch oberflächliche Präsentation tötet die politische und philosophische Aussage der authentischen Texte. Réne Bardets Samtstimme produziert eine Feierlichkeit, die das Ganze zu einem Betthupferl für Freaks werden laßt.

Konkret 12/83, S. 94

Kulturnotizen

Unmögliche Möbel

Als »nicht ganz fiktiven Versandhauskatalog« stellte der Westberliner Elefantenpress-Verlag im Frühjahr sein Buch mit »52 absolut unverzichtbaren Lebenshilfen für den modernen Menschen« vor. Die Einschränkung war weitsichtig, denn mittlerweile interessiert sich ausgerechnet die Firma IKEA für den Rundum-Tisch mit seinen 24 Beinen, den Buch-Toaster, die Dusche aus der Dose, die Müllbeseitigungsrakete fürs Küchenfenster und all die anderen Phantasie-Produkte, die sich der amerikanische Erfinder und Happeningkünstler Philip Garner ausgedacht hatte. Fast alle seine Objekte vom Palmwedelschirm (»Palmbrella«) bis zum Cadillac-Kanapee ließ das Möbelhaus nachbauen. Den Winter über sind sie im Westberliner IKEA-Haus zu sehen, anschließend wandert die Ausstellung durch die bundesdeutschen Filialen. Auch den Katalog ließen die Möbelhändler in Lizenz nachdrucken und verkaufen ihn jetzt für die Hälfte des ursprünglichen Ladenpreises, für 7,50 Mark. Bei der linken Elefantenpress blieben wegen solcher Kooperation natürlich ideologische Diskussionen nicht aus. Was aber nicht wegzudiskutieren war: Vom IKEA-Honorar kann der Verlag seinen gefährdeten Galeriebetrieb mindestens ein weiteres Jahr lang finanzieren. Im Dezember zeigt die Elefantenpress in ihren Räumen in der Westberliner Zossener Straße eine Picasso-Ausstehung zum Thema Liebe.

Ratgeber gegen Zensur

Nachdem bayerische Polizisten nun schon Weltliteratur von Schriftstellern wie Anais Nin beschlagnahmen, und nachdem die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verbreitung pornografischer Schriften gegen den Rowohlt-Verleger Wegner weitertreiben will, obwohl sich bereits alle Beteiligten auf Freispruch geeinigt hatten, legen sechs Verlage (Droemer-Knaur, Goldmann, Heyne, Rowohlt, Ullstein und Weltkreis) eine Broschüre mit dem Titel »Wenn der Staatsanwalt kommt« vor. Es ist ein Ratgeber für Buchhändler, denn die sind von der neuen Schnüffel- und Beschlagnahmewelle am meisten betroffen. Aus Angst vor einem Prozeß und einem Eintrag ins polizeiliche Führungszeugnis zahlen sie oft genug hohe Bußgelder, selbst wenn Polizisten willkürlich in die Regale greifen. Die Broschüre ist bei den genannten Verlagen kostenlos erhältlich.

Weihnachtsrätsel

Was ist das: Es singt und summt und hat 128 kleine Schwänzchen?

Der Bad Tölzer Knabenchor

Buchklub-Krimi

Allein bei der Hamburger Verbraucherzentrale gehen jährlich 2.000 Beschwerden von Kunden ein, die von Buchklub- und Zeitschriftenwerbern geprellt wurden. Die Kundenschutzorganisation hat das Problem jetzt näher untersucht. Ergebnis: bei fast einem Viertel der ungewollten Verträge wurden die Unterschriften gefälscht, bei der Hälfte wurden sie erschlichen. Große Buchgemeinschaften (hier beherrscht Bertelsmann mit 70 Prozent den Markt) statten die Werber mit einer Kopfprämie von 100 Mark pro Neu-Abschluß aus. Daß es hierbei kriminell und halblegal zugeht, schadet zwar ihrem Ruf, nicht aber ihrer Bilanz. Denn oft sind die angeblich so günstigen Klub-Angebote in Kaufhäusern oder Buchhandlungen weit billiger zu haben. Wer es merkt, kann erst nach zwei Jahren wieder kündigen (und das tun mehr als eine Million Abonnenten jährlich). Als minimalen Kundenschutz fordert die Verbraucherzentrale ein dreimonatiges Kündigungsrecht.

Steichkonzert für die Opera stabile

Kulturpolitischer Streit in Hamburg ist nichts Neues. Jetzt geht es um die »Opera stabile«, die Experimentierbühne der Hamburgischen Staatsoper. Ihr gesamter Etat von 450.000 Mark (das sind noch nicht einmal die Hälfte der Reinigungskosten für das große Haus) wurde gestrichen, die Bühne muß zum Ende der laufenden Spielzeit schließen. Die 1973 gegründete »Opera stabile« hat in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung für moderne Komponisten und ihr junges Publikum bekommen, vor allem, weil der Mut, moderne Werke auszuprobieren, in Hamburg nicht sehr ausgeprägt ist. »Jenseits der Service-Kultur der Opern- und Ballett-Galas hat die 'Opera stabile'«, so der Komponist Jens-Peter Ostendorf in einem Protestschreiben an die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt, »durch Workshops und

Werkkommentare ein nicht nur konsumierendes Publikum herangebildet.« Doch die Kulturbehörde will für die Schließung nicht verantwortlich sein: »Es ist nicht einzusehen, warum bei einem Subventionsvolumen von 52 Millionen Mark für die Gesamt-Oper 450.000 Mark nicht woanders eingespart werden können.« Dem widerspricht der Verwaltungsleiter der Staatsoper Hans-Joachim Zirkel: »Der Großteil unserer Ausgaben sind feste Kosten, an denen nicht gespart werden kann, zudem hat der Senat bereits in seinem Haushaltsplan den Etatposten Opera stabile gestrichen, die Schließung ist gewollt.« Im Oktober verlieh die Kulturbehörde dein Komponisten Hans-Werner Henze den Bachpreis. Gespielt wurde er in Hamburg fast nur in der »Opera stabile«.

Zitat

»Günter Grass hat ein gutes Buch geschrieben, nämlich die »Blechtrommel«. Und das vor 25 Jahren - nachher nichts mehr. Günter Grass wollte lieber das Gewissen der Nation werden. Ich hasse ihn.«

Peter Handke

TV-Tip

Früher, als die Deutschen in Sven Hedin, Marco Polo, Alexander von Humboldt, James Cook und Martin Beheim exzellente Fern(!)sehkorrespondenten besaßen, waren sie aufs beste informiert. Dann riß die Spökenkiekerei ein, und fortan verdunkelten saugnopfbewehrte Standbilder von der Gdansker Leninwerft und der Bliemchentapete in Sacharows Wohnküche den Blick in die unermeßlichen Weiten des Roten Oktobers. » Es werde wieder Licht!« sagten da Hanns Christian Müller und sein Arbeitskamerad Gerhard Polt. Und sie rüsteten eine mit zehn Faß Freibier verproviantierte Moskau-Expedition aus. Dabei: Die Denkendorfer Blasmusik und, wie sich's für ein Filmteam gehört, Kamera und Ton. Wieder daheim am Stammtisch zu Schliersee, wo Gisela Schneeberger bedient, helle Erregung: »Der Bürgermeister von Moskau« (so heißt das Dreiviertelstundenstück) hat sich zum Gegenbesuch angesagt. Schorsch, der Stammtischgrantler mit dem Gefrierfleischorden weiß schon, wie ihn witzig begrüßen: »Rucki werch« - Händehoch. Und überhaupts: Es ist einmal wieder alles »fast wia im richtigen Leben« (so heißt die Serie). Mei, tuat des guat, de Gaudi, am 19. Dezember, auf'd Nacht um dreiviertelzehne, im erstn Kanal, in diesem unseren dumpfsüchtigen Lande, wo vom Dorfdeppen bis obi zum Staatssekretarius a jeda sich einbildt, daß eahm da Andropow dereinst in der Stunde 00 persönlichst d'Urri-Urri zwickt (vulgo: die Uhr enteignet), P.S. Kollege Tomayer von den »Deutschen Gesprächen« in einer Nebenrolle mitwirkend.

Konkret 12/83, S. 96

Berndt W. Wessling

Karajan und sein braunes Poulos

Ein Buch wird im bundesdeutschen Blätterwald nahezu totgeschwiegen. weil es einen Mythos enthüllt und ein Idol vom Sockel reißt? Weil es einen der bedeutendsten Künstler unserer Tage als Betrüger vor der Geschichte entlarvt, sein »Image« zerstört und seine moralische Brüchigkeit überdeutlich ans Licht zerrt? In der Tat. Aber auch, weil es den meisten hierzulande höchst peinlich geworden ist. wenn es ruchbar wird, daß jemand, der im Rampenlicht steht, eine finstere, schmierige politische Vergangenheit hat. Wie zum Beispiel Star-Dirigent Herbert von Karajan, auf der ganzen Welt als Dirigierwunder und erste musikalische Kapazität gepriesen.

Wäre er doch ein Kommunist gewesen! Dann hätte er´s verdient, zur Sau gemacht zu werden. Aber das war er, wie seine Fans sagen, Gott sei Dank nicht. Er ist »nur« (gleich) zweimal der, NSDAP beigetreten und hat immergerade dann bei »Führers« in Berlin dirigiert, wenn dort große Fete war. Über die Maßen hat er dem Regime genützt, war ein Liebkind bei Goebbels und Göring. Aber viel wichtiger für ihn: daß die Nazis ihm halfen, seine Karriere aufzubauen, daß sie das »Wunder Karajan« erfanden, das noch heute die gesamte Musikwelt blendet. Und er, Legende noch zu Lebzeiten, dankt es den Größten des Dritten Reichs, indem er seiner Umwelt attestiert, im Hinblick auf seine nazistische Vergangenheit überhaupt kein schlechtes Gewissen zu haben. »Das hat mich ja sehr weit gebracht. Ich würd's genauso noch einmal machen!« Das sagt er unverblümt, ungeniert.

Irgendein Schreiber, fand vor Jahren heraus, daß Herbert (alias Heribert) von Karajan eigentlich Karajanopoulos heiße, weil es schrecklich viele Griechen zwischen Kreta und Mazedonien gäbe, deren Familienname mit einem »poulos« ende. Dieses »poulos« ärgere den Maestro maßlos. Er ließ landauf, landab dementieren. Sogar durch sein anwaltliches Heer.. Er besäße »aktenbeweisfällig« weder eine solch hanebüchen dumme, noch sonst eine andere Endung. Seine Vita liege glasklar auf dem Tisch, für jedermann einsichtig. Das »poulos«, was übersetzt Hähnchen heißt, sei eine Ente.

Was, auf dem. Tisch lag, war zusammengetragen von Liebedienern wie Karl Löbl, heute beim Österreichischen Rundfunk, und Ernst Häusserman, weiland Direktor des Wiener Burgtheaters« (beide dafür hinreichend bekannt, daß sie ungeniert alles zu Buch mengen, was ihnen .»Stars« ins Ohr flüstern, und das sie dann als historienwahre Dokumentation verhökern lassen), war zwar ein Lebensbericht, aber ein schamlos zusammengeklitterter, verhobelter und ganz auf die Billigung des empfindsamen Maestro abgestellter. Erst jetzt erscheint uns das Bild Karajans »glasklar«, dank einer biographischen Dokumentation des Schweizer Musikwissenschaftlers Robert C. Bachmann. Er führt uns vor Augen, was sich hinter dem »Wunder Karajan« verbirgt, wer dieser Mann eigentlich war und. ist und wie er mit einem autokratischen Machtvolumen seine Geschichte eingefärbt hat. Besser: entfärbt. Denn die braune Farbe aus seiner Vita zu tilgen, gelang ihm über Jahrzehnte hindurch beinahe ohne Rückstand.

Jetzt bricht das angeblich so moralische »Imperium Karajan« zusammen: unter dem Geheul seiner Mit-Macher, seiner Diadochen in den Plattenzentren, seiner Propheten und Jünger. Berlins »Star«-Kritiker Klaus Geitel machte den Karajan-Entlarver in der »Morgenpost« (Springer) runter, als handele es sich um einen Sittenstrolch, der ein Volksheiligtum geschändet hat. Doch inzwischen sind die Darstellungsbeauftragten des musikalischen Zuchtmeisters offensichtlich angewiesen worden, ja nichts mehr über den »Anschlag« des übelsten aller Nestbeschmutzer, eben Bachmanns, zu verbreiten. Totschweigen sei strategisch richtig. Der komme doch mit seinen »wüsten Lügen« gar nicht »hinten hoch«, meint einer der Presse-Adjutanten im Schellack-Konzern von Zar Herbert. Die dem Bachmann-Buch beigegebenen Parteibeitritts-Akten und Faksimiles, selbst in der Handschrift des Maestro, werden als »grobe Fälschungen« ausgegeben.

Daß es Karajan gelang, sein braunes »poulos« , das ihm nun doch anhängt; ob er will oder nicht, so lange zu verdecken, daran hatten seine »Helferiche« großen Anteil, die Namen (und man sollte altmodisch sagen: Ehre) daransetzten, ihn reinzuwaschen, Daß man bei Bachmann liest, es seien vor allem Elisabeth Schwarzkopf (seit 1940 Parteimitglied) und ihr Mann Walter Legge gewesen, die Karajans politische Unschuld eidesstattlich versichert hätten, enttäuscht jene maßlos, die vor der vollendeten Kunst der Sängerin den Hut zogen. Die Schwarzkopf selber täuschte die Entnazifizierungs-Kommission mit gefälschten Fragebögen über ihr Leben. Bachmann: »Mit der Einrichtung eines Gesangsseminars der Herbert-von-Karajan-Stiftung im Sommer 1982 schloß sich der Kreis der langjährigen künstlerischen Liaison der beiden ehemaligen Parteigenossen.«

»PG« war Herbert von Karajan eine Woche nach dem ersten organisierten Pogrom der Nazis gegen die deutschen Juden geworden. Mitgliedsnummer 1607525, Ortsgruppe Neustadt in Salzburg. Datum: 8. April 1933. Er ist 25 Jahre alt und 2. Kapellmeister an der Oper in Ulm. Am 1. Mai 1933 tritt er in Deutschland ein zweites Mal der NSDAP bei, Ortsgruppe Ulm, Gau Württemberg. Bachmann kann dieses zweimalige Procedere nicht ganz erklären: »Was Karajan bewog, der Partei beizutreten, bleibt zwar im dunkeln. Aber sein Persönlichkeitsbild und seine Verhaltensweise liefern Indizien dafür, daß eine Affinität zu bestimmten Erscheinungsformen des Nazitums zumindest eine gewisse Bedeutung für den

Parteibeitritt gehabt haben könnte.«

Was immer das heißen mag: Der unaufhaltsame Aufstieg des Kapellmeisters Herbert von Karajan beginnt. Ulm wird rasch Vergangenheit, ebenfalls Aachen, wo er den *»Blutzeugen«* (Träger des NS-»Blutordens«) Peter Raabe aus dem Dirigieramt verdrängt. Um Wichtiges zu erreichen, so Karajan in einem Interview aus dem Jahre 1981, hätte er »einen Mord begangen«. Der NSDAP sei er beigetreten, wie wenn man einem Schweizer Alpenverein beitritt. Bachmann resümiert: »Wer als ehemaliger, aktiv an der Kulturwerbung für Hitlers neues Reich teilnehmender Parteigenosse nach den Verbrechen von Auschwitz, diesem grauenvollsten Einbruch totaler Unmenschlichkeit, die Mitgliedschaft in der NSDAP mit einer Alpenvereins-Zugehörigkeit gleichsetzt, wer nach Millionen ermordeter Juden sagt, er würde es genauso noch einmal machen, der hat, meine ich, nichts begriffen von dem, was Menschsein bedeutet.«

Aber Karajan wird die Welt weiter mit Anekdoten über sein Leben beliefern, wie jene, die ihn aus dem unangenehmen Entnazifizierungsprozeß riß und mit der er glaubhaft machen wollte, daß Hitler ihn haßte und daß er »in Wirklichkeit« ein von den Nazis Verfolgter gewesen sei.

Nachdem er die glänzendsten Soirees der Nazis in der Linden-Oper absolviert hatte - so Karajan -, nachdem er seinen Hauptgegner Furtwängler weitgehend, isoliert hatte und zu einem der Repräsentations-Dirigenten der braunen Mafia geworden war, geschah das »Unglück«. Der berühmteste Wotan und Hans Sachs seiner Zeit, Rudolf Bockelmann, ein versoffenes Genie, habe eine Aufführung der »Meistersinger« in Gegenwart Hitlers geschmissen. Und das sei sein, Karajans, »out« gewesen, denn der Führer habe sich rückhaltslos hinter Bockelmann, Parteiobmann der Sänger bei den Bayreuther Wagner-Festspielen, gestellt.

Diese Geschichte nahmen die Entnazifizierer dem Kapellmeister Karajan ab, niemand prüfte nach. Bockelmann, der 1958, unmittelbar nachdem er zum ersten Mal von Karajans Vorwürfen erfuhr, in Dresden den Herztod starb, führte ein Repertoire-Buch. Es enthält vom ersten bis zum letzten Tag seiner Laufbahn alle Vorstellungen, alle Besetzungen, alle Wichtigkeiten. War Hitler anwesend, so stand das vermerkt. Geschah etwas Besonderes, etwa der Einmarsch der deutschen Truppen in Paris, so kam das ins Buch. Für 1940 sind in Berlin zwei »Meistersinger«-Aufführungen eingetragen: am 6. April und am 14. Juni. Von einem Gastspiel Karajans ist nichts vermerkt. Und da auch Robert Heger, Staatskapellmeister an der Linden-Oper, ein Repertoire-Buch führte, kann man sehr rasch nachprüfen, wer die besagten Aufführungen dirigierte. Auf keinen Fall Karajan. Und auch Adolf Hitler war an diesen beiden Abenden nachweislich nicht in der Oper.

Erstaunlich auch, daß Bockelmann, dessen schriftstellerischer Nachlaß inklusive Tagebuchnotizen existiert, auch in den folgenden Jahren immer nur Positives über Karajan berichtet, selbst noch 195 1, als sich beide im Wielandschen Bayreuth en passant begegneten.

Nun ist das vorliegende Buch nicht nur Anklage. Es wird in großen Zügen durchaus auch dem künstlerischen Phänomen Karajan gerecht, wenn auch interpretatorische und musikanalytische Komplexe fehlen. Die sind auch gar nicht notwendig, denn die Ästhetik dieses Musikers ist aus seinem existentiellen Bereich herauszufiltern. Man hat den Eindruck von zwei grundverschiedenen Personen. Die eine stellt das Abbild des fanatischen Karrieristen, des managenden und jedes Hindernis grausam vernichtenden Autokraten dar, eines Mächtigen, für den Macht das einzige Elixier des Lebens ist, dem jede Regung untergeordnet wird; die andere zeigt einen genialischen Nachempfinder, vor dem selbst Furtwängler, Bruno Walter und Bernstein es schwer haben zu bestehen.

Machtwille bindet die beiden »Personen« aneinander. Daß Robert C. Bachmann, seit den Sechzigern dem Phänomen Karajan auf der Spur, es gewagt hat, die beiden Existenzen in der Person Karajans schon zu dessen Lebzeiten zu trennen, daß er dem Welt-Star sozusagen das künftige Testament vor der Geschichte diktiert und schon zu Lebzeiten preisgibt, hat beinahe etwas Tragisches an sich. Aber auch - und vor allem - etwas Nützliches: daß nämlich Geschichte wahr wird, wenn man an die Wurzeln der üppigen Pflanze gerät, die von alle Welt bewundert wird.

»Das Wunder Karajan« - Diese von seinen Plattenfirmen und Public-relations-Managern vielgebrauchte Metapher stammt von einem »Kulturbetrachter« der Nazis, von Edwin van der Nüll (Oktober 1938). Diese Kennzeichnung in der »B.Z. am Mittag« brachte Karajan mehr ein als ein »Goldenes Parteiabzeichen«. Davon lebt er bis heute. Das unverbesserliche Welt-Wunder, das sich nun damit zurechtfinden muß, ein braunes »poulos« zu haben.

»Karajan« - Anmerkungen zu einer Karriere, von Robert C. Bachmann, Econ-Verlag, Düsseldorf, 399 Seiten, 36 Mark

---

Kasten Seite 98/99

Vor der Walküre in der Pariser Opéra: das Horst-Wessel-Lied

Auszüge aus der Karajan-Biographie von Robert C. Bachmann

(Karajan) läßt sich bereitwillig von den Nazis vor den Karren spannen. Eingespannt in die Kulturwerbung für Hitlers neues Reich, erhält er schon bald Gelegenheit, sich zu bewähren. Zum Beispiel beim NSDAP-Kreisparteitag Ende Juni 1935 in Aachen, nachdem er bereits zum Geburtstag des Führers und Reichskanzlers am Karsamstag eine Festaufführung des »Tannhäuser« und zehn Tage später in geschlossener Vorstellung für die NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« Beethovens »Fidelio« leitete. Zur Feierstunde am Samstag, 29. Juni, auf dem Katschhof hat Karajan vier Wochen lang ein wirkungsvolles Programm mit Werken eindeutiger Tendenz für ein nach Tausenden zählendes Publikum einstudiert, dem u.a. Gauleiter Josef Grohe und Reichsinspekteur Rudolf Schmeer den Glanz auswärtiger Parteiprominenz leihen. Zu hören gibt es neben den festlichen Hymnen »Licht muß wieder werden« von Otto Siegl und »Unsere Seele« von Bruno Stürmer den Adolf Hitler gewidmeten Zyklus »Feier der neuen Front« op. 65 von Richard Trunk mit dem Text von Baldur von Schirach, dem Reichsjugendführer der NSDAP und späteren Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien. Die einzelnen Sätze des für Männerchor komponierten Staatsmusikwerkes tragen die Überschriften »Hitler«, »Des Führers Wächter«, »0, Land« und »Horst Wessel«. In ihm wird eine »gewaltige Vision« zum Klang: »Das Bild herandrängender brauner Massen, die nach dem Tode des Helden die Fahne umscharen, sie aufpflanzen und das Land retten.« Die von Karajan für Führer, Partei und Reich zelebrierte Weihestunde auf dem historischen Katschhof zwischen Dom und hakenkreuzgeschmücktem Rathaus gestaltet sich als »nationale Gemeinschaftsfeier« zum künstlerischen Höhepunkt des Aachener Kreisparteitages. Denn das auf über 100 Mann verstärkte Städtische Orchester und die 750 Schützensänger des Massenchores symbolisieren im Schein der Bogenlampen »die wuchtige Geschlossenheit einer Masse von Männern, die sich zu einer politischen Idee und zugleich zu einem großen, künstlerischen Gedanken bekennen wollen«. An diesem denkwürdigen Sommerabend, an dem »Herbert von Karajan sich in den Dienst dieser Idee gestellt hat«, beweist er, wie der Westdeutsche Beobachter anerkennend festhält, »daß er der Mann ist, der die Neuorganisation unseres Kunstlebens in dem Sinne und in der Richtung, wie es der Nationalsozialismus fordert, in die Wege leiten kann«. Mit dem von Karajan, Orchester und Chor angeführten Gesang des Horst-Wessel-Liedes und einem Fackelzug der Hitlerjugend schließlich wird das »bedeutendste Ereignis der deutschen Westmark« feierlich beschlossen.

*

In Aachen, wo »ein waches und starkes völkisch-nationales Bewußtsein lebt« und man mehr als anderswo im Reich spürt, »wie sich jeder bemüht, Zeugnis abzulegen für Adolf Hitler, dem dieses ehemals gefährdete Grenzland zu besonderem Dank verpflichtet ist«, wo man weiß, »daß man deutscher Vorposten ist«, feiert Karajan und mit ihm die ganze Stadt die Heimführung Österreichs ins Reich auf ganz besondere Weise. »Zur Feier der großen Befreiungstat Adolf Hitlers und der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich« bringt, wie die Theaterleitung stolz ankündigt, Karajan eine hurtig eigens zu diesem hochbedeutsamen Zusammenschluß in vier Wochen vorbereitete Neueinstudierung von Beethovens Freiheitsdrama »Fidelio« heraus. Als einzige Bühne weit und breit feierte man in Aachen abseits ausgetretener Pfade am Karfreitag, 15. April 1938, mit Beethovens monumentalem Befreiungswerk »als künstlerisch weltanschauliches Symbol der Befreiungstat des Führers« und »als Ausdruck der Größe dieses geschichtlichen Ereignisses« die Einverleibung Österreichs in den nunmehr großdeutschen Reichskörper. Fünf Tage später erhält Karajan erneut Gelegenheit, sich als treuer Parteigenosse zu beweisen. Aus Anlaß des Geburtstages Adolf Hitlers erweist er am 20. April mit einer festlichen Wiederholung des »Fidelio« seinem Führer feierliche Reverenz.

*

Im besetzten Paris verrichtet Karajan als großdeutscher Künstler nachhaltig wirkende Propagandaarbeit, die Kultur als politisches Werbemittel einsetzt und für tönendes Deutschtum wirbt. In der Weihnachtszeit vom 16. bis 19. Dezember (1940) führt Karajan im Trocadero und im Palais de Chaillot die » Hohe Messe in h-Moll« von Bach auf. Zuerst, organisiert in Zusammenarbeit zwischen dem Propagandaministerium und der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude«, vor rund 3.500 deutschen Soldaten im Rahmen der Truppenbetreuung, dann auch für französisches Publikum. Unter den Anwesenden befindet sich auch der prominente, kaum kulturinteressierte und alkoholsüchtige Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront und Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley.

Im März gastiert Karajan mit der Berliner Staatsoper in Rom. Vom Publikum triumphal gefeiert, trägt er auch hier als kultureller Sendling des NS-Staates den Respekt einer begeisterten Zuhörerschaft ein. Im Mai ist er abermals in Paris, um die siegreiche Kulturmacht des Hitler-Regimes zu demonstrieren: In der Opéra gibt er mit der Staatsoper Berlin Wagners »Walküre«. Als Einleitung läßt er die Berliner Staatskapelle das Horst-Wessel-Lied intonieren.

Konkret 12/83, S. 100

Reinhard Hesse

Bücher: WAVWI NESZÄ ANEIUM

Für Henry Miller war es das "Werk eines Genies": Kenneth Patchens 1946 veröffentlichtes Buch "Schläfer erwacht", das jetzt erst auf deutsch erschienen ist

Normalerweise hätte ich einem Buch, das schon auf dem Einband als »Aufruf eines Dichters an alle zum mühevollen Kampf gegen Krieg, Unmenschlichkeit, Unterdrückung und Heuchelei« angedroht wird, keine über ein ermüdetes »Schon wieder!« hinausgehende Beachtung geschenkt. Wenn nicht - ja, wenn es nicht Henry Miller gewesen wäre, der dieses Lob über Kenneth Patchens »Schläfer erwacht« in die Welt gesetzt hat.

In der Tat sind es weit mehr als ein paar Banalitäten, die der 1972 verstorbene Patchen in diesem Buch, seinem Hauptwerk, ausbreitet. Er mißtraut dem Pathos, findet seine eigenen Worte vom »unbeschreiblichen Wunder am Leben zu sein« im nächsten Moment »fade und muffig wie die Kleider einer Leiche«. Er schlägt sich mit der Frage herum, »die noch kein Quizmaster oder Werbetexter beantworten konnte«: wozu wir auf der Welt sind - »müssen wir wirklich in Häusern leben, mit der Eisenbahn fahren, den ganzen Tag auf den Briefträger warten, der sowieso nie den richtigen Brief bringt?« Er wettert dagegen, daß Kultur zum Besitz geworden ist, warnt vor den »netten und guten Leuten«, die doch nur »gefährliche Irre« sind: »Laß sie nur einmal von irgend etwas Schönem und Reinem Witterung kriegen, und sie werden es Stück für Stück auseinanderreißen, bevor du noch Demokratie sagen kannst.«

Es hat keinen Zweck, weiter aus dem aphoristischen Schatzkästlein zu zitieren, das dieses wirre, genial-verwirrende Buch darstellt. Vergeblich wird der Leser nach einer durchgängigen Handlung suchen - dabei quillt das Buch über vor Handlungen und Aktionsfetzen. Patchen springt - mitunter auf einer Seite - zwischen verschiedensten Typographien umher, mit riesigen Versalien gefüllte Kästen treiben in loser Abfolge über mehrere hundert Seiten eine Geschichte in der Geschichte voran, in ihr, natürlich mit neuer Typographie, eine neue Geschichte entstehen lassend. Seitenweise übt sich Patchen in visueller Wortstruktur, grafischer Poesie - die Originalausgabe erschien mit einer Auflage von 75 gemalten Büchern! -, lange bevor das, was wir »konkrete Poesie« nennen, populär wurde. Kein Wunder, daß deutsche Verleger sich UM dieses Werk nicht eben rissen, das nicht einfach übersetzt, sondern auch typografisch adoptiert werden mußte. Marc Adrian hat mehr als eine erstklassige Übersetzung besorgt, hat sich auch »courts mahl« genuin deutsche Sprachspiele als Äquivalent zum Original einfallen lassen. Und Jörg Schröder, der den Umbruch für seinen »März«-Verlag selber rekonstruiert hat, hat wieder einmal bewiesen, daß er vom Büchermachen erheblich mehr versteht als vom Geschichtenerzählen.

Nun geht es mir mit dieser Art Literatur häufig wie mit Freejazz: sie beeindruckt, reißt mit, aber vor allem strengt sie an - und am Ende bleibt meist ein Restverdacht, daß die Leute mit Sprache oder Musik nur deshalb so wild rumexperimentieren, weil sie keine ordentlichen Geschichten erzählen oder Melodien erfinden können. Aber, um beim Beispiel zu bleiben: dieser Patchen ist Coltrane vom Feinsten. Er beherrscht die Formen, durch die er seine Leser im Höllentempo treibt, ob es die Märchenerzählung von der Wanderung zweier Liebhaber durch die Schlachtfelder des Krieges ist oder die Ballade des späten Mittelalters; ob die streckenweise logbuchartig geschriebene Erzählung vom »Mann mit der abnehmbaren Schädeldecke«, der ein »sinnloses Spielzeug« erfunden hat, aus dem eine winzige weiße Flagge emporschießt und das »WAVWI NESZÄ ANEIUM« (WArum Versuchen WIr Nicht ES Zu Ändern ANstatt EInander UMzubringen) gerufen wird - oder der Nonsens-Kurz-Krimi. Gewiß, oft schleppt es sich hin bis zur Offenbarung, mit der ein einfacher Satz oder eine gekonnte Pointe der Konfusion ein Ende setzt. Dann sollte man das tun, was Patchen selbst, in großen Buchstaben mitten im Text, von Sternchen umrahmt, empfiehlt: »Leg dieses Buch ein paar Stunden weg, geh aus und tu irgendwem irgendwas zuliebe.«

Kenneth Patchen Schläfer erwacht«, 382 Seiten, März Verlag, 48 Mark

Konkret 12/83, S. 100

Michael Schneider

Bücher: Der Tod als wahres Sein

Der ehemalige DDR-Schriftsteller Günter Kunert ist zum meistgefeierten Lyriker der Bundesrepublik geworden. Sein neuer Gedichtband "Stilleben" setzt die "Trauerarbeit" der vorangegangenen beiden Lyrikbücher "Unterwegs nach Utopia" und "Abtötungsverfahren" fort

Die zum Verzweifeln schöne absteigende Tonfolge der Kunert'schen Poesie scheint geradezu zur Erkennungs-, ja Lieblings-Melodie des hiesigen Feuilletons geworden zu sein: Geschichtsverzweiflung in Versen - und zwar für den erlesensten Geschmack! Die Würdigung der unbestreitbaren artistischen Fähigkeiten dieses Lyrikers, seiner formalen Meisterschaft, seines virtuosen Umgangs mit der literarischen Tradition etc. pp. überlasse ich also für diesmal seinen zahlreichen Bewunderern auf der feuilletonistischen Galerie, die auch die allerneuesten lyrischen Simulationen dieses Untergangs-Künstlers mit brausendem Applaus bedacht haben.

Wie uns der Klappentext der neuesten Gedichtsammlung »Stilleben« versichert, verweisen diese Gedichte auf eine vertiefte »Trauerarbeit«. Lange Zeit ließ sich Kunerts Poesie, vor allem seine eindringlichen frühen Prosastücke, als dichterischer Gegenentwurf zur Trauerunfähigkeit seiner Landsleute versehen. Der schmückende Beiname »Dichter der Traurigkeit«, mit dem Kunert alsbald geadelt wurde, verwies denn auch auf die besondere Empfindlichkeit und Verletzlichkeit dieses Poeten, der gleichsam stellvertretend für seine abgebrühten Zeitgenossen am gesamtdeutschen Wesen zu leiden schien und die von ihnen verdrängten Ängste in seinen Gedichten formulierte.

Die Angst, hat Wilhelm Reich einmal gesagt, spielt in der psychischen Ökonomie dieselbe Rolle des Äquivalents wie das Geld, der materialisierte Tauschwert, in der kapitalistischen Ökonomie. Wie dieses alle Gebrauchswerte, nivelliert jene alle Gefühlswerte. Die Angst verwandelt gleichsam alle Farben der Gefühlspalette in ein uniformes Grau-Schwarz. Demnach ist Kunert schon lange kein »Dichter der Traurigkeit« mehr, der ja (wie er selber sagt) dialektisch die Fähigkeit zur Fröhlichkeit und zum Glücklichsein korrespondiert, vielmehr der Verseschmied einer chronisch gewordenen Depression.

Er ähnelt jenem Prinzen der Sage, den der Blick zurück, das heißt in die eigene Vergangenheit, versteinern ließ. So geht es Kunert mit seiner DDR-Vergangenheit. Sein Abschied von der DDR war keiner in Trauer, es war vielmehr eine eisige, ja, haßerfüllte Trennung von dem Land, das ihm einst nicht nur politische Heimat, sondern auch Gegenstand seiner patriotischen Verehrung gewesen ist. Davon zeugen manche seiner früheren Gedichte, die im Westen, versteht sich, nie publiziert worden sind. Ich habe sie per Zufall einmal in die Hand bekommen. Soviele Belege Kunert für die - gewiß! - bürokratisch erstarrten und versteinerten Verhältnisse der DDR (in seinem Gedichtband »Abtötungsverfahren«) anzuführen weiß, es ist nicht zuletzt sein eigener gorgonischer Blick, unter dem sich seine Vergangenheit in eine einzige "tote Zone« verwandelt: *»Da ist nichts mehr / zu beschreiben. Statt dessen / verhöhnt Beton alles Eingedenken.« So* beginnt das Gedicht »Berlin«.

Wo die eigene Vergangenheit zum »Niemandsland« erklärt wird, da muß auch die Gegenwart zum »Stilleben« im Sinne von stillgestelltem Leben, ja, zur »Nature Morte« werden, wie eines der Leitgedichte des Bandes heißt: *»Fade Wiederholung: / Dieser Abend eines vorigen und / vorvorigen. Wieder täuscht Ruhe /Frieden vor ... Am Ende sind die Taschen leer / wie am Anfang. Und über das Fensterbrett zieht das apokalyptische Heer der Ameisen schon ...* « Wer aus seiner Vergangenheit nichts mitzunehmen weiß, dem wird auch die Gegenwart »leer«.

Kein Wunder, daß sich in den neuen Gedichten die Metaphern der Leere, des Nichts und der Stille stereotyp häufen. Fast könnte man sagen, Kunert kokettiere mit dem Nirwana-Gefühl. Seine einzig noch erkennbare Euphorie scheint dem Horror vacui zu gelten: *»Statt eines Traumes lauter leere Taten« ... »Sprachlos über die leeren Seiten der Geschichte gebeugt« ... »Es brennt die Welt sich selber langsam leer« ... »und dabei hatte ich einstmals / die ganze Erde im Griff / und nun: Nichts in der Hand«.*

Zwischen »Allem oder Nichts« gibt es bei Kunert kein Etwas. Es ist dieser teutonische Absolutismus seines Denkens und Fühlens, der seine Verzweiflung, die doch erhaben sein möchte, unfreiwillig in die Nähe gekränkter Omnipotenz-Phantasien und pubertärer Sinnkrisen rückt. Wer die Hand immer gleich nach der »ganzen Erde« ausstreckt und den Blick immer gleich ins Kosmische richtet, dem müssen Hand und Blick natürlich leer werden. Und wer »den Sinn« hinter den Sternen sucht, statt im 'konkreten Menschlichen und Geschichtlichen, der wird freilich nichts finden.

Mit der Geschichte jedoch, vor allem mit der des »realen Sozialismus«, ist Kunert schon lange fertig. Warum der DDR-Sozialismus, unter den gegebenen historischen Umständen des postfaschistischen Erbes und der stalinistischen Umklammerung degenerieren mußte - diese Frage stellt sich auch der Essayist nie. Stattdessen projiziert der Lyriker seine Enttäuschung am »realen Sozialismus« nun auf die ganze Weltgeschichte zurück. Heraus kommt dabei - wie könnte es andes sein! - ein stockkonservativer Sozialdarwinismus (nämlich daß der Mensch dem Menschen übler ist als ein Wolf) und die Menschheits- als verfehlte Fortschrittsgeschichte, als ununterbrochene Geschichte der »Aberrationen«. Nur Kunerts lyrische Ideologiegeschichte ist natürlich von dieser universalen Aberration ausgenommen. »Der« Mensch ist ihm

eine »ausgesetzte Fehlgeburt«, ein Wesen, das sich selbst verschlingt. Zuweilen glaubt man zwischen den misanthropischen Zeilen herauszuhören, daß diese anthropologische Mißgeburt ihren Untergang eigentlich verdient hat.

Wo die Natur nur noch als »Nature Morte« und die gesellschaftliche Natur des Menschen als bloße Maskierung seiner Raubtiernatur gesehen wird (»du bist ein Tier. Und bist es stets geblieben«), da erübrigt die Einsamkeit als einziger Modus des (dichterischen) Existierens. Wer diese Daseinsweise freiwillig oder notgedrungen wählt, dem wird niemand einen Vorwurf daraus machen. Wo aber, wie bei Kunert und seinem feuilletonistischen Anhang, die Einsamkeit zur höheren Daseinsweise, ja, geradezu zum Signum des poetischen Geburtsadels verklärt wird, da ist Einspruch geboten. Daß der dem Tod geweihte Dichter eigentlich der »wahre Dichter« sei - diesen romantischen Edelkitsch hat Kunert erst kürzlich wieder in einer »FAZ«-Besprechung von Nikolas Borns Lyrik verbreitet: »Allein es gehört zu den psychischen Implikationen dieser besonderen Gattung, daß ihre Schöpfer dem Tode auf gewisse Weise näher sind als andere Autoren.«

Den Tod, den Goethe einmal einen »Kunstgriff des Lebens« nannte, hält Kunert für das einzig wahre Sein, während für ihn die Vielfalt des Lebendigen - barock gesprochen - nur eitles Blendwerk, kolorierter Schein ist. Kunert teilt zwar die Todessehnsucht des späteren Barock, ohne jedoch - Puritaner, der er ist - an dessen überbordender Lebens- und Sinnenlust teilzuhaben.

Auf der anderen Seite scheint er an nichts mehr zu leiden als an seiner Vergänglichkeit und Sterblichkeit - ein Schicksal, das er freilich mit allen Artgenossen teilt. Kunert scheint sich einfach nicht damit abfinden zu können, daß er Unsterblichkeit höchstens mit seinen Gedichten erreichen kann, zum Beispiel mit diesem: *»Die Kugel soll verfliegen / auf der wir alle stehen / Ich bin an Deiner Seite / und laß es doch geschehen«. Soll* man es Leicht- oder Hintersinn nennen, daß der Dichter ausgerechnet die ehemalige Reichshaupt-Stadt, vierzig Jahre nach dem »Endkampf«, noch einmal dem apokalyptischen Feuerteufel überantworten will? *»Berlin du späte Totenstadt / vergraut und still wie nie zuvor... Du wirst versinken und vergehen / wie andere Städte einstens auch / Berlin - auf Nimmerwiedersehn. Verfall zu Staub, steig auf in Rauch.«* Günter Kunert - oder das klammheimliche Einverständnis mit dem Weltuntergang.

Kunerts Endzeiterwartung kommt mir zuweilen vor wie eine säkularisierte und ins Gegenteil verkehrte christliche Eschatologie, sein mönchisches Starren auf das Weltende (das ihm als sicher gilt, obwohl er sonst alle Sicherheit ablehnt) wie eine umgekippte Jenseitserwartung. Die Apokalypse wird ihm gleichsam zum Religions- und Ideologie-Ersatz.

Wenn sich der klassische Kitsch, sei es in der Malerei, sei es in der Literatur, durch eine widerspruchslose Darstellung, durch Schönfärberei und Vergoldung seines Gegenstandes definierte, so läßt die monotone Schwarzmalerei der Kunert'schen Endzeitlyrik den Umkehr-Schluß zu: daß wir es hier mit *schwarzem Kitsch* in edelster Form zu tun haben.

Günter Kunert: »Stilleben«, 100 Seiten, Hanser-Verlag, 19,80 Mark

Konkret 12/83, S. 100

Horst Tomayer

Bücher: Salut für Wolfgang Neuss

Was - sechzig soll er werden, am 3. Dezember, der Wolfgang Neuss? Sechzig soll er werden --der Schlachterstift, das Frontschwein, der Lebensmittelkartenabreißer, der Populist mit der Pauke, das Leinwandluder, der APOdiktiker, der Canabisquitbäckerbursche, der Provo-Kantor der »Kirche der Hascher der Letzten Tage«, die einzige notariell beglaubigte Original-Luis-Trenker-Kopie - sechzig soll der werden? Wird er wohl auch (verfluchte Geburtsurkunde), nur - aussehen tut dieser Mann nie und never wie sechzig. Nein, dieser Mann wirkt nicht wie vom Rentenbescheid gestreift, dieses Mannes Ausstrahlung schlägt die Harrisburgs und Brokdorfs um der rem-midemmi ohne Zahl, dieser formidable Faun bringt mehr jugendliches IST als das ganze U-21-Kader Berti Vogts, dieser Mann ist quicker als alle Knüpferinnen Isfahans, schlagfertiger als alle Kulenkämpffer, gerissener als alle alten Ufa-Kopien und - dieser Mann ist berühmter als alle Rumtöpfe der Rhetorik, vom stürmischen Gustav Knuth bis zum greisen Hansi Rosenthal. Kurz: Dieser Mann wirkt nicht wie sechzig, eher im Gegenteil. Nun wäre er natürlich nicht Vize-Revisor bei der Westberliner Sektion der Deutschen Schopenhauer-Gesellschaft und nähme nicht dreimal täglich ein Häppchen Skepsis, hoffte er auf einen Güterwaggon apartester Präsente zu diesem seinem Ehrentage. Nein, das schönste Geschenk hat er sich schon selber gemacht mit dem Büchlein »Der Frühstücksdiktator«, worin sich die Niederschriften finden von etwa drei Dutzend seiner glasklaren und astreinen Morgenansprachen, aufgezeichnet von seinen Adepten.

Da wird endlich einmal grenzüberschreitend frech und frisch einer abgedacht, daß es nur so eine Art (=Kunst) ist, da wird der Faschismus als Woodoo-Woodoo-Kult entlarvt, die Welt kann auch nicht mit hunderttausend Granaten und Atombomben versaut werden, weil sie nämlich geistig ist, Verkabelung reimt sich auf Vernabelung und dient der Kommunikation unter uns Brüdern, Wichsen ist keine Lösung, Haß ist immer nur Liebe too much, die gestorbene Omi Schneider kann ohne weiteres schon wieder mal die Rosa Luxemburg sein und Baader/ Meinhof sind die Begründer des neuen westdeutschen Patriotismus.

Ja, unser guter alter Wolfgang, da schneits in der Sauna, da wird die Nadel an der Tanne verrückt, da keilt sich der Nenner mit dem Zähler um den Bruchstrich, da ist mit dem Kuchen gut Kirschen essen. Die Scheel'sche sollte mal sein Gedicht lesen, wo der Krebs eigentlich herkommt (»was dort in deinem Kehlkopf kneift... in der Gebärmutter... das alles sind gefallene Soldaten aus den letzten großen Kriegen«), und schon wüßte sie, wohin mit der geschnorrten Kohle für die Krebshilfe: Ab auf den Soldatenehrenanger.

Und nun wird Wolfgang sechzig, fast täglich bringt ihm der Bote einen Bettelbrief Woody Aliens (»Dear Wolfgang, please, let me have a smoke at you, please, please«), und dem korrekt konkreten Zuruf »Wolfgang, altes Haus, hab nur weiter so gute Einfälle« wäre eigentlich nur ein »!« hinzuzufügen. Oder? Nein, halt! Dies doch noch: Als Adorno ihn eingangs der sechziger Jahre einmal fragte, wie lang denn seine Assoziationskette sei, mit der er sein Publikum so ergötzlich züchtige, stieß ihm der Jubilar altdeutschhintergründlich so bescheid: KEYNER SIE JE VERMESSN KAN - MÜSST WOLL GOTTES ZOLLSTOK HAN«.

Sie aber, Herr Carstens, der Sie jedem sechzigjährigen Tankwart die Bundesverdienstmedaille verpassen, nur weil er zehn Mio Liter Sprit gezapft hat, sollten Wolfgang mit dergl. bedenken, bringt er doch so viel reinen Spirit unter die Leute.

Danksagungen und Glückwünsche gehen an: W N, Lohmeyerstraße 6, 1000 Berin 10.

Wolfgang Neuss: »Der Frühstücksdiktator (von acht bis neun regier ich die Welt)«, 44 Seiten, Edition Der Grüne Zweig, Löhrbach im Odenwald, 8 Mark

Konkret 12/83, S. 103

Günter Gaus

Bücher: Literatur ohne Sicherheitsabstand

Fritz J. Raddatz, der Feuilletonchef der "Zeit" hat seine "Leseerfahrungen mit zeitgenössischer Literatur" in dem Buch "Die Nachgeborenen" versammelt

Er scheut das Urteilen, Verurteilen nicht; aber es fehlt ihm das Gebaren eines Literaturpapstes, der ex cathedra sein Verdikt verkündigt; das Abkanzeln ist seine Sache nicht. Stattdessen mischt er sich unter die Dichter, die Schriftsteller, um deren größere und kleinere Werke nachzuzeichnen, gelegentlich auch aufzuhellen, Verbindungslinien zu ziehen und Strömungen zu beobachten. Wohl möglich, daß er dabei dann und wann mitgerissen wird, mit den Poeten schwimmt, mehr spürt als erkennt. Ich will das im vorliegenden Fall als ein Lob verstanden wissen, denn es bedeutet doch: Er steht nicht auf der Kanzel, auf der man keine nassen Füße kriegt, er hält keinen Sicherheitsabstand. Er fliegt nicht darüber hin, er geht mit als ein engagierter Teilnehmer.

Manchmal, wenn er dem begleiteten Gegenstand - der Literatur - über dieses Gedicht oder jenen Roman noch näher als gewöhnlich kommt, gibt er sich als Person fast auf, wird er schier zum Instrument, zum Seismographen, auf dem sich Erschütterungen ablesen lassen. So kann, siehe da, im Glücksfall die äußerste Subjektivität zur instrumentalen Genauigkeit im Reagieren gedeihen. Mit objektiven Bemühungen kommt man dem Beben nicht nahe genug. Natürlich können Instrumente auch einmal falsch anzeigen. Zuverlässig erkennen jedoch kann man immer, wonach sie geeicht sind. Bei dem, dessen jüngstes Buch ich hier empfehle, sind die Eichungen eine distanzlose Hingabe an Literatur und eine Zuneigung zu deren Produzenten, die nicht beschränkt . ist durch die Eifersucht und die Eitelkeit des Beckmessers. Von diesen Berufsübeln also ist er frei; anfällig ist er mitunter für einen geschmäcklerischen Tonfall. Na und?

Es ist ein durch und durch subjektives Buch. Raddatz schreibt im Vorwort, daß er weder eine komplette Literaturgeschichte noch ein Lexikon habe verfassen wollen. Wer ihm das Nachdenken, das Mitempfinden wert war, und wen er unbeachtet ließ, das muß er nicht begründen. Die Auswahl, die Raddatz getroffen hat, bestimmt sich aus seiner Absicht: Die Wechselbeziehung zwischen Geschichte (Politik) und Literatur in Westdeutschland nach 1945, später der Bundesrepublik, aufzudecken. Raddatz: □ Die Nachkriegszeit als Geschichte in der Literatur; wenn Geschichte das Zeitgeschehen bindet, und wenn Literatur bannt, was jedem einzelnen von uns da geschah und geschieht.□

Das ist ein großes Vorhaben, und wer es unternimmt, läßt sich auf die Vereinzelung seiner Auffassungen, seiner Überzeugung ein, sofern er nicht alles über einen ideologischen Leisten schlägt. Wer seine Maßstäbe, seine Urteile (auch Vorurteile), seine Schlußfolgerungen nicht durch solche Bindung verfestigt, gelangt am Ende nur (nur?) zu seiner ganz persönlichen Einsicht, die, ohne Unterschlupf in einem Oberbau gewonnen, immer auch einen Rest von Ungewißheit behält. Ihr Wert für andere ermißt sich an der subjektiv-kritischen Qualität des Autors. Raddatz kann da viel vorweisen an Urteilskraft, Denkvermögen und Kenntnissen. (Letztere geraten gelegentlich gar zum Wissen aus Zettelkästen. Raddatz, der auch Professor ist, betreibt ein großes Zitatenkarussell in seinem Buch.)

Zu seinen Schlußfolgerungen gehört die bittere Einsicht, daß ein Neubeginn nach 1945 □ nicht stattgefunden hatte□ . Das ist nur insofern, aber doch immerhin bemerkenswert, als seit einiger Zeit manche Fünfzigjährigen hierzulande zu dieser Trauer über verpaßte Möglichkeiten, vertane Gelegenheiten der Nachkriegsgesellschaft gelangen; so, als schauten sie sich an der Stufe zum Alter noch einmal um. Konkreter auf seinen Gegenstand, die Literatur, bezogen, ist die vielfach belegte Auffassung von Raddatz: □ Nun weiß man - Literatur hat keine Funktion; weder der Lebenshilfe noch die des Ausrufens munterer Aktivitäten.□ Er meint: politische Aktivitäten.

Aber er meint es auch wieder nicht oder jedenfalls nicht immer, habe ich beim Lesen gedacht. Denn sonst ist beispielsweise sein Enthusiasmus für Hochhuths engagierte Theaterstücke, für die von diesem Autor verlangte moralische Hartnäckigkeit des einzelnen, mit der zwar nicht die Welt, aber doch Teile der Welt, Situationen verändert werden könnten, nicht zu verstehen. Auch das gehört zum Lesereiz dieses Buches, das von Dogmatikern angegriffen werden kann, von Reaktionären sowieso, und immer auch von Feuilletonisten, deren persönlichen Geschmack Fritz J. Raddatz verfehlt hat.

Fritz L Raddatz: □ Die Nachgeborenen□ , 512 Seiten, Fischer-Verlag, 48 Mark

Konkret 12/83, S. 104

Stefan Hinz

Bücher: Lustbläschen

Eine Spritze ist eine Infektionsnadel, aber das ist bei weitem nicht die einzige Peinlichkeit dieses »populärwissenschaftlichen« Buches über Herpes

□ Herpes - die neue Geißel der Menschheit□ , ist das geilste Kabinettstückchen seitdem es Genitales gibt. Was Karl Heinz Reger und seine Frau Sibylle (er "wurde nach Studien an der Hochschule für Politik in München Journalist□ , sie ist Anästhesistin) da unter sich gelassen haben, sieht so hoffnungslos aus wie die Autoren, die von der Umschlagseite grüßen.

Wo liegt ihr Motiv für dieses Werk, hat er es oder sie, oder haben beide gar keine Gelegenheit mehr, das □ Herpes genitalis - eine 'peinliche' Krankheit□ zu bekommen? Man darf hier ruhig persönlich werden, denn persönlich ist auch dieser Text. Persönlich und aufrichtig. Herzlich grüßen Sexualtabus aus jeder Zeit, wird gezeigt, wie es um das Geschlecht des deutschen Volkes wirklich steht:

□ Klaus Färber, der neunundzwanzigjährige Verkaufsleiter eines großen Unternehmens, überlegte lange, ob er das höchst private Telefonat mit einer Kollegin in einer fünfhundert Kilometer entfernten Niederlassung über das Diensttelefon führen könne. Er tat's schließlich doch, weil das Gespräch, das jetzt folgte, auch schlecht zu Hause in Anwesenheit seiner Frau zu machen war." Was die beiden zu machen hatten? Nix. Klaus Färber rief bei seiner Kollegin Andrea nur an, um gleich wieder einzuhängen, weil: Und das kam so: □ Dabei war Klaus nach einem Drink, den er nach einem festlichen Abendessen noch bei Renate einnahm, bis zum nächsten Morgen nicht mehr auf sein Zimmer zurückgekehrt□ . Und nur weil er nicht auf seinem Zimmer war (man denkt, Familie Reger denkt, er war auf ihr), bemerkte Klaus Spannungsgefühle im Bereich der Geschlechtsorgane□ .

Die hatte der studiengestreifte Reger wohl auch, als er an □ Andreas große Ängste□ dachte. Und deren □ Ursache waren rätselhafte Erscheinungen an ihrem Körper, die seit einem Ferienlager in Frankreich im Sommer auftraten□ . Damals war ein Emmanuel im fremden, in Andreas, Zimmer, Sie verstehn schon. Und jetzt □ schwankte (Andrea) wochenlang zwischen der panischen Angst, Syphilis zu haben, und der Hoffnung□ , doch nicht ganz gefallen zu sein. Gottseidank □ bat der Arzt seine junge Patientin auf den gynäkologischen Stuhl□ und nahm □ Abstriche aus dem Bereich der Vagina nach einer Technik, die der griechische Anatom George Nicholas Papanicolaou eingeführt hatte□ .

Also Herr Reger, oder Frau Kollegin Reger: Wer hat da nach welcher Technik was eingeführt? Wollten Sie vielleicht, Herr Reger?

Mit Farbfotos.

Karl Heinz Reger und Dr. med. Sibylle Reger-Nowy: □ Herpes - Die neue Geißel der Menschheit□ , 180 Seiten, Ariston-Verlag, 29 Mark

Konkret 12/83, S. 106

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Deutscher Adel verpflichtet, sich noch eine Spur dußliger anzustellen und dreister aufzutreten als ein Brigadegeneral:

Sehr geehrte Damen und Herren, auf Seite 12 der » Welt« vom 26. Oktober 1983 berichten Sie, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel die Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens anerkannt habe. Dies bedeutet immerhin eine Verzichtserklärung auf ein Viertel des deutschen Staatsgebietes durch den Vorsitzenden der zweitgrößten im Bundestag vertretenen Partei... Ich nehme an, hiermit meiner Enttäuschung genügend Ausdruck verliehen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Dietrich Prinz zu Schoenaich-Carolath

Durchlaucht tun sich verständlicherweise schwer, die Knoten Vogel (Fraktion) und Brandt (Partei) auseinanderzuhalten, aber zu einem einfachen Dreisatz wirds noch langen: Wenn ein Viertel des deutschen Staatsgebiets vom Vorsitzenden der zweitgrößten Partei preisgegeben wird, auf ein Wievieltel verzichtet dann der zweite Vorsitzende der fünftgrößten Partei? Na, Prinz? Wenn Sie's rauskriegen, sag ich Hoheit zu Ihnen.

Anarchie in der »Tageszeitung«:

Mit besonderer Begeisterung werden dann anschließend die Arme umgedreht, an den Haaren gezogen, getreten, wo immer man/frau trifft.

Den Armen wirds gegeben, der Syntax wirds genommen, fast wie bei Robin Hood, verzeiht: Robin(e) Hood. Denn man/frau weiß, daß man und Mann vom selben Stamme sind, man/frau also immer man/frau zu schreiben hat, auch wenn man/frau nur Bullen meint. Oder wollte man/frau sagen, daß beim Ziehen und Treten der Armhaare Weiber am Werk waren? Bullinnen? Frau merkt die Absicht, und frau wird verstimmt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete E. Lutz hatte ein Erlebnis:

Wer sich in die Menschenkette einreihen durfte, erlebte einen Augenblick, an dem er liebend gern das Taschentuch gezogen hätte, um seinen Emotionen freien Lauf zu lassen.

Liebend gern - wenn Mann nicht in der Schule gelernt hätte, daß es zu Rückenmarkschwund führt.

In der Frauenzeitschrift »Courage« schreibt Eva Quistorp:

Wir dürfen die politischen Differenzen zwischen Frauengruppen nicht scheuen. Die müssen wir konfliktfreudig klären, um uns gerade unter dem Druck der Krise wirkungsvoller zu organisieren und unser Netz enger zu weben.

Und da wollen wir gegen die Japaner bestehen, wenn nicht mal unsere Biowolle-Generation weiß, wie man ein Netz herstellt? Der Aufstand dieser Weberinnen endet mit dem Untergang der deutschen Fischfangflotte.

Der Staatsminister im auswärtigen Amt Jürgen W. Möllemann (W steht für milloWitsch) hat ein Korn gefunden:

Eine der positiven Folgen der beiden großen Kriege dieses Jahrhunderts ist die Tatsache, daß wir heute nicht mehr Jahrestage von Schlachten und Siegen feiern, sondern der Opfer der Kriege gedenken.

Gut, das ist eine der positiven Folgen, wiewohl schon vor diesen Kriegen die Schlachten verlorener anderer selten gefeiert wurden. Was aber sind die weiteren positiven Folgen? Daß Möllemann unter Genscher werden konnte, was er unter Ribbentrop nie geworden wäre? Aber das glaubt er doch selber nicht.

Die »Bild«-Zeitung war mit Helmut Kohl in Japan:

im Kiyomizu-Holztempel schlug ihm ein Mönch vor, aus der heiligen Quelle zu trinken, die längeres Leben, vermehrte Intelligenz und Schönheit verheißt. Das lehnte er genauso ab wie das Ansinnen, etwas länger zu bleiben, um den Sonnenuntergang zu erleben. »Nee, nee, jetzt bleiben wir bei der vereinbarten Zeit. «

Ja, wo sollen wir ihn denn noch hinschicken?

Eine Unterweisung in Demokratie (Auflage: vier Millionen) von Enno v. Loewenstern:

Als die Türken endlich zur Wahl gehen konnten, wählten sie wahrhaft frei.

Was immer eine freie Wahl sein soll - eine wahrhaft freie Wahl ist, wenn die Kandidaten vom Generalstab genehmigt werden müssen, die Sozialdemokraten nicht teilnehmen dürfen und alles, w as links von diesen steht

im Knast sitzt. In Grenada, beispielsweise, werden gerade wahrhaft freie Wahlen vorbereitet. Enno v. Loewenstern bietet jederzeit die Gewähr.

Noch ne Lektion, aus der »Frankfurter Allgemeinen«:

Der Bundeskanzler: Moskau will den politischen Sieg im atomaren Frieden.

Diese tückischen Russen! Während wir doch nur die politische Niederlage im atomaren Frieden, nein, natürlich nicht, sondern den politischen Sieg im atomaren Krieg, auch falsch, nochmal: den atomaren Sieg i tischen Frieden, Scheiße Wir wollen nicht den pol i Sieg, nicht?, im nicht atomaren Frieden, nicht?

Das muß man der »Frankfurter Allgemeinen« lassen: die Liebe zum Detail. So exakt wie die ihren sind die Falschmeldungen der Konkurrenz nie:

Auf der Probebühne stand der Mercedes noch, der Thomas Braschs neuem Stück den Titel gegeben hat: ein Cabrio 350 SLC mit Ledersesseln, Telefon und eingebautem Schachbrett.

Das ist Recherche, Präzision, Akuratesse. Eigentlich schade, daß die Firma Daimler-Benz ein Cabriolet der Typenbezeichnung 350SLC nie hergestellt hat.

Familienminister Heiner Geißler hat Maßnahmen gegen jugendgefährdende Videoprodukte gefordert:

Der Videomarkt ist überschwemmt mit scheußlichen und bestialischen Darstellungen von Gewalttätigkeiten gegen Menschen.

Neuerdings soll sogar ein Tape im Handel sein, auf dem ein als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit verkleideter Gewalttäter erklärt, wie schön es in Auschwitz war:, Pazifisten hatten das Lager eingerichtet, unter den Wachmännern nicht *ein* unanständiger Deutscher und die Lagerleitung in erster Linie sozialistisch.

Der »Arbeitskreis Energie e. V.« lieh sich für seine Atomkraftwerbung die Struktur der feministischen Parole, wonach eine Frau ohne Mann wie ein Fisch ohne Fahrrad sei:

Atom hat mit Bombe soviel zu tun, wie elektrisch mit Stuhl.

Reingefallen. Bzw. aufgesessen. Resp. verglüht.

Sieger im Wettbewerb um den klebrigen Griffel für die beste Um-Schreibung des Wortes Friedensbewegung wurde F. K. Fromme von der »Frankfurter Allgemeinen«.

Außenminister Genscher tritt dafür ein, daß auch nach einem Beginn der Nachrüstung weiterverhandelt werde. Das würde der Sowjetunion immer neue Gelegenheit für Vorschläge geben, dazu die innenpolitische Unruhe über diese Maßnahme der Verteidigung am Leben erhalten.

Der Koordinationsausschuß für die innenpolitische Unruhe über diese Maßnahme der Verteidigung wird der Preisverleihung beiwohnen.

Theo hat Abitur und eine Brille von Rodenstock, ist also weder blöd noch übermütig genug, das Gelächter, das meine Hinweise auf die blähenden Wirkungen seines Metaphernsalats provozieren, for nothing zu ertragen. Theo muß schreiben, wie er schreibt, weil er ein Atlantiker ist. Nur in seiner Sprache, die Kraut und Rüben durcheinanderwirft wie Castro und Pollock, ist die Politik seiner großen Brüder noch an den liberalen Studienrat zu bringen.

War Grenada nur ein Ausrutscher? Reagans Auftrumpfen in der Karibik macht Europa nervös.

Und Worte wie »Überfall« oder »Ledernacken« passen wirklich nicht zu einem Skat auf glattem Parkett.